

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 42, Juli 2018

Die Entwicklung des Lebensstandards nach der Weltfinanzkrise in 43 Ländern und sechs Wohlfahrtsregimen

Dieter Holtmann

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



ISSN 1612-66

Inhaltsverzeichnis

Die Entwicklung des Lebensstandards nach der Weltfinanzkrise in 43 Ländern und sechs Wohlfahrtsregimen.....	1
1. Überblick.....	1
2. Wohlstand und Wachstum im Vergleich der Länder und Wohlfahrtsregime.....	1
3. Die Weltfinanzkrise und die Eurokrise als zentrale gesellschaftliche Herausforderungen	12
4. Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den betrachteten Ländern und Wohlfahrtsregimen	17
4.1 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den Ländern des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes Skandinaviens	17
4.2 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den Ländern des konservativen Wohlfahrtsregimes Kontinentaleuropas	18
4.3 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den Ländern des wirtschaftsliberalen angelsächsischen Wohlfahrtsregimes	21
4.4 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den Ländern des familistischen Wohlfahrtsregimes Südeuropas	23
4.5 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den postsozialistischen Ländern Osteuropas	26
4.6 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in der Türkei	30
4.7 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise im produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens	31
4.8 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in Brasilien	34
4.9 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in Südafrika	36
4.10 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in China und Indien	37
4.11 Die Wohlstandsentwicklung in den verschiedenen Wohlfahrtsregimen ..	41
Literaturverzeichnis	44

Die Entwicklung des Lebensstandards nach der Weltfinanzkrise in 43 Ländern und sechs Wohlfahrtsregimen

1. Überblick

Ökonomischer Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum werden nahezu überall auf der Welt als lohnende Ziele angesehen. Das sozialdemokratische, das wirtschaftsliberale und das konservative Wohlfahrtsregime befinden sich – im Weltmaßstab betrachtet – im Wohlfahrtsniveau auf einer sehr ähnlichen Höhe an der Spitze der Wohlfahrtsregime (vgl. Kap. 2).

Aus den regelmäßigen Konjunkturkrisen ragen zwei heraus: Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 und die Weltfinanzkrise ab 2008. Das Platzen der Immobilienpreisblase in den USA führte wegen der globalen Vermarktung der Kreditverbriefungen zu einer weltweiten Kredit- und Bankenkrise. Die Bankenrettungen und die Konjunkturprogramme führten zur Erhöhung der Staatsverschuldungen, welche als Stresstests wirkten für die politisch vernünftige, aber in den Institutionen bis dahin noch nicht umfassend abgesicherte Europäische Währungsunion (vgl. Kap. 3).

Im Kontext der Weltfinanzkrise haben die familistischen Länder Südeuropas am ehesten stagniert und sind damit im Wohlstandsniveau im Vergleich zu den anderen Ländern zurückgeblieben, während die produktivistischen Länder Ostasiens, insbesondere Südkorea, sowie China zu den ökonomisch erfolgreichsten Aufsteigern im Kontext der Weltfinanzkrise gehören. Die Spekulationsgeschäfte, die zur Weltfinanzkrise führten, haben die daran beteiligten Länder zurückgeworfen, während die Schwellenländer mit ihren normalen Geschäftsmodellen gleichzeitig ökonomisch relativ aufgestiegen sind (vgl. Kap. 4).

2. Wohlstand und Wachstum im Vergleich der Länder und Wohlfahrtsregime

Wohlstand als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Ökonomischer Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum werden nahezu überall auf der Welt von den politischen Amtsträgern als lohnende Ziele angesehen und nicht selten werden politische Maßnahmen genauso zugeschnitten, dass sie diesen Zielen zuträglich sind. Eine gute ökonomische

Performanz, so argumentiert z. B. Amartya Sen (2002), besitzt jedoch keinen intrinsischen moralischen Wert:

„Tatsächlich haben wir im Allgemeinen hervorragende Gründe, uns mehr Einkommen und Reichtum zu wünschen. Doch nicht, weil Einkommen und Reichtum um ihrer selbst willen erstrebenswert sind, sondern weil sie in der Regel wunderbare Allzweckmittel sind, um eine größere Freiheit bei der Wahl der von uns als vernünftig eingeschätzten Lebensführung zu gewinnen. Die Nützlichkeit des Reichtums liegt in den Dingen, die er uns zu tun ermöglicht, in der substantiellen Freiheit, die er uns erlangen läßt“ (ebd.: 25).

Die Maximierung der ökonomischen Performanz eines Landes ist demnach kein Selbstzweck, sondern wird erst durch die daraus abgeleiteten Werte zu einem erstrebenswerten Ziel. Zu diesen moralischen Werten, die mit dem wirtschaftlichen Wohlstand assoziiert sind, gehören z. B. eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen und privaten Gütern und damit ein höherer materieller Lebensstandard, eine Abschwächung von Verteilungskonflikten, eine sinkende Zahl von arbeitslosen Personen und nicht zuletzt auch eine Verbesserung des subjektiven Wohlergehen. Die Migrationsströme dieser Welt verlaufen ganz überwiegend in Richtung höheren Wohlstands und größerer Freiheit.

Allerdings zeigen ökonomische Indikatoren, wie z. B. das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, nur das durchschnittliche Niveau an materiellem Wohlergehen an, das mit Blick auf alle Individuen ermittelt wird. Es ist aus einer normativen Perspektive wünschenswert, in einer Gesellschaft zu leben, in der es den Menschen im Durchschnitt gut geht; allerdings bleibt bei einem solchen Aggregatwert die Verteilung des materiellen Wohlstands auf einzelne Akteure oder auf bestimmte Bevölkerungsgruppen unberücksichtigt. Aus unserer Sicht erscheint es also angemessen, einerseits das Niveau an Wohlstand und Wachstum zu betrachten, andererseits aber auch bei der Beurteilung von Gesellschaften zu berücksichtigen, wie sich der Wohlstand innerhalb der Bevölkerung verteilt.

Modernisierungspfade und die ökonomische Performanz

Die Modernisierungstheorie postuliert eine monoton steigende Entwicklung hin zu mehr Wohlstand und Lebensqualität. Der Lebensstandard in den Gesellschaften würde, so die Annahme, im Zeitverlauf kontinuierlich ansteigen und zugleich könnten auch immer größere Bevölkerungsanteile am steigenden Reichtum und am Massenkonsum partizipieren. Mit einem Bild von Ulrich Beck (1986) könnte man sagen, der gesellschaftliche „Fahrstuhl“ bewege sich stetig auf immer höhere Wohlstandsniveaus hinauf und in ihm führen alle Bevölkerungsschichten mit.

Statt dieser allgemeinen Tendaussage zu folgen, sollen im Folgenden pfadspezifische Ansätze zur Erklärung ökonomischer Performanz überprüft werden. Demnach findet der ökonomische Fortschritt in den so genannten entwickelten Gesellschaften nicht überall gleichmäßig statt, sondern ist abhängig von historisch gewachsenen institutionellen Strukturen und langfristigen politischen Kräfteverhältnissen. Diese Idee verschiedener Modernisierungspfade liegt unserem Ansatz der Unterscheidung von mindestens sechs verschiedenen Wohlfahrtsregimen in Erweiterung der drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus von Esping-Andersen (1990) zu Grunde.

Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime hat einen universalistischen Sozialstaat institutionalisiert, der die Bevölkerung umfassend gegen Risiken absichert. Es wird oft argumentiert, dass ein starker Sozialstaat negative Arbeitsanreize setze und so das Wirtschaftswachstum und die Produktivität reduziere. Andererseits ist für das Funktionieren des sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodells eine hohe Erwerbsbeteiligung konstitutiv. Um das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen, wird in die Aus- und Weiterbildung stark investiert sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben – beide Maßnahmen dürften sich günstig auf die Produktivität und den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft auswirken.

Das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsmodell überlässt die Wohlfahrt den Mechanismen des relativ freien und unregulierten Marktes. Durch diese Rahmenbedingungen, die individuellen unternehmerischen Erfolg am meisten honorieren, soll ein sehr dynamisches Wirtschaftswachstum erreicht und der gesamtgesellschaftliche Wohlstand maximiert werden. Auch wenn nicht alle Akteure gleichermaßen am Wohlstand partizipieren, so sollte doch der wirtschaftsliberale Regimetyp im Durchschnitt eine gute ökonomische Performanz aufweisen.

In den Ländern des konservativen Regimes wird überwiegend die Idee der sozialen Marktwirtschaft vertreten, wonach der Einflussbereich des freien Marktes zu begrenzen sei. Die Begrenzung der freien Marktdynamik erfolgt in diesem korporatistischen Modell vor allem durch die starke Rolle der Gewerkschaften, denen z. B. im Rahmen der Tarifautonomie in der Bundesrepublik eine hohe wirtschaftspolitische Ordnungskompetenz zukommt. Die damit verbundene Stärkung von Arbeitnehmerinteressen und die im Vergleich zum sozialdemokratischen Regime weniger entwickelte Vollbeschäftigungspolitik sollte zu einem weniger dynamischen Wachstum führen als in den wirtschaftsliberalen Staaten.

Für die südeuropäischen Länder mit „familistischer“ Wohlfahrtslogik ist eine Prognose der ökonomischen Performanz schwieriger. Das Niveau an ökonomischem Wohlstand liegt derzeit noch unter dem der west- und nordeuropäischen Staaten – wohl auch aufgrund der geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die niedrige Erwerbsquote dürfte mit einem

unterdurchschnittlichen BIP assoziiert sein. Zudem sind die industriellen Beziehungen in den südeuropäischen Ländern eher konfliktorisch, was sich z. B. an der Anzahl von Streiktagen ablesen lässt. Dies sollte sich ebenfalls ungünstig auf Wohlstand und Wachstum auswirken. Angesichts der schwächeren ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit der Länder Südeuropas wirkten die Weltfinanzkrise sowie die Eurokrise zudem wie Härtetests.

Die postsozialistischen Länder dürften derzeit den geringsten ökonomischen Wohlstand aufweisen. Die wirtschaftliche Produktion nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus wurde überwiegend als technisch veraltet und insgesamt nicht mehr wettbewerbsfähig beschrieben. Insofern befinden sich die osteuropäischen Länder aktuell noch immer in einem wirtschaftlichen Modernisierungsprozess und sind dabei, durch hohe Wachstumsraten zum europäischen Wohlstandsniveau aufzuschließen.

Der stärkste Aufstieg im Lebensstandard ist für die produktivistischen Länder Ostasiens zu erwarten, deren Konzept darin besteht, über Exporterfolge auf dem Weltmarkt wirtschaftlich aufzusteigen. Mit einer noch stärkeren Dynamik ist in einigen Schwellenländern zu rechnen, nämlich in Indien und insbesondere in China.

Auswahl der Indikatoren

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Das BIP beschreibt den Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres und innerhalb einer Volkswirtschaft für den Endverbrauch hergestellt wurden. Für einen Ländervergleich ist es erstens nötig, das BIP an der Einwohnerzahl zu relativieren, und zweitens, die unterschiedlichen Preisniveaus in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen. Das BIP ist entsprechend pro Kopf angegeben und wurde auf Basis der Purchasing Power Parity (PPP; current prices, international dollar) um Kaufkraft- und Inflationsunterschiede bereinigt.¹ Der Indikator bildet die Wirtschaftskraft bzw. den durchschnittlichen materiellen Wohlstand eines Landes ab. Neben dem Wohlstand wird als ergänzende Information die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP in Prozent im Zeitraum von 2006 bis 2018 (Stand: April 2018) berichtet.² Die Wachstumsrate misst die Veränderung des BIP jeweils im Vergleich zum Vorjahr.

¹ Für die Festlegung der Kaufkraftparität wird berechnet, wie viele Einheiten einer jeweiligen Landeswährung notwendig sind, um einen bestimmten, repräsentativen Güterkorb zu kaufen, den ein Akteur für einen US-Dollar in den USA erhalten könnte.

² Die durchschnittliche Wachstumsrate wird für jedes Land berechnet durch die zwölfte Wurzel aus dem Quotienten des BIP 2018 zum BIP 2006.

Das Wohlstandsniveau im Ländervergleich

Der internationale Vergleich verdeutlicht, dass der größte ökonomische *Wohlstand* in dem Finanzzentrum und Stadtstaat Luxemburg zu finden ist, das allerdings mit Flächenstaaten nur bedingt vergleichbar ist. Mit einigem Abstand auf den nächsten Rängen folgen das wirtschaftsliberale Irland, das sich von der Finanzkrise wieder gut erholt hat, und das sozialdemokratische Norwegen (vgl. Tabelle 1-1).

Die Kontraste zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern in unserer Auswahl sind sehr ausgeprägt. Deutschland gehört mit Rang 8 zum ersten Drittel der betrachteten Länder und liegt damit etwas hinter den Niederlanden und Schweden. Die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den alten und neuen Bundesländern in Deutschland sind noch nicht völlig überwunden.

Das produktivistische Südkorea ist einer der stärksten Aufsteiger im Kontext der Weltfinanzkrise und liegt im Wohlstandsniveau inzwischen direkt hinter Japan.

Von den familistischen Ländern ist Malta mit seiner geringen Realbesteuerung von ausländischen Direktinvestitionen mit Abstand am besten durch die Finanzkrise gekommen und hat alle anderen familistischen Länder hinter sich gelassen. Griechenland dagegen erwies sich in den Stresstests durch die Weltfinanzkrise und durch die Eurokrise als wenig wettbewerbsstark.

Die postsozialistischen Staaten platzieren sich überwiegend am Ende des Ranking, wobei innerhalb dieser Gruppe z. B. zwischen Tschechien (24. Platz), Slowenien (25. Platz) und auf der anderen Seite Serbien (41. Platz) große Unterschiede zu finden sind.

Bei den BRICS-Ländern rangiert Russland im Lebensstandard vor China, Brasilien, Südafrika und schließlich Indien. Indien erreicht weniger als die Hälfte des Wohlstandsniveaus Chinas (operationalisiert durch das durchschnittliche Sozialprodukt).

Das stärkste *Wirtschaftswachstum* findet sich in Indien und insbesondere in China, die sich am dynamischsten entwickeln, was zur Abschwächung der Konjunkturkrise nach der Weltfinanzkrise beigetragen hat.

Südkorea verfolgt seinen Aufstieg auf dem Weltmarkt mit großem Erfolg, weshalb das produktivistische Wohlfahrtsregime inzwischen beim Wirtschaftswachstum in den letzten zwölf Jahren an erster Stelle steht.

Polen ist wegen seiner Orientierung auf dem Binnenmarkt relativ unbehelligt durch die Wirtschaftskrisen gekommen und liegt beim Wirtschaftswachstum im letzten Jahrzehnt an vierter Stelle hinter China und Indien. Insbesondere Estland, Lettland und Litauen sind mit ihrem in Fremdwährung kreditfinanzierten Wachstumsmodell im Krisenjahr 2009 besonders stark abgestürzt, haben sich davon aber mit rigorosen Sanierungsmaßnahmen ebenso schnell wieder erholt.

Tabelle 1-1: **Wirtschaftlicher Wohlstand im Ländervergleich**

	Land	Wirtschaftlicher Wohlstand (BIP p.K. PPP 2018)	Durchschnittl. Wirtschaftswachstum (BIP p.K. PPP 2006 - 2018)
1.	Luxemburg	110870	2,27 %
2.	Irland	79925	5,15 %
3.	Norwegen	74065	1,89 %
4.	Schweiz	63380	2,22 %
5.	USA	62152	2,47 %
6.	Niederlande	56436	2,60 %
7.	Schweden	53078	2,52 %
8.	Deutschland	52801	3,01 %
9.	Australien	52191	2,78 %
10.	Österreich	51936	2,40 %
11.	Dänemark	51643	1,90 %
12.	Kanada	49775	2,32 %
13.	Belgien	48258	2,24 %
14.	Finnland	46343	1,91 %
15.	GB u. Nordirland	45566	2,20 %
16.	Frankreich	45474	2,16 %
17.	Malta	44670	4,87 %
18.	Japan	44426	2,46 %
19.	Südkorea	41388	4,47 %
20.	Spanien	40290	2,12 %
21.	Neuseeland	40118	2,83 %
22.	Italien	39500	1,12 %
23.	Zypern	38980	1,33 %
24.	Tschechien	37546	3,44 %
25.	Slowenien	36566	2,87 %
26.	Slowakei	35095	4,86 %
27.	Litauen	34596	5,37 %
28.	Estland	33842	3,42 %
29.	Portugal	31965	2,22 %
30.	Polen	31430	5,49 %
31.	Ungarn	31370	3,19 %
32.	Lettland	29490	4,08 %
33.	Griechenland	29058	-0,11 %
34.	Russland	28958	3,46 %
35.	Türkei	28347	5,28 %
36.	Rumänien	26499	5,51 %
37.	Kroatien	25807	2,79 %
38.	Bulgarien	23154	4,99 %
39.	China	18066	9,86 %
40.	Brasilien	16199	2,74 %
41.	Serbien	15942	3,74 %
42.	Südafrika	13840	2,26 %
43.	Indien	7784	7,64 %

Datenquelle: International Monetary Fund, April 2018; Wirtschaftswachstum: Eigene Berechnung.

Von den betrachteten sechs Wohlfahrtsregimen weist die Gruppe der postsozialistischen Länder in den letzten zwölf Jahren mit durchschnittlich 4,1 % pro Jahr das zweitstärkste Wachstum der Wohlfahrtsregime auf, liegt allerdings in ihrem Aufholprozess im Lebensstandard noch hinter den anderen Wohlfahrtsregimen zurück.

Von den wirtschaftsliberalen Ländern ist Irland in den letzten zwölf Jahren mit durchschnittlich 5,2 % am stärksten gewachsen, die wirtschaftsliberalen Länder insgesamt um durchschnittlich 3,0 % pro Jahr.

Deutschland ist in den letzten zwölf Jahren um durchschnittlich 3,0 % gewachsen, damit liegt es auf dem 18. Platz. Die Gruppe der konservativen Länder weist in den letzten zwölf Jahren insgesamt ein moderates Wachstum von durchschnittlich 2,4 % pro Jahr auf.

Die sozialdemokratischen Länder haben einerseits im Durchschnitt den höchsten Lebensstandard, andererseits ist der Wohlstand in den letzten zwölf Jahren nur mäßig gewachsen um durchschnittlich 2,1 % pro Jahr. Schweden wuchs mit 2,5 % in den letzten zwölf Jahren etwa wie der internationale Durchschnitt, aber Finnland, Dänemark und Norwegen belegen beim Wirtschaftswachstum mit 38, 39 und 40 nur schwache Rangplätze unter den betrachteten 43 Ländern.

Bei den familistischen Ländern ist nur Malta mit seinem Geschäftsmodell der niedrigen realen Besteuerung ausländischer Investitionen in den letzten zwölf Jahren mit durchschnittlich 4,9 % stärker gewachsen als der internationale Durchschnitt. Das familistische Wohlfahrtsregime schneidet aber insgesamt beim Wirtschaftswachstum mit durchschnittlich 1,9 % pro Jahr am schlechtesten ab. Griechenland, das sich in den Stresstests der Weltfinanzkrise und der Eurokrise als wenig wettbewerbsstark erwies, erlitt im letzten Jahrzehnt sogar als einziges der betrachteten 43 Länder einen Rückgang des Lebensstandards, und zwar um durchschnittlich 0,11 % pro Jahr.

Beim Wirtschaftswachstum spielt das Ausgangsniveau als Bezugspunkt eine große Rolle. Es ist grundsätzlich leichter, von einem niedrigeren Ausgangsniveau ausgehend, eine hohe Wachstumsrate zu erzielen. Hat ein Land schon ein sehr hohes Wohlfahrtsniveau erreicht, so dürfte es i.a. schwieriger sein, das gleiche relative Wachstum zu erreichen. Aufgrund dieses Basiseffekts wird die Wachstumsrate auch nur ergänzend zum Wohlstandsniveau berichtet. Als westeuropäisches Land ist Irland ein besonders interessanter Fall: Das Land hat vor der Finanzkrise innerhalb von ca. fünfzehn Jahren ein beispielloses Wirtschaftswachstum erzielt und sich von einer wirtschaftsschwachen Agrarnation am Rande Europas zu einer modernen Ökonomie gewandelt, die sich nun in einer zentralen Position zwischen den Wirtschaftsgrößen Nordamerikas und Europas sah. Durch die Bankenkrise in Irland wurde dieser Wachstumsprozess abrupt unterbrochen. Inzwischen hat Irland sich allerdings bereits sehr gut erholt und erreicht im Lebensstandard sogar den zweiten Platz

unter den betrachteten 43 Ländern, was allerdings auch auf die Rückverlagerung multinationaler Unternehmen zurückzuführen ist.

Auf Länderebene ergibt sich ein hoch signifikanter Korrelationskoeffizient von $r = -0,61$ (ohne den Ausreißer Luxemburg) zwischen dem Wohlstandsniveau und der Wachstumsrate, d. h. ein hohes relatives Wachstum ist in der Regel schwieriger zu erzielen, wenn das Wohlstandsniveau bereits sehr hoch ist.

Die Veränderung des Wohlstandsniveaus von 2006 bis 2018 verdeutlicht die Abbildung 1-1 zum wirtschaftlichen Wohlstand. Hierbei zeigt sich, dass sich z. B. Irland nach einem Rückschlag durch die irische Bankenkrise wieder sehr gut erholt hat und jetzt sogar den zweiten Platz im Lebensstandard erreicht. Der Stadtstaat Luxemburg steht als internationales Finanzzentrum noch mit Abstand vor Irland und Norwegen mit seinem Ölreichtum.

Deutschland verbesserte sich in den letzten zwölf Jahren vom 14. auf den 8. Platz und gehört damit zu den Aufsteigern im Lebensstandard.

In der Weltfinanzkrise und in der Eurokrise sind die meisten Länder des Südens zurückgefallen, Zypern und Italien jeweils um fünf Plätze, Portugal um drei Plätze und Griechenland ist wegen seiner geringen Wettbewerbsfähigkeit mit einem Abstieg um zwölf Plätze der stärkste Absteiger der letzten zwölf Jahre. Andererseits ist Malta mit seiner geringen Realbesteuerung von multinationalen Unternehmen um sieben Plätze aufgestiegen.

Mit dem produktivistischen Modell des ökonomischen Aufstiegs über technologiebasierte Exporterfolge auf dem Weltmarkt ist Südkorea der stärkste Aufsteiger der letzten zwölf Jahre, und zwar um acht Plätze.

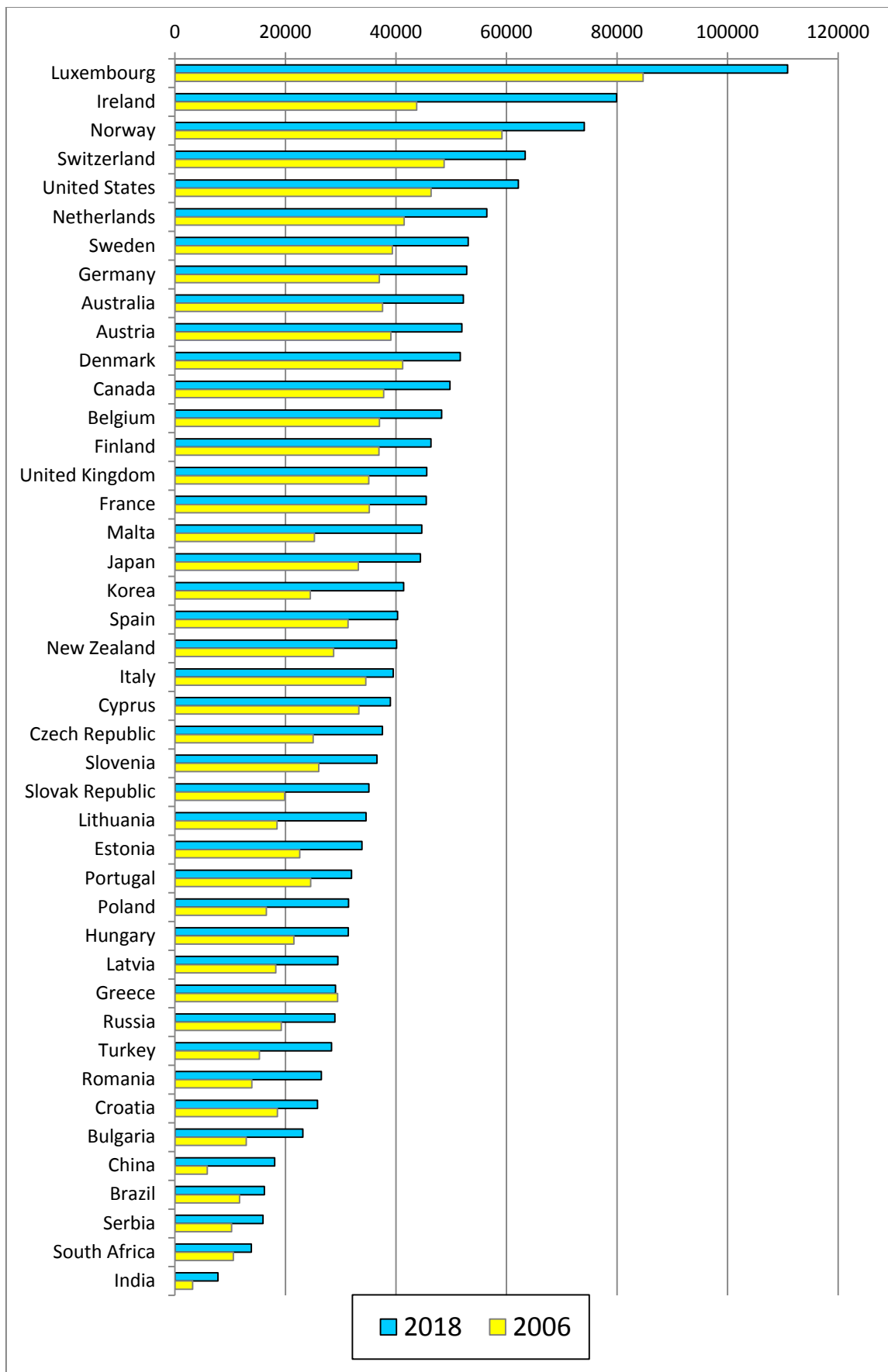
Auch in Osteuropa gab es mit dem binnenmarktorientierten Polen und mit Litauen relative Aufsteiger um fünf bzw. sechs Plätze.

China verbesserte sich mit seinen hohen Wachstumsraten im letzten Jahrzehnt vom vorletzten Platz der betrachteten 43 Länder auf den 39. vor Brasilien, Serbien und Südafrika, während Indien trotz nennenswerten Wachstums auf dem letzten Platz verblieb.

Zur Entwicklung des wirtschaftlichen Wohlstands

Luxemburg ist als Stadtstaat nicht so gut zu vergleichen mit Flächenstaaten. Als internationales Finanzdienstleistungszentrum steht es im Lebensstandard (BIP pro Kopf PPP) mit Abstand an der Spitze der betrachteten Ländern. Im Krisenjahr 2009 ist das BIP um 4,4 % eingebrochen, dies wurde aber in 2010 wieder in etwa ausgeglichen (vgl. Abbildung 1-1).

Abbildung 1-1: Wirtschaftlicher Wohlstand 2018 vs. 2006



Datenquelle: International Monetary Fund, April 2018; eigene Berechnung und Darstellung.

Irland, das im Lebensstandard aktuell den zweiten Platz erreicht, hat einen spektakulären Auf- und Abstieg sowie Wiederaufstieg erlebt. Der Aufstieg des „Keltischen Tigers“ endete in der Finanz- und Bankenkrise mit Rückgängen des BIP um 3,9 % bzw. 4,7 % in 2008 und 2009. Der Wiederaufstieg kulminierte in extremen Wachstumsraten von 8,3 % bzw. 25,5 % in 2014 bzw. 2015, wobei dies auch auf die Rückverlagerung von multinationalen Unternehmen zurückzuführen ist. Norwegen, das an dritter Stelle steht, hat ebenfalls Sonderbedingungen, da es auch von dem natürlichen Ölreichtum profitiert. Im Krisenjahr 2009 ist das BIP um 1,7 % zurückgegangen, aber die Wirtschaft wuchs in 2012 bereits wieder um 2,7 %.

Die Schweiz, die sich an vierter Stelle platziert, gehört zu den Ländern, die gut durch die Krise kamen. Zwar ging auch in der Schweiz das BIP in 2009 um 2,2 % zurück, aber bereits in 2010 wurde dies durch ein Wachstum von 2,9 % ausgeglichen. Die USA (fünfter Platz) sind als eigentlicher Verursacher der Weltfinanzkrise mit beweglicher Wirtschaftspolitik relativ gut aus der Krise gekommen. Nach dem Einbruch des BIP um 2,8 % im Krisenjahr 2009 stieg das BIP der USA in 2010-2012 bereits wieder um 2,5 %, 1,6 % und 2,2 %.

China wuchs selbst im Krisenjahr 2009 um 9,2 % und trug damit zur Stabilisierung der Weltwirtschaft bei. In den Folgejahren 2010-2012 wuchs China ebenfalls sehr stark mit 10,6 %, 9,5 % und 7,9 %. Indien liegt im durchschnittlichen Lebensstandard noch weit zurück. Aber im Krisenjahr 2009 wuchs es um 8,5 % und auch in 2010-2012 war das Wachstum mit 10,3 %, 6,6 % und 5,5 % insgesamt sehr stark.

Deutschland lag seit der Wiedervereinigung aufgrund der noch nicht völlig abgeschlossenen Angleichungen zwischen Ost- und Westdeutschland nur am Ende des ersten Drittels, ist aber inzwischen wieder vorgerückt auf den achten Platz. Wegen der sehr starken Exportabhängigkeit ist Deutschland im Krisenjahr 2009 mit 5,6 % stark abgestürzt, hat sich dann aber durch Konjunkturprogramme, Kurzarbeitlösungen und Exporterfolge in der sich wieder erholenden Weltwirtschaft gut behauptet mit Wachstumsraten des BIP von 3,9 %, bzw. 3,7 % in 2010 bzw. 2011.

Ergebnisse nach Regimetypen

Wenn wir den Wohlstand im Vergleich der Wohlfahrtsregime untersuchen, wird Luxemburg aufgrund seiner wirtschaftlichen Besonderheiten bei diesem Kriterium als Sonderfall angesehen und nicht in der Durchschnittsbildung des konservativen Wohlfahrtsregimes berücksichtigt.³

³ Der Stadtstaat Luxemburg ist bezüglich seiner Wirtschaftsstruktur sehr stark durch den tertiären Sektor geprägt, was vor allem mit der Bedeutung Luxemburgs als internationaler Finanzplatz zu tun hat. Der Bankensektor trägt nahezu 40 % zur nationalen Wertschöpfung bei. In der Landwirtschaft sowie der Industrie sind nur wenige Menschen beschäftigt, wohingegen ca. 85 % im Dienstleistungssektor arbeiten.

Wird der *Lebensstandard* im Kontext der Wohlfahrtsregime betrachtet, zeigt sich, dass sich beim Wohlstandsniveau das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime vor dem wirtschaftsliberalen und dem konservativen Wohlfahrtsregime platziert. Alle 17 Staaten dieser Regimetyten gehören zu den 21 wohlhabendsten der betrachteten Länder, d. h. mit dem höchsten Lebensstandard. Die beiden produktivistischen Länder Japan und Südkorea haben durch ihren ökonomischen Aufstieg im Lebensstandard bereits aufgeschlossen und gehören deshalb inzwischen zu diesen 21 wohlhabenden Ländern. Alle Wohlfahrtsregime zeichnen sich jeweils durch eine geringe Streuung im Wohlstand aus. Deutlich weniger Wohlstand ist im Durchschnitt in den südeuropäischen Staaten des familistischen Wohlfahrtstyps vorzufinden, mit nochmals klarem Abstand folgen die postsozialistischen Länder (vgl. Tabelle 1-2).

Tabelle 1-2: Wirtschaftlicher Wohlstand im Vergleich der Wohlfahrtsregime

	<i>Wohlfahrtsregime</i>	<i>Wirtschaftlicher Wohlstand (BIP p.K. PPP) 2018</i>	<i>Durchschnittliches Wirtschaftswachstum (BIP p.K. 2006- 2018)</i>
1.	Sozialdemokratisch	56.282 <i>12.204</i> <i>0,22</i>	(5. Rang) <i>2,06</i> <i>0,31</i> <i>0,15</i>
2.	Wirtschaftsliberal	54.955 <i>14.269</i> <i>0,26</i>	(3. Rang) <i>2,96</i> <i>1,10</i> <i>0,37</i>
3.	Konservativ	53.048 <i>6.322</i> <i>0,12</i>	(4. Rang) <i>2,44</i> <i>0,32</i> <i>0,13</i>
4.	Produktivistisch	42.907 <i>2.148</i> <i>0,05</i>	(2. Rang) <i>3,47</i> <i>1,42</i> <i>0,41</i>
5.	Familistisch	37.411 <i>5.783</i> <i>0,16</i>	(6. Rang) <i>1,93</i> <i>1,67</i> <i>0,87</i>
6.	Postsozialistisch	30.023 <i>6.066</i> <i>0,20</i>	(1. Rang) <i>4,09</i> <i>1,02</i> <i>0,25</i>

Angegeben sind der Mittelwert, die Standardabweichung (kursiv 2. Zeile) und der Variationskoeffizient (kursiv 3. Zeile) für das jeweilige Wohlfahrtsregime. Der Stadtstaat Luxemburg als Ausreißer wurde hier nicht beim konservativen Wohlfahrtsregime einbezogen. Eigene Berechnung.

Eine Betrachtung des *Wirtschaftswachstums* im Kontext der Wohlfahrtsregime zeigt, dass die Länder des postsozialistischen Regimes mit durchschnittlichen Raten von ca. 4,1 % am stärksten wachsen. Danach folgen das produktivistische Wohlfahrtsregime (Wachstumsrate: ca. 3,5 %), das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime (Wachstumsrate: ca. 3,0 %) und das konservative Wohlfahrtsregime (ca. 2,4 %). In den Krisenstaaten Südeuropas ist der Lebensstandard im letzten Jahrzehnt im Durchschnitt nur um 1,9 % gestiegen, wobei Malta mit seiner geringen Realbesteuerung ausländischer Investitionen allerdings mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4,9 % pro Jahr die Ausnahme ist.

Bei der wirtschaftlichen Dynamik liegt also das produktivistische Wohlfahrtsregime Ostasiens mit vorn, für einzelne Schwellenländer wie Indien und insbesondere China ist das Wachstum sogar noch ausgeprägter. Durch die Weltfinanzkrise sind einige Länder Südeuropas in die wirtschaftliche Krise geraten und Griechenland erlitt im letzten Jahrzehnt sogar Einbußen im Lebensstandard, und zwar um durchschnittlich 0,11 % pro Jahr.

Die Wohlfahrtsregime bilden im Hinblick auf den Lebensstandard gemäß den Variationskoeffizienten recht homogene Gruppen. Insgesamt kann der Fehler der Vorhersage des Lebensstandards durch Kenntnis des Wohlfahrtsregimetyps um 67 % reduziert werden. Damit besitzt die Unterscheidung von Wohlfahrtsregimen eine äußerst hohe Erklärungskraft.

Für Deutschland bleibt festzuhalten, dass der wirtschaftliche Wohlstand im Vergleich mit ähnlich entwickelten Staaten lange noch unter den Möglichkeiten blieb. Bei dem materiellen Wohlstandsniveau muss vor allem die besondere Situation in den neuen Bundesländern beachtet werden, wo das BIP pro Kopf deutlich unter dem Niveau der alten Bundesländer liegt. Das ökonomische Wachstum gewinnt erst in den letzten Jahren wieder an Dynamik, da die Bundesrepublik mit Kurzarbeit, Konjunkturprogrammen und hoher Wettbewerbsfähigkeit den wirtschaftlichen Einbruch in 2009 infolge der Weltfinanzkrise inzwischen gut überwunden hat.

3. Die Weltfinanzkrise und die Eurokrise als zentrale gesellschaftliche Herausforderungen

Die bezahlte Erwerbstätigkeit ist in der modernen Marktgesellschaft für die Individuen i.a. die zentrale Basis ihres Budgets, wodurch die gesellschaftliche Teilhabe – politische, ökonomische und soziale sowie kulturelle Partizipation – strukturiert ist. Das Volumen der bezahlten Erwerbstätigkeit bewegt sich – wie es die Ökonomen modellieren – im Wesentlichen entsprechend dem Wachstum des Bruttosozialproduktes und in den Schwankungen des Konjunkturzyklus, wie Sinus-Schwingungen auf einem Wachstumspfad. Da die Höhe des Anteils an

Arbeitslosen ein entscheidender Faktor der Verhandlungsposition der Arbeitnehmer ist (welche nach Qualifikation, Beruf, Branche etc. natürlich weiter ausdifferenziert ist), ist die Entwicklung von bezahlter Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung.

Aus den regelmäßigen Konjunkturkrisen ragen zwei heraus: Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 und die Weltfinanzkrise ab 2008. Im Dezember 1930 schlug Keynes vor, auf die Konjunkturkrise infolge einer übertriebenen monetären Expansion in den USA, die sich in einem Aktien-Boom und -Bust niederschlug, dadurch zu reagieren, dass der Staat die Nachfragerlücke durch sinnvolle Investitionen in die Zukunft schließt. Die Regierungen reagierten jedoch alle protektionistisch.

Inzwischen ist die Keynes'sche Analyse und auch die Relevanz der Regulierung der Finanzsysteme allgemein bekannt, dennoch wurde – u. a. wegen unterschiedlicher Interessenlagen – nicht auf jede Wirtschaftskrise schnell und adäquat reagiert. Es stellt sich die Frage, was die Ursachen der aktuellen Krise sind, die von der Größenordnung her die zweite Weltfinanzkrise ist.

Das US-amerikanische Gesetz zur Regulierung der Banken (Glass-Steagall Act), das man 1933 als Reaktion auf die Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise (1929-1933) eingeführt hatte, wurde unter der Clinton-Regierung auf Drängen der Banken 1999 wieder aufgehoben. Die US-Notenbank begünstigte mit einer Niedrigzinspolitik nach dem Platzen der Dotcom-Blase im März 2000 die anschließende Immobilienblase. Die Notenbank zählte zwar die Konjunkturstimulierung zu ihren Aufgaben, aber noch nicht die Eindämmung der „asset-Inflation“. Durch die Verbriefung von grenzwertigen Mischungen von Hypothekenkrediten wurden die Risiken von den amerikanischen Banken auf die ganze Welt verteilt. Nach dem politischen Fehler, die Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 nicht vor der Insolvenz zu bewahren, kam es zur panikartigen Kettenreaktion im Weltfinanzsystem. Zur zweiten Weltwirtschaftskrise ist es nicht gekommen, weil die Regierungen die Banken retteten und mit Keynes'schen Konjunkturprogrammen koordiniert reagierten. Ohne weitergehende Regulierungen birgt das große Volumen Anlage suchenden Kapitals aber weiterhin Risiken.

Systematisch lassen sich als Hauptursachen der Weltfinanzkrise unterscheiden:

1. Die Politik:

- a) Verschuldung der Haushalte in den USA: Die amerikanische Politik hat den Immobilienkauf auf Kredit gefördert – unter der Rahmensetzung extrem niedriger Zinsen –, was zunächst einen Immobilienpreisboom erzeugt hat, der dann aber beim Platzen der Spekulationsblase zum Absturz der Preise führte, zur Überschuldung von Haushalten und zum Konsumeinbruch.

- b) Staatsverschuldung der USA: Die militärischen Interventionen der USA haben auch den wirtschaftlichen Aspekt, dass die US-Regierungen sich bei dem Rest der Welt verschuldeten.
- c) Die ungleiche Verteilung des Wohlstands führt zu einem großen Volumen Anlage suchenden Kapitals.

2. *Die Wirtschaft:*

Durch Finanzinnovationen wurde der Rest der Welt an den Risiken und schließlich der Finanzierung der amerikanischen Kreditvergabe beteiligt, wobei die intransparenten Finanzprodukte nach einem Bonus-System verkauft wurden. (Eine Immobilienkrise gab es nicht nur in den USA, unabhängig davon gab es z. B. auch einen Immobilien-Boom und -Bust in Spanien.)

Was tun?

Joseph E. Stiglitz schlägt vor, – neben “Keynes’schen“ Konjunkturprogrammen – wegen des Politik- und Marktversagens bei der Regulierung anzusetzen: „The design of regulatory structures and systems has to take into account

- a) asymmetries of information – the regulator often is at an informational disadvantage relative to the regulated;
- b) moral hazard – there are often problems in ensuring that the regulator’s behavior is consistent with social welfare, e.g. that he is not captured by those whom he is supposed to be regulating; and
- c) human fallibility – mistakes are inevitable, and one needs to minimize the costs of such mistakes. Well-designed regulations take into account the limitations of implementation and enforcement. While no regulatory system is perfect, economies with well-designed regulations can perform far better than those with inadequate regulation. Regulations can both enhance markets and protect those who might otherwise suffer in unregulated markets.” (Joseph E. Stiglitz, April 2009)

Immerhin führten die Aktivitäten der amerikanischen Regierung und die Aktivitäten der europäischen, chinesischen etc. Regierungen dazu, dass diese Weltfinanzkrise deutlich besser bearbeitet wurde als die erste.

Von der Weltfinanzkrise zur großen Rezession und zur Staatsschuldenkrise

Das Platzen der Immobilienpreisblase in den USA führte wegen der globalen Vermarktung der Kreditverbriefungen zu einer weltweiten Kredit- und Bankenkrise. Am stärksten engagiert und deshalb auch von der Bankenkrise besonders betroffen waren die USA, Großbritannien, Island und Irland (vgl. auch Farnsworth/Irving 2012).

Die auf die Kreditkrise folgende große Rezession führte zu einem starken Rückgang der Exporte in Deutschland, China, Finnland und Schweden (vgl. auch Farnsworth/Irving 2012). Deutschland und China glichen dies aber durch Stimulierung des Binnenmarktes aus. Und Schweden und Finnland hatten den Umgang mit einer solchen Situation schon in der vorangegangenen skandinavischen Finanzkrise gelernt.

Wegen der notwendigen Bankenrettungen („too big to fail“) aufgrund der Weltfinanzkrise und der erforderlichen Konjunkturprogramme wegen der großen Rezession gerieten viele Nationen in die Staatsverschuldung. Dies betraf wegen der großen Bankenrisiken insbesondere Irland, Island und schließlich auch Spanien. Wegen der geringen Wettbewerbsfähigkeit in der großen Rezession gerieten insbesondere Griechenland und Portugal ebenfalls in eine schwere Krise. Die Verschuldung Griechenlands war der Anlass zur folgenden Eurokrise, die einige Schwachpunkte der Konstruktion der Eurozone aufdeckte.

Die Eurokrise

Die Bankenrettungen und die Konjunkturprogramme führten zur Erhöhung der Staatsverschuldungen, welche als Stresstests wirkten für die politisch vernünftige, aber in den Institutionen bis dahin noch nicht umfassend abgesicherte Europäische Währungsunion. In einer Währungsunion von heterogenen Ökonomien benötigt man politische und ökonomische Institutionen, um mit verschiedenen „Schocks“ umzugehen.

Eichengreen (2010) vergleicht die Eurokrise nach dem Bekanntwerden des tatsächlichen Ausmaßes der griechischen Staatsverschuldung im Februar 2010 mit der Vertrauenskrise nach dem Fall der Lehman Brothers in den USA im Herbst 2008.

Bei der Bearbeitung der Eurokrise müssen die Zusammenhänge von Banken-, Staatsschulden- und Wachstumskrise immer mit bedacht werden (vgl. Jay C. Shambough, „The Euro’s Three Crises“), deshalb ist die Lösung so langwierig. Shambough diskutiert die Verwobenheit von (1) Bankenkrise, die zur (2) Staatsschuldenkrise führte, welche wiederum eine (3) Wachstumskrise zur Folge hatte, wobei wie in einem „vicious circle“ (Spirale nach unten) die dadurch fallenden Preise der Aktiva wiederum die Bankbilanzen schwächen etc. Umgekehrt schwächt die Konjunkturkrise die verschuldeten Staaten weiter, die Schwächung der Staaten führt zur Abwertung der Aktiva der Banken in Form von Staatsanleihen, die geschwächten Banken werden die Kreditvergabe einschränken und dadurch das Wachstum unterminieren. Wegen dieser Interdependenz der Probleme sind Maßnahmen, die eine Problemlage verbessern, aber gleichzeitig eine andere Problemlage verschlechtern, suboptimal. Shambough empfiehlt deshalb ein integriertes Maßnahmenpaket, das skizziert wie folgt lautet:

Regierungen in Defizitländern sollten die Steuern auf Arbeit reduzieren (statt auf Lohnsenkungen zu setzen) und auf Konsum erhöhen. Gleichzeitig sollten Überschussländer wie Deutschland den Konsum stärken, um das Wachstum zu fördern.

Die EZB sollte auch die langfristigen Zinsen senken. Ein höheres nominales BIP-Wachstum würde die Tragfähigkeit der Schulden erleichtern.

Die EZB könnte ihre Politiken mit dem Ziel geringerer langfristiger Anleiherenditen verstärken.

Die Banken könnten über EFSF-Fonds rekapitalisiert werden, um die wechselseitige Abhängigkeit von Staatsschulden- und Bankenkrise zu verringern.

Überschussländer wie Deutschland könnten fiskal expandieren, was durch stärkeres Wachstum anschließend allen zu Gute käme.

Dieses Maßnahmenpaket würde das Wachstum in der Eurozone durch fiskalische, Bankenrekapitalierungs- und monetäre Politiken stärken. Die bisherige Beschränkung auf die Reduzierung der Staatsausgaben in den Krisenländern führt zu suboptimalen Ergebnissen. Eine Bankenregulation und -überwachung werden übergreifend für die ganze Eurozone benötigt. Ferner würde eine gemeinsame risikoarme Anleihe der gesamten Eurozone in Unterscheidung zu riskanteren Anleihen mit höheren Renditen die wechselseitige Abhängigkeit von Staatsschulden- und Bankenkrise reduzieren. – Eine Währungsunion muss gemäß diesen Argumenten von Shambough (2012) durch eine Finanzunion (nicht eine Fiskalunion) komplettiert werden.

Die große Linie für die EU als politisches Projekt wäre ein gemeinsamer „Marshallplan“ für die „Krisenländer“, ein europäisches Brainstorming zu den fruchtbarsten Investitionen in diesen Ländern und den günstigsten Möglichkeiten der Umsetzung.

Die erhöhten Staatsverschuldungen erzeugen Druck, der in einigen Gesellschaften auf die sozialen Sicherungssysteme weitergeleitet wird. Soziale Sicherungssysteme sind andererseits automatische Stabilisatoren in den Konjunkturkrisen. Es gibt auch weitere gute Gründe, die Systeme zur Förderung und Pflege des „Humankapitals“ weiterzuentwickeln.

Die Auswirkungen der Finanzkrise lassen sich gut an Hand der Performanz bzgl. der gesellschaftlich wünschenswerten Ziele untersuchen: Wohlstand; ökologische Nachhaltigkeit; Innovation; soziale Sicherung durch Unterstützungsleistungen im Risikofall sowie vorsorgend durch Bildungsinvestitionen; Anerkennung der Besonderheiten (Frauenfreundlichkeit und Migrantenfreundlichkeit); Gleichheit der Teilhabe; soziale Integration; Autonomie („freedom of choice and capabilities“). Im Folgenden wird dies für den Wohlstand (durchschnittlichen Lebensstandard) ausgearbeitet.

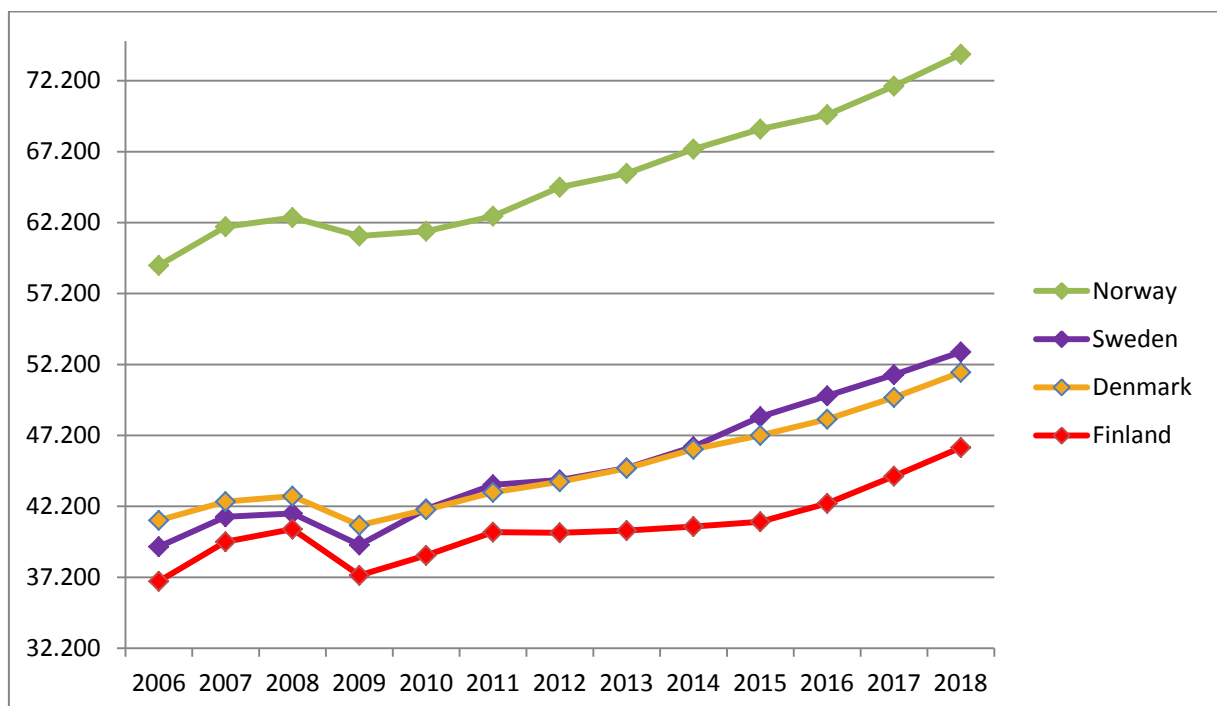
4. Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den betrachteten Ländern und Wohlfahrtsregimen

4.1 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den Ländern des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes Skandinaviens

Die sozialdemokratische Wohlfahrtslogik

Gemäß der sozialdemokratischen Wohlfahrtslogik basiert die soziale Sicherung in Skandinavien auf dem Universalismus der gleichen Teilhabe aller Staatsbürger (im Unterschied etwa zur Status-konservierenden Wohlfahrtslogik Kontinentaleuropas). Dieses Modell ist von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in Kooperation mit der Frauenbewegung entwickelt worden und wurde unter Mitte-Rechts-Regierungen bisher nur mit dem Ziel der Kosteneindämmung effektiviert. Die sozialen Sicherungssysteme sind umfassend, zur Finanzierung wird eine hohe Erwerbsquote durch aktive Arbeitsmarktpolitik für Männer und Frauen betrieben. Durch hohe Investitionen in Bildung sowie Forschung und Entwicklung wird die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt. Die umfassenden sozialen Sicherungssysteme haben den ökonomischen Aspekt, dass sie in Konjunkturkrisen als automatische Stabilisatoren wirken.

Abbildung 4-1: Die Wohlstandsentwicklung im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime Skandinaviens



Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den einzelnen Ländern

Norwegen mit seinem Ölreichtum liegt im Lebensstandard regelmäßig vorn, es folgen Schweden und Dänemark sowie zuletzt Finnland, das stark exportabhängig ist und im letzten Jahrzehnt Exportanteile verloren hat, da Nokia den Smartphone-Trend verpasste und außerdem wegen der weltweiten Digitalisierung die Nachfrage nach Papier sinkt. Nach der Weltfinanzkrise überholte Schweden das Nachbarland Dänemark im Lebensstandard. Alle sozialdemokratischen Länder erlitten im Krisenjahr 2009 einen Einbruch, von dem sie sich aber alle inzwischen wieder erholt haben.

Die sozialdemokratischen Länder Skandinaviens liegen insgesamt im durchschnittlichen Wohlstand mit an der Spitze. Mit der hohen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportwirtschaften aufgrund starker Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie mit automatischen Stabilisatoren in Konjunkturkrisen durch ausgebaute Sozialsysteme sind die Länder mit sozialdemokratischer Wohlfahrtslogik alle gut aus der Krise herausgekommen.

4.2 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den Ländern des konservativen Wohlfahrtsregimes Kontinentaleuropas

Die Status-konservierende Wohlfahrtslogik

Verglichen mit der universalistisch-sozialdemokratischen und mit der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik sind die Institutionen im Geiste der Status-konservierenden Wohlfahrtslogik moderater ausgestaltet. Die Systeme sozialer Sicherung sind gemäß Esping-Anderson (1990) Status-konservierend in dem Sinne, dass die sozialen Leistungen bei Eintreten eines "Risikos" (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter etc.) proportional sind zu dem im Erwerbsleben erreichten Erwerbsstatus und -einkommen. Dies entspricht Leitvorstellungen von Leistungsgerechtigkeit, während die universalistisch-sozialdemokratische Wohlfahrtslogik idealtypisch von der Gleichheit der Staatsbürgerrechte her argumentiert und die wirtschaftsliberale von der Autonomie sowie Eigenverantwortung des Individuums in Markt- und Wettbewerbsgesellschaften. Die soziale Absicherung in Status-konservierenden Ländern liegt im Durchschnitt bei mittleren Lohnersatzraten im Vergleich zu den hohen universalistisch-sozialdemokratischen und den niedrigen wirtschaftsliberalen Lohnersatzraten. Ökonomisch beinhaltet dies moderate Stabilisierungen durch die sozialen Sicherungssysteme in Konjunkturkrisen (mit steigender Arbeitslosigkeit etc.). Spezifischer wirkt der Gesichtspunkt der Exportorientierung eines Landes. Da die Bundesrepublik fast Exportweltmeister ist, stürzte sie mit dem Weltmarkt in der Krise stark ab, nutzte andererseits aber auch die globale Erholung zu einem starken Wiederaufstieg über die Exporte.

Abbildung 4-2: Die Wohlstandsentwicklung im konservativen Wohlfahrtsregime Kontinentaleuropas

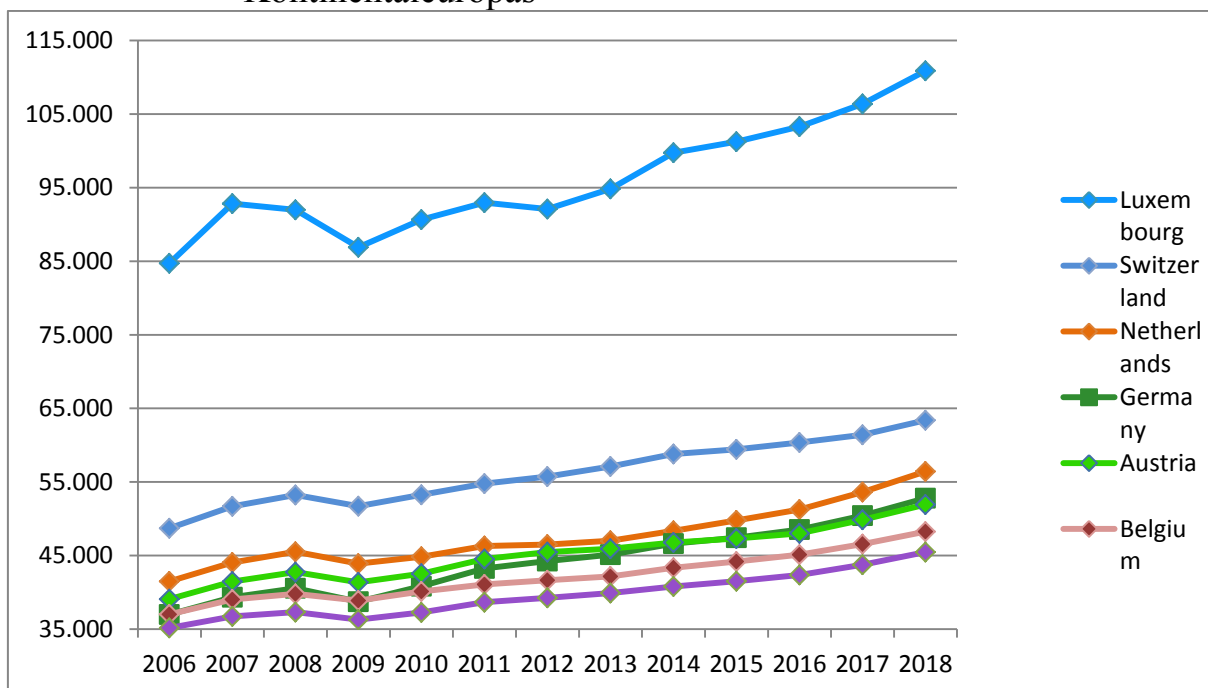
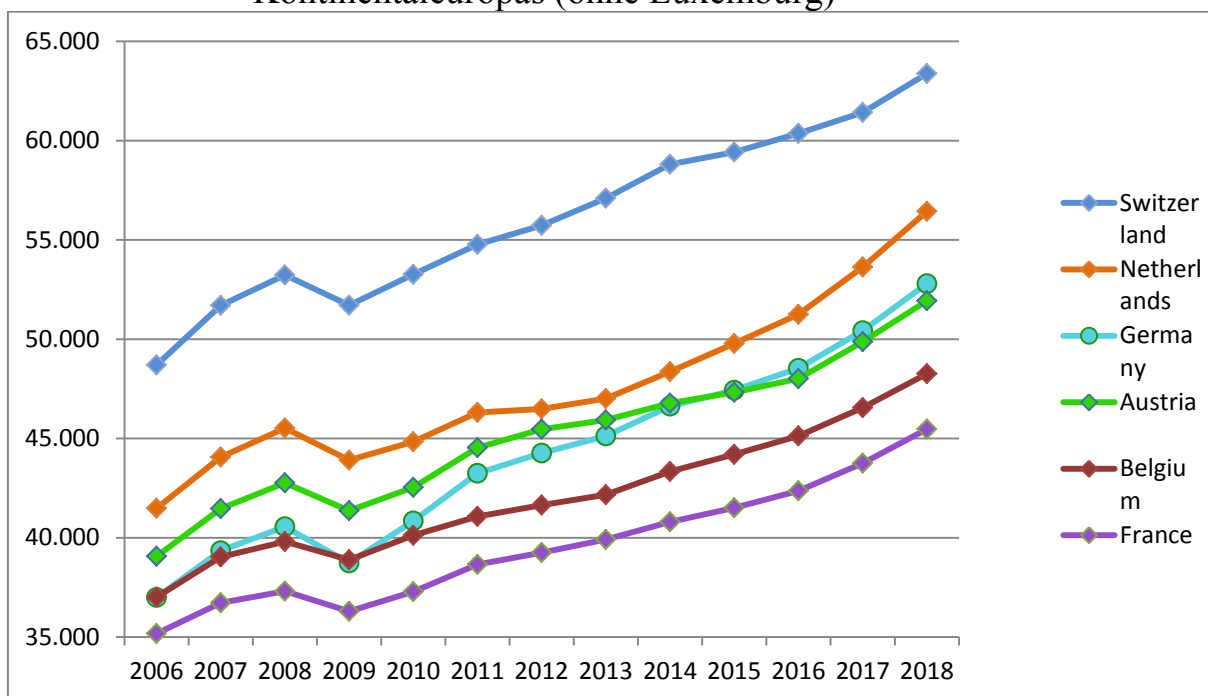


Abbildung 4-3: Die Wohlstandsentwicklung im konservativen Wohlfahrtsregime Kontinentaleuropas (ohne Luxemburg)



Wenn man in Erweiterung von Esping-Anderson noch die Geschlechterrollen als Gesichtspunkt für die konservative Wohlfahrtslogik hinzunimmt, dann haben die konservativen Gesellschaften Kontinentaleuropas eine eher niedrigere Frauenerwerbsbeteiligung als die universalistisch-egalitären Gesellschaften Skandinaviens und als die wirtschaftsliberalen angelsächsischen Gesellschaften. In dieser Hinsicht bleiben die Gesellschaften Kontinentaleuropas noch unter ihren Möglichkeiten, auch im Hinblick auf den Wohlstand.

Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den einzelnen Ländern

Im durchschnittlichen Lebensstandard liegt das internationale Finanzzentrum Luxemburg deutlich vor den anderen konservativen Ländern (ist allerdings als Stadtstaat schwierig zu vergleichen), ferner liegen von den konservativen Ländern noch die Schweiz und die Niederlande vor der Bundesrepublik. Nach der Weltfinanzkrise hat Deutschland Belgien und schließlich auch Österreich im Lebensstandard überholt. Frankreich liegt im Lebensstandard hinter Belgien am Schluss der konservativen Länder.

In Luxemburg dominiert der Finanzsektor, die Summe der Bankbilanzen beträgt ca. das 20-fache des BIP. Dennoch war der Bankensektor hinreichend reguliert, sodass Luxemburg gut durch die Finanzkrise gekommen ist. Der IMF empfiehlt aber eine Diversifizierung der Ökonomie über den Finanzsektor hinaus.

Die Gesamtproduktivität der Schweizer Volkswirtschaft ist weltweit eine der höchsten, was vor allem auf den Dienstleistungssektor, der ca. zwei Drittel des gesamten Bruttoinlandsproduktes erzeugt, und hier u.a. auf den Bankensektor zurückzuführen ist. Hinzu kommt, dass trotz des hohen Lohnniveaus die Arbeitskosten geringer sind als in anderen Ländern, da Lohnneben- und Sozialversicherungskosten vergleichsweise niedrig sind. Zudem ist die Arbeitszeit in der Schweiz höher als in anderen europäischen Ländern. Insgesamt steht die ökonomische Performanz der Schweiz mit an der Spitze.

In den Niederlanden waren die Immobilienpreise seit 2008 um 20 % gefallen und die durchschnittliche Verschuldung der Privathaushalte war auf 270 % des verfügbaren Einkommens in 2010 gestiegen, einer der höchsten Werte in den entwickelten Volkswirtschaften. Die eigentlich gute ökonomische Performanz der Niederlande mit hohem Lebensstandard und geringer Arbeitslosigkeit ist durch die Weltfinanzkrise also auch beeinträchtigt worden. Inzwischen aber befinden die Niederlande sich wieder auf einem stabilen Wachstumspfad.

Die deutsche Wirtschaft hat die Finanz- und Wirtschaftskrise gut überstanden. Diese Entwicklung ist auf eine erfolgreiche Krisenpolitik zurückzuführen. Mit einer keynesianischen Ausgabenpolitik wurde die Binnennachfrage gestärkt und angeschlagene Banken wurden mit einem Hilfspaket gestützt. Durchgeführt wurden die umfassenden Maßnahmen im Rahmen zweier staatlicher

Konjunkturpakete, die u. a. die Abwrackprämie für Automobile sowie die Senkung des Krankenkassenbeitrages und des Einkommensteuertarifes beinhalteten. Zudem wurde mit Hilfe staatlicher Unterstützung flexible Beschäftigungsformen (Kurzarbeit, Zeitarbeit, Arbeitszeitkonten etc.) zur Einsparung von Lohnkosten geschaffen bzw. ausgeweitet und den Unternehmen dadurch das Halten der Stammbesellschaft erleichtert.

Die öffentlichen Brutto-Schulden Österreichs sind in Folge der Finanzkrise schrittweise auf 85,5 % des BIP in 2015 gestiegen und lagen in 2017 noch bei 78,4 % des BIP. Die hohe Staatsverschuldung ist ein Schwachpunkt der österreichischen Wirtschaft.

Die Restrukturierung der Banken hat Belgien ca. 1 % des BIP gekostet. Die öffentlichen Brutto-Schulden sind stark gestiegen und lagen in 2017 bei immer noch zu hohen ca. 103,3 %. Die Regierung hat aber u.a. die Umgestaltung der Besteuerung als Anreiz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bereits eingeleitet.

Das BIP Frankreichs wuchs nach der Weltfinanzkrise nur noch geringfügig. Die Ursachen lagen u.a. im Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch vergleichsweise hohe Arbeitskosten, was sich im Verlust von Exportanteilen zeigt. Die öffentlichen Brutto-Schulden sind auf 96,3 % des BIP in 2016 gestiegen. Wegen der verbesserten äußeren Bedingungen (niedriger Ölpreis, niedrige Kreditzinsen etc.) wuchs das BIP in 2015 und 2016 um 1,1 % und 1,2 %. U.a. durch eine Liberalisierung des Arbeitsrechts will die neue Regierung unter Emmanuel Macron (ab 05/2017) eine Reduktion der Arbeitslosigkeit und eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs erreichen. In 2017 stieg das Wachstum auf ca. 2,3 %.

Die Entwicklung des Wohlstandsniveaus in den konservativen Ländern Kontinentaleuropas im Umfeld der Weltfinanzkrise verläuft überwiegend parallel, nur auf leicht unterschiedlichen Wohlstandsniveaus. Von dem Einbruch im Krisenjahr 2009 haben sich alle konservativen Länder inzwischen wieder gut erholt.

4.3 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den Ländern des wirtschaftsliberalen angelsächsischen Wohlfahrtsregimes

Die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik

Die Logik der Produktion und Verteilung von Wohlfahrt basiert im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime idealtypisch auf den Leitvorstellungen der Eigenverantwortung der Individuen sowie der Effektivität von Wettbewerb und Märkten. Dies führt zur Arbeitsmarktintegration der ganzen Bevölkerung – allerdings mit einem hohen Anteil von „working poor“ – und durch den Wettbewerb auch zu einem relativ hohen durchschnittlichen Wohlstand, der aber

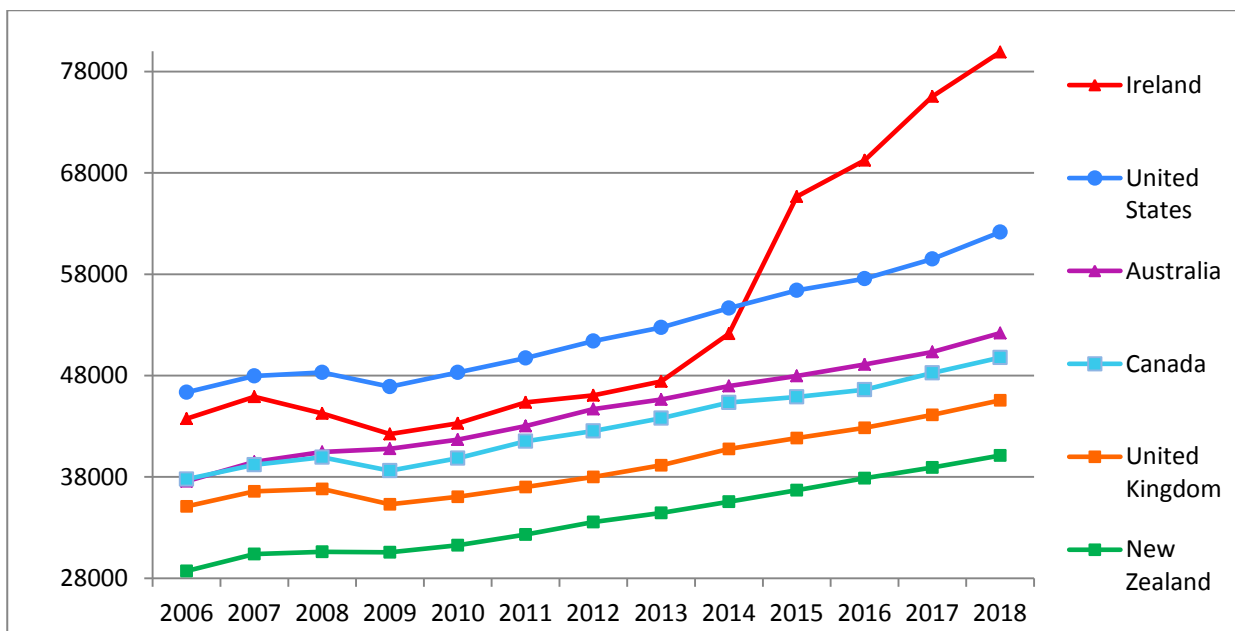
sehr ungleich verteilt ist, da der Staat nach den wirtschaftsliberalen Leitvorstellungen möglichst wenig in die Märkte eingreifen sollte. Für die Weltfinanzkrise sind gemäß diesen Mechanismen steilere Anstiege der Arbeitslosigkeit in der Krise, aber auch flexible Reaktionen der Bevölkerung und zum Teil auch der Regierungen zu erwarten, wobei letztere die Arbeitslosigkeit der potenziellen Wähler in Grenzen halten wollen.

Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den einzelnen Ländern

Im Wohlstandsniveau führten die USA bis etwa 2015 als Weltmacht Nr. 1 mit der Leitwährung des Welthandels (Barry Eichengreen: „Exorbitant Privilege“. 2010) bei den wirtschaftsliberalen Ländern. Die USA sind mit ihrer sehr expansiven Geldpolitik und Wachstumsstimulierung viel besser aus der Krise herausgekommen als die konservativ-liberale Regierung des Vereinigten Königreichs mit ihrer zu einseitigen Austeritätspolitik. Die neue US-Regierung unter Donald Trump senkte aber die Unternehmenssteuern, weshalb sich die hohe Staatsverschuldung der USA weiter erhöhen wird.

Der Absturz in der Weltfinanzkrise war in Irland am tiefsten, das seinen groß dimensionierten Finanzsektor nicht hinreichend regulierte und kontrollierte. Aber mit der Stärke seines Exportsektors hat Irland die Krise bereits überwunden und steht jetzt im durchschnittlichen Wohlstand sogar an der Spitze aller 43 betrachteten Länder, wobei die Rückverlagerung multinationaler Unternehmen nach Irland eine zentrale Rolle spielt.

Abbildung 4-4: Die Wohlstandsentwicklung im wirtschaftsliberalen angelsächsischen Wohlfahrtsregime



Australien profitierte vom Handel mit dem stark wachsenden China, das zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beitrug. Und Kanada zeigte, wie man mit einem gut regulierten Bankensektor erfolgreich durch eine Finanzkrise kommt.

Das noch stärker agrarisch geprägte Neuseeland liegt im Wohlstand gegenüber den anderen wirtschaftsliberalen Ländern etwas zurück. Neuseeland hatte zusätzlich erschwerte Bedingungen durch zwei Erdbeben 2010/2011, ist aber mit seinen Wiederaufbauprogrammen inzwischen wieder in wirtschaftlicher Erholung.

4.4 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den Ländern des familistischen Wohlfahrtsregimes Südeuropas

Die familistische Wohlfahrtslogik

In den familistischen Ländern Südeuropas dominieren eher traditionelle Leitvorstellungen. Entsprechend ist die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit eher gering. U.a. aufgrund der Touristikbranche ist dann der Wohlstand etwas höher, als die Innovationsfähigkeit erwarten ließe. Die sozialen Sicherungssysteme des europäischen Südens sind Status-konservierend wie in Kontinentaleuropa, aber nur auf einem rudimentären Absicherungsniveau. Den Familien wird die Aufgabe der Betreuungsarbeit zudedacht, aber Familien werden gleichzeitig vom Staat im internationalen Vergleich besonders wenig unterstützt. Der Begriff „familistisch“ ist also ein Euphemismus, die sehr geringen Geburtenraten sind ein Hinweis auf die Überbelastung der Frauen in den Familien, denen viele Aufgaben zudedacht sind, ohne dass sie hinreichend unterstützt werden. Die Schwäche der Verwaltungen beeinträchtigt auch die nachsorgenden Sicherungssysteme. Die vorsorgenden Bildungssysteme sind ebenfalls relativ schwach ausgebaut, sodass die Chancengleichheit eher gering und die Armutsquoten sowie Einkommensungleichheit eher hoch sind. Aufgrund der Prägung durch die katholische bzw. orthodoxe Kirche sind die Geschlechterrollen traditionell und die Frauenfreundlichkeit gering. Wegen der traditionellen Geschlechterrollen ist die Integration der Frauen in das Beschäftigungssystem überwiegend vergleichsweise schwach. Gleiches gilt für die Integration in den Arbeitsmarkt, wobei wegen des starken Schutzes der „Insider“ die Jugendarbeitslosigkeit überproportional hoch ist und wiederum zum Teil von den Familien aufgefangen werden muss.

Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den einzelnen Ländern

Die familistischen Länder Südeuropas haben sich in den Hätetests der Weltfinanzkrise und der Eurokrise als am wenigsten wettbewerbsstark erwiesen.

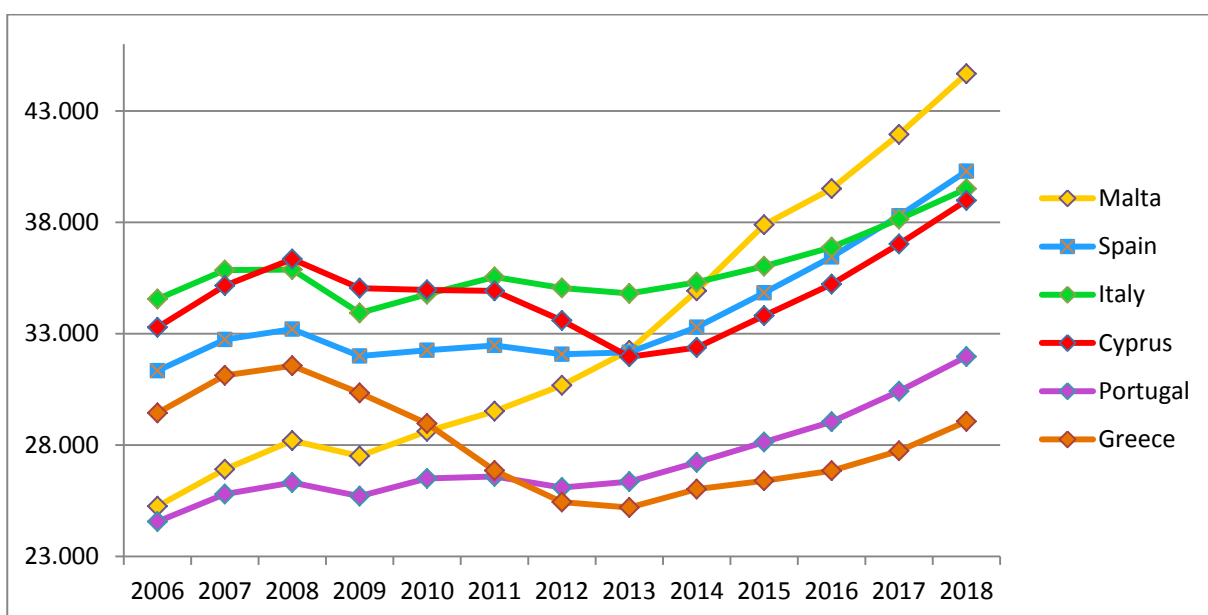
Als Ausnahme steht Malta im Lebensstandard inzwischen an der Spitze der familistischen Länder, wobei das Geschäftsmodell Maltas allerdings auf der besonders niedrigen realen Besteuerung ausländischer Investitionen beruht.

Spanien hatte neben der Weltfinanzkrise zusätzlich eine selbst verursachte Immobilienkrise zu bewältigen. Aus Anlass der Osterweiterung der EU handelte Spanien eine Erhöhung der Mittel zur Regionalförderung aus, von denen Spanien stark profitierte. Die Mittel führten aber zu einem spekulativen Immobilienboom, der u. a. in Folge der von den USA ausgehenden Weltfinanzkrise abrupt endete.

In Italien hinterließen die häufig wechselnden Regierungen eine viel zu hohe Staatsverschuldung. Seit Februar 2014 versuchte die neue Regierung, der wirtschaftlichen Entwicklung Italiens mehr Dynamik zu verleihen. Im Dezember 2016 gab es innerhalb der Regierung einen weiteren Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten. In 2017 wurde Italien im Lebensstandard von Spanien überholt. Nach den Wahlen im März 2018 übernahm eine Koalition der Fünf-Sterne-Bewegung und der rechtspopulistische Lega die Regierung.

In Zypern sind die Banken durch ihr sehr starkes Engagement in Griechenland mit der Krise Griechenlands auch in die Schieflage geraten. Zu den Pluspunkten bei der Bewältigung der Krise gehören aber gemäß IMF Zyperns gut qualifizierte Arbeitskräfte und eine gut entwickelte Wettbewerbsfähigkeit.

Abbildung 4-5: Die Wohlstandsentwicklung im familistischen Wohlfahrtsregime Südeuropas



Im Mai 2011 musste die portugiesische Regierung finanzielle Unterstützung bei der EU und beim IMF beantragen. Die zurückgehende Wettbewerbsfähigkeit Portugals führte zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenquote. Im Juni 2014

konnte Portugal das von der EU und vom IMF unterstützte Konsolidierungsprogramm erfolgreich abschließen. In 2016 erreichte Portugal ein Wachstum des BIP von 1,5 %. Bis Dezember 2016 ging die Arbeitslosigkeit wieder auf 10,2 % zurück (EU28: 8,2 %), die Jugendarbeitslosigkeit auf 26,4 % (EU28: 18,6 %) (vgl. Eurostat 2017). Das Haushaltsdefizit der Regierung wurde von 10,2 % des BIP im Krisenjahr 2009 auf 2,0 % in 2016 reduziert. In 2017 verließ Portugal damit das Defizitverfahren der EU. Die öffentlichen Brutto-Schulden stiegen von 83,1 % des BIP im Krisenjahr 2009 auf 130,2 % in 2014 und wurden bis 2017 auf 125,7 % reduziert.

In den Hätetests der Weltfinanzkrise und der Eurokrise erwiesen sich die Institutionen Griechenlands als am wenigsten wettbewerbsstark. Im Oktober 2009 gab die neue sozialistische Regierung das tatsächliche Ausmaß der Verschuldung Griechenlands bekannt, die früheren Angaben waren nicht korrekt. Die Staatsverschuldung wurde von 99,6 % auf schließlich 126,8 % des BIP korrigiert (vgl. z.B. Matsaganis 2011). Die Reaktion der Finanzmärkte auf die korrigierten Zahlen zwang Griechenland schließlich im Mai 2010 zur Annahme von umfangreichen Finanzhilfen gegen Sanierungsaufgaben durch die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und den Internationalen Währungsfonds. Nur mit diesen Finanzhilfen und später einem partiellen Schuldenverzicht der privaten Gläubiger ließ sich der Staatbankrott Griechenlands abwenden. Die Hauptursachen der hohen Defizite lagen gemäß IMF in dem zu hohen Anstieg der Löhne und insbesondere der Renten im Kontext der Eurozone. Mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 % in 2017 und voraussichtlich ca. 2,0 % in 2018 sowie einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zeichnet sich nun eine Trendwende ab. Ein digitales Einwohnerregister wird künftig die Rentenversicherung unterstützen. Ein Katasteramt steht vor der Fertigstellung. Etc. Eine Reihe wichtiger Reformen sind also bereits eingeleitet.

Generell ist wegen der eher traditionellen Leitvorstellungen die Frauenerwerbstätigkeit im familistischen Südeuropa (außer in Portugal) noch nicht stark genug entwickelt, was auch das ökonomische Potential beeinträchtigt. Die Verwaltungen sind i.a. noch nicht hinreichend rational und effizient, dies gilt auch für die Steuerverwaltung, bei der sich viele Wohlhabende auf Kosten des Gemeinwesens der Besteuerung entziehen. In den sozialen Sicherungssystemen setzt Südeuropa die Priorität zu stark auf die Insider des Arbeitsmarkts und zu wenig auf die Vorsorge durch Bildung und Ausbildung sowie auf Investitionen in Forschung und Entwicklung. Insgesamt ist die Wettbewerbsfähigkeit Südeuropas dadurch geringer und kann im Kontext der Währungsunion nicht mehr durch Währungsabwertungen bearbeitet werden, sondern muss vor allem durch Lohnanpassungen ausgeglichen werden, was auch die Regierungsfähigkeit beeinträchtigt.

4.5 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den postsozialistischen Ländern Osteuropas

Zur Wohlfahrtslogik der postsozialistischen Länder Osteuropas

Die Logik der Produktion und Verteilung von Wohlfahrt in den postsozialistischen Ländern Osteuropas befindet sich in einem Prozess der Ausdifferenzierung. Während Slowenien mit überwiegend Mitte-Links-Regierungen am ehesten einen Weg der Sozialpartnerschaft gewählt hat und die baltischen Staaten mit Mitte-Rechts-Regierungen einen wirtschaftsliberalen Kurs, rangieren die vier Visegrád-Ländern mit häufig wechselnden Regierungen dazwischen (vgl. z.B. Bohle und Greskovits, 2007). Bulgarien und Rumänien sind sozioökonomisch und im EU-Beitritt Nachzügler. Das neue EU-Mitglied Kroatien (ab 07/2013) liegt im Wohlstandsniveau zwischen Rumänien und Bulgarien, das prospektive EU-Mitglied Serbien rangiert im Wohlstand noch deutlich dahinter am Schluss dieser Ländergruppe. Russland schließlich, das dem Staatssozialismus das Modell geliefert hat, weist inzwischen eine Ungleichheit auf, die ähnlich hoch ist wie in den wirtschaftsliberalen USA. Im Wohlstandsniveau liegt es hinter Polen, Ungarn und Lettland.

Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den einzelnen Ländern

Tschechien steht inzwischen im Wohlstand vor Slowenien an der Spitze der postsozialistischen Länder Osteuropas. Das tschechische Bankensystem basiert auf einheimischen Einlagen und ist sehr gut durch die Krise gekommen. Die Verschuldung der Unternehmen und Haushalte ist gering.

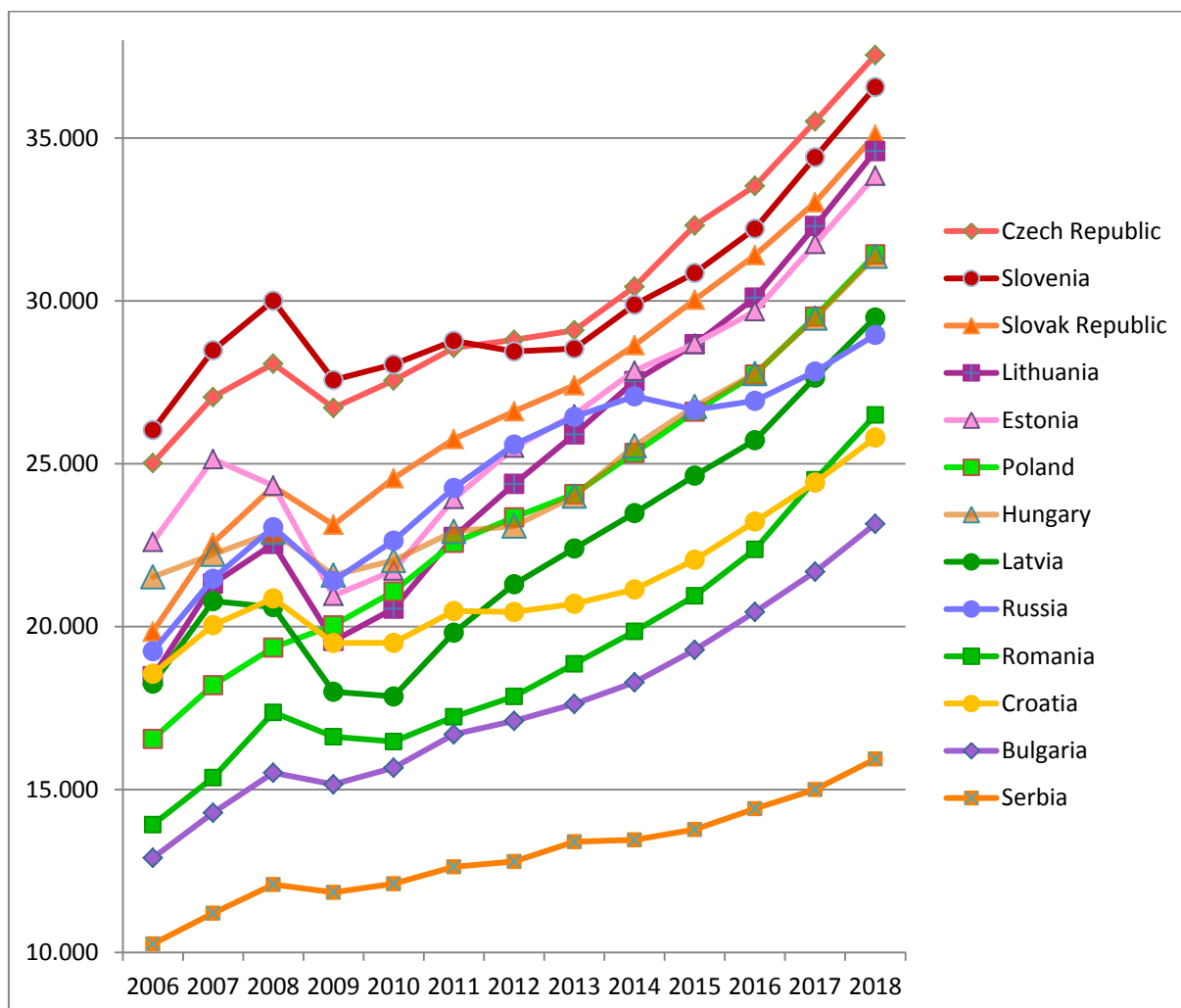
Die Entwicklung Sloweniens nach 1989/90 war von den postsozialistischen Ländern zunächst relativ am erfolgreichsten, seit einigen Jahren ist sie allerdings auch von einer Bankenkrise betroffen. Der Schlüssel zum relativen Erfolg Sloweniens war die Sozialpartnerschaft. Seit Dezember 2013 ist auf der Basis eines Stresstests bekannt, dass das Bankensystem stark unterkapitalisiert ist. Slowenien steht damit inzwischen auch vor einer großen ökonomischen Herausforderung.

U.a. mit einer Unternehmensbesteuerung von nominal 19 % hat die Slowakei viele ausländische Direktinvestitionen angezogen, die zu hohen Wachstumsraten des BIP beitrugen. Der Bankensektor basiert auf einheimischen Einlagen und kam unbehelligt durch die Eurokrise. Deshalb steht die Slowakei schon seit einigen Jahren im Lebensstandard auf dem dritten Platz der postsozialistischen Länder Osteuropas.

Das BIP Litauens ist nach einem scharfen Einbruch von 14,8 % im Krisenjahr 2009 anschließend bereits wieder stark gewachsen, wobei das Exportwachstum durch einen starken Rückgang der Nominallöhne gefördert wurde. Auch die nominale Unternehmensbesteuerung von 15 % begünstigt den starken Export-

sektor. Das Bankensystem befindet sich zu einem hohen Anteil in ausländischem (vor allem skandinavischem) Eigentum. Die Konsolidierung verlief überwiegend über Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen. Insgesamt steht Litauen inzwischen im durchschnittlichen Wohlstand an vierter Stelle der postsozialistischen Länder Osteuropas.

Abbildung 4-6: Die Wohlstandsentwicklung in den postsozialistischen Ländern Osteuropas



Das BIP Estlands ist nach einem tiefen Einbruch um 14,3 % im Krisenjahr 2009 anschließend wieder stark gewachsen. Die Lohnzuwächse orientierten sich an der Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit nahm zu. Mit einem erfolgreichen Konsolidierungsprogramm und mit Hilfe der finanziellen Unterstützung durch die EU sowie dem IMF gelang Lettland der Beitritt zur Eurozone im Jahr 2011. Insgesamt hat sich Estland von dem tiefen Einbruch in der Finanzkrise beachtlich gut erholt und steht im durchschnittlichen Wohlstand inzwischen an fünfter Stelle der postsozialistischen Länder Osteuropas.

Das BIP Polens stieg auch im Krisenjahr 2009 noch um 1,6 %, in den folgenden Jahren ist es noch stärker gewachsen. Dies gelang insbesondere mit Investitionen in die Infrastruktur und Exporte. Insgesamt ist Polen vergleichsweise gut durch die Krise gekommen und erzielte wegen der relativ starken Orientierung auf den Binnenmarkt sogar im Krisenjahr 2009 noch Wachstum. Damit steht Polen beim Lebensstandard inzwischen auf dem sechsten Platz der postsozialistischen Länder Osteuropas.

Das BIP Ungarns ist nach einem starken Einbruch um 6,8 % im Krisenjahr 2009 in den folgenden Jahren wieder gewachsen. Zu den Rahmenbedingungen Ungarns gehört momentan die rechtspopulistische Regierung unter Viktor Orbán (seit der Wahl 04/2010). Im August 2013 bezahlte Ungarn vorzeitig einen Kredit des IMF zurück, wohl auch, um die kritischen Einlassungen des IMF zu beenden. Ungarn liegt im Lebensstandard inzwischen auf dem siebten Platz dieser Ländergruppe.

Das BIP Lettlands ist nach dem radikalen Einbruch um 17,7 % im Krisenjahr 2009 in den folgenden Jahren wieder stark gewachsen. D.h. Lettland hat sich von dem starken Einbruch beachtlich gut erholt. Die Unternehmensbesteuerung beträgt nominal 15 % und hat die Entwicklung eines starken Exportsektors begünstigt. Lettland ist als Ergebnis seiner erfolgreichen Konsolidierung am 01.01.2014 der Eurozone beigetreten. Im Lebensstandard liegt Lettland inzwischen vor Russland.

Das BIP Russlands ist nach einem Einbruch um 7,8 % im Krisenjahr 2009 in den folgenden Jahren stark gewachsen. Dabei profitierte Russland stark von seinem natürlichen Reichtum und den hohen Ölpreisen, was andererseits eine Verletzlichkeit gegenüber dem Weltmarkt beinhaltet. Mit dem Sinken der Ölpreise sank auch der Wohlstand Russlands.

Das BIP Rumäniens ist nach einem Einbruch um 6,6 % im Krisenjahr 2009 mit Hilfe der Unterstützung durch den IMF, die Weltbank und die EU ab 2011 wieder gewachsen. Auch Rumänien hat eine niedrige Unternehmensbesteuerung, und zwar von nominal 16%. Rumänien befindet sich inzwischen auch auf einem Wachstumspfad und liegt im durchschnittlichen Wohlstand etwas vor Kroatien.

Das BIP Kroatiens, das seit Juli 2013 der EU angehört, ist im Krisenjahr 2009 um 6,9 % eingebrochen. Auch in 2010 bzw. in 2012 gab es Rückgänge im BIP. Kroatien braucht also dringend Unterstützung von der EU. Gemäß Bartlett (2007) gehört Kroatien im westlichen Balkan zu den frühen Reformern in Richtung Marktwirtschaft. Kroatien hat ein Bismarck'sches Gesundheitssystem und gibt relativ viel für Gesundheit aus, aber weniger für Bildung und Ausbildung. Inzwischen befindet sich aber auch Kroatien auf einem Wachstumspfad und liegt im durchschnittlichen Wohlstand zwischen Rumänien und Bulgarien.

Das BIP Bulgariens ist nach einem Einbruch um 5,5 % im Krisenjahr 2009 nur schwach gewachsen. Auch Bulgarien agiert mit einer sehr niedrigen Unternehmensbesteuerung, und zwar von nominal 10 %. Zu den Rahmenbedingungen Bulgariens gehören instabile politische Verhältnisse. Bulgarien wächst schwächer als Rumänien und liegt im durchschnittlichen Wohlstand auf dem zwölften Platz der postsozialistischen Länder Osteuropas.

Die Wohlstandsentwicklung des prospektiven EU-Mitglieds Serbien verläuft noch deutlich unterhalb der von Bulgarien. Serbien gehört gemäß Bartlett (2007) zur Gruppe der späten Reformer im westlichen Balkan, die den geringsten Anteil privatwirtschaftlicher Aktivitäten aufweisen. Der informelle Sektor ist groß und im formellen Sektor werden die Insider des Arbeitsmarktes stark geschützt. Die Leistungen zur sozialen Sicherung sind gering. Serbien wies ein mäßiges Wachstum auf und liegt im durchschnittlichen Wohlstand auf dem letzten Platz der postsozialistischen Länder Osteuropas. In 2016 zeigten sich erste Erfolge des Stand-by Arrangements mit dem IMF in Form einer Wachstumsrate von 2,8 %.

Fazit

Auf das staatssozialistische Erbe reagierten viele Länder Osteuropas mit einer bewussten Abwendung von den im Wohlstandsergebnis wenig erfolgreichen staatssozialistischen Mechanismen. Die mangelnde Effektivität der kommunistischen Planwirtschaften mit zu geringer Verwendung von Marktmechanismen z. B. durch Marktpreise zeigte sich in der Ausgangslage, dass die postsozialistischen Länder mit dem im Regimevergleich durchschnittlich geringsten Wohlstand starteten. Da aber einige der osteuropäischen Länder innovativer sind als einige Länder des Südens, findet bereits ein Prozess des Aufholens und Überholens im Wohlstand statt. Weil die Priorität auf das Wirtschaftswachstum gelegt wird, sind die nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall überwiegend schwach entwickelt. Die Gleichheit der Teilhabe ist in Tschechien und Slowenien stärker ausgeprägt, da die Entwicklung nicht von der wirtschaftsliberalen Richtung dominiert wurde, sondern die Machtverhältnisse eher ausgewogener sind. Bei der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie auf Basis eines hohen Bildungsstandes liegen die postsozialistischen Länder i. a. zurück, da die Priorität zu einseitig auf Wirtschaftswachstum gesetzt wird. Bei der Frauenfreundlichkeit entsprechen die baltischen Staaten am ehesten dem egalitären Erbe, während in den Ländern Mitteleuropas traditionelle Geschlechterrollen aufgrund konfessioneller Traditionen wieder stärker zum Vorschein kommen, wobei der allgemeine Modernisierungstrend aber für alle Länder gilt. Osteuropa nimmt kaum Migranten auf, weil es durch die eigenen Probleme absorbiert ist. Auch die Zivilgesellschaft ist noch zu wenig entwickelt.

In der Weltfinanzkrise stürzten die wirtschaftsliberalen Länder des Baltikums am stärksten ab, haben sich aber alle beachtlich erholt und sind stark genug für

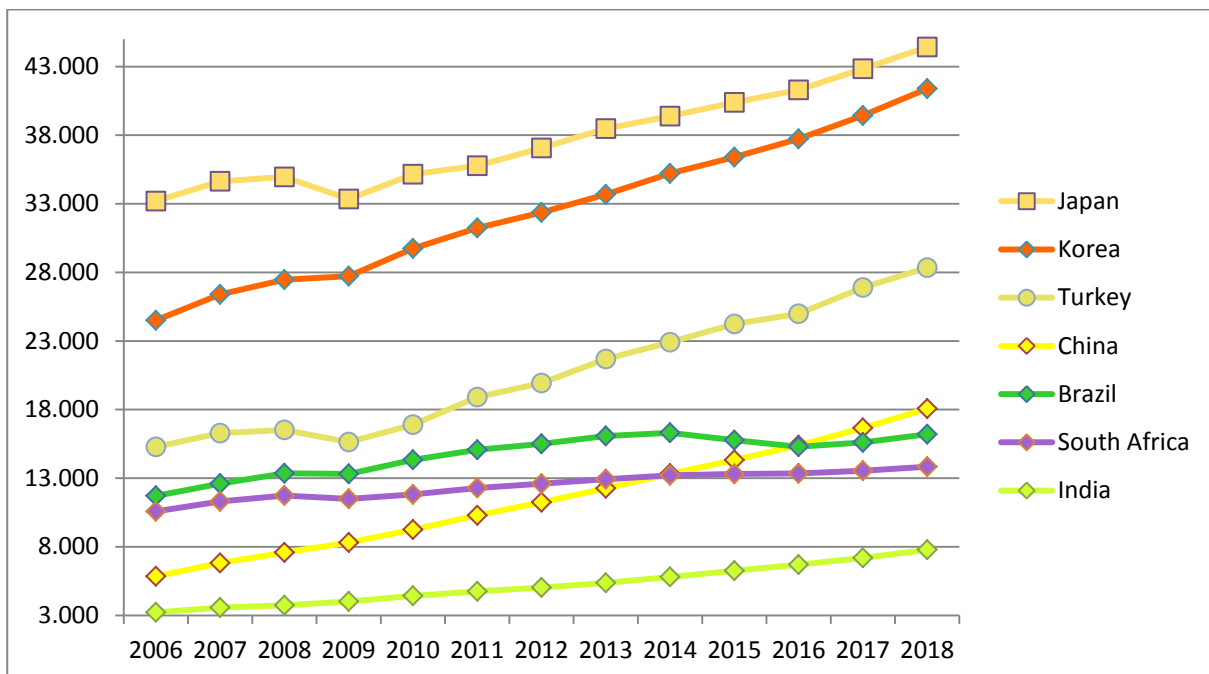
die Eurozone. Polen hat auch den Binnenmarkt stark entwickelt und erzielte damit sogar im Krisenjahr 2009 noch ein Wachstum des Wohlstandes.

4.6 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in der Türkei

Die Wohlfahrtslogik der Türkei

Die Logik der Produktion und Verteilung der Wohlfahrt ist in der Türkei geprägt durch traditionelle Wertvorstellungen. Der Nationalstaat und die patriarchalen Familienverbände sind die zentralen Wohlfahrtsinstitutionen. Das Spannungsverhältnis zwischen säkularem Staat und religiösen Traditionen birgt immer wieder Konflikte. Die Türkei hat sich gewandelt von einem vom Militär dominierten säkularen Staat zu einem vom gemäßigten Islamismus dominierten Staat, der auch das Militär der zivilen Justiz unterstellt. In den letzten Jahren nehmen die autoritären Tendenzen stark zu.

Abbildung 4-7: Die Wohlstandsentwicklung in Ostasien, der Türkei und den Schwellenländern



Bisher waren die politischen Prioritäten auf wirtschaftlichem Wohlstand und Wachstum ausgerichtet, der Sozialstaat blieb rudimentär. Die Bereitstellung von Betreuungsarbeit ist deshalb zu einem hohen Anteil die Aufgabe der Familienverbände. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist traditionell und entspricht noch stark dem Modell: männlicher Ernährer, weibliche Betreuungsarbeit. Mit einer sehr geringen Frauenerwerbsquote liegt die Türkei bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt auf dem vorletzten Platz der betrachteten Länder (vor Indien). Mit der wirtschaftlichen Modernisierung geht aber wie in

allen Ländern auch eine allmähliche Modernisierung der Geschlechterrollen einher. Der rudimentäre Wohlfahrtsstaat ist partikularistisch nach Wirtschaftsbereichen strukturiert und residual wie in Südeuropa. Es herrscht ein Klientelismus in der Form, dass lokale politische Führer Ressourcen verteilen, um Unterstützung zu gewinnen (vgl. Gal 2010, S.294). Die Wohlfahrtslogik der Türkei ähnelt am ehesten der Ausgestaltung in den familistischen Staaten des europäischen Südens, von denen die Türkei sich durch die stärkere Ausprägung traditioneller Werte und einen geringeren sozioökonomischen Entwicklungsstand unterscheidet. Und das Verhältnis zur kurdischen Minderheit ist noch weniger gelöst als die Minderheitenprobleme in den bisherigen EU-Staaten.

Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in der Türkei

Das BIP der Türkei ist nach einem Rückgang um 4,8 % im Krisenjahr 2009 in 2010 bzw. 2011 sehr stark gewachsen, wobei die Exporte einen großen Beitrag leisteten. In 2015 lag das Wachstum bei 4,0 %, ging aber in 2016 infolge der politischen Turbulenzen auf 3,2 % zurück. Die Arbeitslosenquote ist von 9,7 % in 2008 auf 12,5 % im Krisenjahr 2009 gestiegen und betrug Ende 2016 11,7 % (EU28: 8,2 %). Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich bis Ende 2016 verschlechtert auf 21,4 % und rangiert inzwischen über dem EU28-Durchschnitt von 18,1 %. Verletzlich ist die Türkei am ehesten durch die externe Brutto-Verschuldung in der Größenordnung von ca. 53,2 % des BIP in 2017 (gemäß IMF 04/2018).

Die Wirtschaft der Türkei ist im Krisenjahr 2009 also mit ca. 5 % Rückgang des BIP stark eingebrochen, hat sich aber in den beiden folgenden Jahren sehr gut erholt. Der Lebensstandard liegt deutlich unter dem der produktivistischen Länder Ostasiens, aber über dem Lebensstandard von China, Brasilien und Südafrika. Die ökonomischen Perspektiven der Türkei sind stark abhängig von den weiteren politischen Entwicklungen.

4.7 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise im produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens

Die produktivistische Wohlfahrtslogik Ostasiens

Die Wohlfahrtslogik Ostasiens ist von Japan geprägt worden, sie setzt auf Erfolg auf dem Weltmarkt und ist deshalb als „produktivistisch“ (Holliday 2000) bezeichnet worden. Durch systematische und koordinierte Technologieentwicklung soll die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt gesteigert werden. Fragen der sozialen Sicherung werden diesem Ziel untergeordnet, die soziale Sicherung wird den großen Unternehmen überlassen und die Pflegearbeit den Frauen in den Familien zugeordnet. D.h. in Japan dominiert noch das starke Ernährermodell als Leitvorstellung, wobei aber wie in allen Ländern ein Modernisierungsprozess in den Geschlechterrollen stattfindet.

Japan hat nach dem zweiten Weltkrieg das Modell geliefert, wie man mit Orientierung auf den Weltmarkt eine starke Steigerung des Wohlstands erreichen kann. (Südkorea ist diesem Vorbild später sehr erfolgreich gefolgt.) Der Weg führt über die Exporteffizienz, es geht in erster Linie um den Erfolg auf dem Weltmarkt. Dazu hat Japan ein Technologieministerium (MITI) eingerichtet, das die Entwicklung von Technologie und Wirtschaft zusammen mit den großen Unternehmen koordiniert, allerdings ohne die Gewerkschaften, weshalb man Japan – wie die Schweiz –, wo die Arbeitnehmer zwar vertreten, aber immer in der Minderheit sind, auch schon als „Koordination ohne Arbeit(nehmervvertretung)“ charakterisiert hat. Während die Schweiz die Digitalisierung in der Uhrenindustrie viel zu spät aufgegriffen hat, wurde sie in Japan systematisch gefördert. Wegen der Priorität auf der wirtschaftlichen Entwicklung wurde die soziale Absicherung den großen Unternehmen und den Familien überlassen. Japan ist deshalb auch als „segmentierter Wohlfahrtsstaat“ (Ernst 1982) bezeichnet worden, da die Kernbelegschaften in den großen Unternehmen nach Seniorität gut abgesichert sind, die Randbelegschaften und Zulieferer als Konjunkturpuffer aber viel weniger. Viele Rentner müssen sich noch etwas dazu verdienen. Die Geschlechterrollen sind im internationalen Vergleich noch sehr traditionell, die Pflegearbeit ist den Familien zugedacht, d.h. genauer den Frauen in den Familien. Entsprechend gering ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen und entsprechend groß sind die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede.

Nach der Erdbeben- und Atomkatastrophe muss Japan in der Frage der ökologischen Nachhaltigkeit völlig umdenken. Dies wird dadurch erschwert, dass die Staatsverschuldung schon vor der Atomkatastrophe von 2011 bei 200 % des BIP lag. Nach Platzen der Immobilienblase verschuldete sich der Staat durch die erforderlichen Sanierungs- und Konjunkturprogramme. Der Wachstumseffekt war bei einer alternden und im Konsum vorsichtigen Bevölkerung aber gering. Die Mentalität der Insel Japan ist nicht offen für Einwanderung, womit eine systematische Quelle von Innovation nicht genutzt wird.

Japan gehört zusammen mit Südkorea und Taiwan zu den Staaten, die die soziale Sicherung zur Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen einsetzen, während Singapur, Hong Kong und inzwischen auch China stärker auf die Eigenverantwortung der Individuen in der Marktgesellschaft setzen (vgl. Peng/Wong 2010).

Südkorea liegt mit seinem durchschnittlichen Wohlstand inzwischen über dem internationalen Durchschnitt, mit seiner Innovationsfähigkeit platziert es sich mit vorn und dürfte sich der produktivistischen Priorität entsprechend auch im Wohlstand weiter verbessern. Der große Starkpunkt Südkoreas ist die Performanz des Bildungssystems. Bei den gesamten Bildungsinvestitionen liegt Südkorea mit vorn. Auf dieser finanziellen Grundlage und mit einem kompetitiven Bildungssystem erzielt Südkorea einen sehr guten Platz sowohl bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA als auch beim Anteil der

PISA-Spitze. Diese objektive Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie dürfte zur Modernisierung der Geschlechterrollen beitragen und zum weiteren Wachstum des Wohlstands. Auf dieser Basis wird auch der Spielraum entstehen, die sehr rudimentären sozialen Sicherungssysteme weiter zu entwickeln. Dabei hat der Wohlfahrtsstaat in Südkorea bisher in erster Linie die Funktion, die ökonomische Entwicklung zu fördern (vgl. Kwon 2009).

Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den einzelnen Ländern

Gemäß den letzten IMF-Länderberichten ist das BIP Japans nach einem Einbruch um 5,5 % im Krisenjahr 2009 in 2010 wieder um 4,7 % gewachsen, aber im Jahr der Atomkatastrophe 2011 ist das BIP neuerlich um 0,5 % zurückgegangen, erholte sich dennoch in 2012 und 2013 wieder mit 1,7 % bzw. 1,4 % Zuwachs. Das Haushaltsdefizit der Regierung ist von 4,1 % des BIP in 2008 im Krisenjahr 2009 auf 10,4 % gestiegen und beträgt in 2016 4,2 %. Die öffentlichen Schulden lagen schon 2007 bei 183,0 % des BIP, da die Regierungen mit Konjunkturprogrammen gegen die langjährige Deflation vorgehen wollten. Die öffentlichen Schulden stiegen im Krisenjahr 2009 auf 210,2 % des BIP sowie im Jahr der Atomkatastrophe 2011 auf 236,6 % und betragen in 2016 239,4 %. Diese Defizite werden überwiegend von Einheimischen zu niedrigen Zinssätzen finanziert. Die Handelsbilanz des früheren Exportweltmeisters geriet im Jahr der Atomkatastrophe 2011 ins Defizit, wies aber in 2016 erstmals wieder einen Überschuss auf.

Nach den Wahlen im Dezember 2012 übernahmen die Liberaldemokraten unter Ministerpräsident Shinzo Abe wieder die Regierung. Zum Abbau der öffentlichen Schulden erhöhte die Regierung die Konsumsteuern. Zur Erhöhung des Wachstums durch Exporte veranlasste die Regierung eine sehr expansive Geldpolitik (in der Größenordnung von ca. 5 % des BIP). Das Wachstum nach der Atomkatastrophe beruht auf den Wiederaufbaumaßnahmen und dem Anstieg des privaten Konsums. In 2013 betrug das Wachstum 1,4 %, aber von 2014 bis 2016 stagnierte die Wirtschaft mit niedrigen Wachstumsraten von 0,0 %, 0,5 % und 0,3 %. Durch Investitionen in die Infrastruktur und eine gezielte Förderung der Binnennachfrage erreichte Premierminister Abe vor den vorgezogenen Wahlen im Oktober 2017 ein Wirtschaftswachstum von ca. 1,5 % und eine sehr geringe Arbeitslosenquote von ca. 2,8 % erreicht. Der IMF empfiehlt, angesichts der alternden Bevölkerung die Erwerbstätigkeit von Älteren und allgemein von Frauen zu erhöhen. Auch durch die Öffnung für Immigration könnte Japan gewinnen.

Gemäß den letzten IMF-Länderberichten ist das BIP Südkoreas nach einem Rückgang des Wachstums auf 0,3 % im Krisenjahr 2009 in 2010 mit 6,3 % bereits wieder stark gewachsen. In 2011 bis 2016 betragen die Zuwächse 3,7 % bzw. 2,3 % bzw. 2,9 % bzw. 3,3 % bzw. zweimal 2,8 %. In 2017 wurde ein Wachstum von ca. 3,2 % erreicht. D.h. Südkorea ist weitgehend unbeschadet

durch die Krise gekommen. Durch sein stärkeres Wachstum hat Südkorea im durchschnittlichen Wohlstand fast zu Japan aufgeschlossen. Die Arbeitslosenquote ist von 3,2 % in 2008 im Krisenjahr 2009 auf 3,7 % gestiegen und betrug Ende 2016 ca. 3,6 % (EU28: 8,2 %). Auch die Jugendarbeitslosigkeit lag in Südkorea Ende 2016 mit ca. 9,9 % unter dem EU28-Durchschnitt von 18,6 % (gemäß OECD 2017). All dies sind im internationalen Vergleich sehr günstige Werte. Das Haushaltsdefizit der Regierung (ohne Fonds der sozialen Sicherung) ist von 1,1 % des BIP in 2008 im Krisenjahr 2009 auf 4,1 % gestiegen, wurde aber bis 2017 auf 1,7 % reduziert. Die öffentlichen Schulden Südkoreas sind von 29,0 % im Jahr 2008 im Krisenjahr 2009 auf 32,5 % gestiegen und bis 2016 auf 38,3 %. Ein Schwachpunkt ist die hohe Verschuldung der privaten Haushalte, welche die Inlandsnachfrage drückt. Der IMF empfiehlt, die steigende Einkommensungleichheit durch eine Erhöhung der Sozialausgaben zu reduzieren, finanziert durch eine Verbreiterung der Steuerbasis. Außerdem rät der IMF – auch angesichts einer alternden Bevölkerung – zu einer Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit.

4.8 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in Brasilien

Die Wohlfahrtslogik Brasiliens

Brasilien gehörte zu den Pionierländern der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in Lateinamerika, da es schon in den 1920er Jahren ein Sozialversicherungssystem Bismarck'scher Prägung einführte. Trotz Wechsel zur Diktatur und wieder zur Demokratie wurden die Sozialversicherungen allmählich ausgebaut, da sie als Instrument verstanden wurden, die Loyalität der Bevölkerung zu sichern. Als rohstoffreiches Land mit einer Bevölkerung von 208 Millionen ist Brasilien inzwischen ein ökonomisch relativ erfolgreiches Schwellenland. Mit seinem gesamten Sozialprodukt rangiert Brasilien weltweit an neunter Stelle, ist also eine beachtliche Wirtschaftsmacht und auch ein Meinungsführer für Teile der Dritten Welt.

Gemäß Barrientos (2004) entwickelte sich Brasilien nach der Militärdiktatur (1964-1985) unter der Regierung Cardoso (1995-2003) von einem konservativ-informellen Wohlfahrtsregime zu einem liberal-informellen Wohlfahrtsregime. Unter der Regierung Lula da Silva (2003-2011) und anschließend unter seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff entwickelte sich Brasilien tendenziell zu einem liberal-sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime (vgl. Fischer / Leubolt 2012): Die Regierung Lula da Silva erhöhte die Mindestlöhne und reduzierte die Armutsquote deutlich durch Sozialtransfers an bedürftige Familien. Unter der neuen Regierung (ab 2016) werden dagegen die wirtschaftsliberalen Tendenzen verstärkt.

Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in Brasilien

Gemäß den letzten IMF-Länderberichten ist das BIP Brasiliens im Krisenjahr 2009 um 0,3 % ein wenig zurückgegangen, aber in 2010 bereits wieder kräftig gewachsen um 7,5 % sowie in 2011 bis 2013 um 2,7 %, 1,0 % und 2,5 %. Die Arbeitslosenquote ist von 7,9 % in 2008 im Krisenjahr 2009 leicht gestiegen auf 8,1 %, wurde aber bis 2012 auf ca. 6,0 % reduziert, was für Brasilien ein historischer Tiefstand ist. Der Minimallohn wurde stark erhöht und der private Konsum stieg nennenswert an. In 2014 aber stagnierte die Wirtschaft wegen nachlassender Wettbewerbsfähigkeit, in 2015 und 2016 ging das BIP sogar um 3,8 % und 3,3 % zurück. Die Arbeitslosenquote stieg dementsprechend auf über 13 %. Das Haushaltsdefizit der Regierung (NFPS overall balance including net policy lending) stieg von 2,1 % des BIP in 2008 im Krisenjahr 2009 auf 6,2 % und liegt in 2016 bei ca. 7,5 %. Die öffentlichen Brutto-Schulden (NFPS) stiegen von 63,5 % des BIP in 2008 über 66,8 % im Krisenjahr 2009 bis 2016 auf ca. 78,3 % des BIP. Das Bankensystem Brasiliens ist stabil, gut reguliert und überwacht. Der IMF empfiehlt, vom privaten Konsum zu Investitionen und Exporten umzusteuern. Die Produktivität und die Sparquote sollten erhöht werden. Auch die öffentlichen Ausgaben sollten stärker auf Investitionen umgelenkt werden. Insgesamt war die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Brasiliens im letzten Jahrzehnt relativ positiv, ist jedoch wegen nachlassender Wettbewerbsfähigkeit in 2014 bis 2016 stark unter Druck geraten. Die neue Regierung Temer (seit 31. August 2016) vollzieht einen deutlichen Kurswechsel mit Priorität auf die Konsolidierung des Haushalts durch Privatisierungen und durch Kürzungen in den Sozialprogrammen.

Fazit

Bei der PISA-Evaluation der Bildungssysteme liegt Brasilien mit am Schluss, wobei die SchülerInnen der Privatschulen sehr viel besser abschneiden als die SchülerInnen der öffentlichen Schulen. Obwohl der Gesamtwohlstand deutlich gestiegen ist, ist die weltweit mit am stärksten ausgeprägte Einkommensungleichheit noch wenig reduziert worden. Im Gesundheitsbereich z.B. ist der Anteil der Privatausgaben an den gesamten Gesundheitsausgaben bisher mit über 50 % einer der größten Anteile in der Welt. Dies liegt an den sehr ungleichen Budgets der Privathaushalte in Brasilien. Deshalb wäre der allmähliche Ausbau der sozialen Sicherungssysteme der naheliegende Weg, die ökonomische Entwicklung sozial abzufedern. Dies ist unter der neuen Regierung Temer (ab 2016) aber nicht der Fall.

Wegen der Stagnation der Wirtschaft ab 2014 wurde Brasilien im durchschnittlichen Wohlstand von China überholt. Die politischen Turbulenzen beeinträchtigen zunächst die ökonomischen Perspektiven Brasiliens.

4.9 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in Südafrika

Die Wohlfahrtslogik Südafrikas

Auch Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid im Jahr 1994 bestehen große Einkommens- und Vermögensunterschiede in der südafrikanischen Gesellschaft als Überbleibsel der sozioökonomischen Ordnung der Kolonialzeit und der Apartheid. Bis heute existieren Privilegien und nachteilige Behandlung weiter: Eine große Menge Vermögen ist im Besitz einer kleinen Gruppe von Menschen, während 45 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. 52,7 % der afrikanischen Bevölkerung leben in Armut, demgegenüber nur 2,1 % der weißen Bevölkerung. Jedoch hat das Land Anstrengungen unternommen, die vor allem rassistisch basierten Ungleichheiten auszumerzen und in diesem Zug staatliche Behörden neu – inklusiv und rassenneutral – strukturiert.

Trotz der Umverteilungsbemühungen seit dem Ende der Apartheid sind noch immer sehr große soziale Unterschiede in der Bevölkerung vorhanden. Das dünne Netz sozialer Leistungen seitens des Staates hat es bisher nicht geschafft, diese zu überbrücken. Besonders die Altersrenten und das Kindergeld sind für die Einkommenslage armer Haushalte von hoher Bedeutung. Wegen des dünnen sozialen Netzes spielen die informellen Netzwerke bei der sozialen Absicherung eine große Rolle („informal security regime“) und auch in der Ökonomie gibt es einen großen informellen Sektor.

Im Februar 2018 wurde Cyril Ramaphosa zum neuen Präsidenten Südafrikas gewählt. Er will vor allem die Wirtschaft ankurbeln, die hohe Arbeitslosigkeit und Armutsrate reduzieren sowie gegen Korruption vorgehen.

Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in Südafrika

Gemäß den letzten IMF-Länderberichten ist das BIP Südafrikas im Krisenjahr 2009 um 1,5 % zurückgegangen, wuchs aber anschließend um 3,1 %, 3,2 %, 2,2 %, 2,3 % in 2010 bis 2013. Dieses Wachstum beruhte insbesondere auf der starken privaten Konsumnachfrage. In 2014 bis 2017 schwächte sich das Wachstum auf ca. 1 % ab. Die Arbeitslosenquote ist gemäß IMF von 22,9 % in 2008 über 24,0 % im Krisenjahr 2009 auf 26,7 % in 2016 gestiegen. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Das Haushaltsdefizit der Regierung ist von 0,7 % des BIP in 2008 auf 5,5 % im Krisenjahr 2009 gestiegen und betrug 2016 ca. 4,0 %. Die öffentlichen Brutto-Schulden sind von 27,4 % des BIP in 2008 über 31,3 % im Krisenjahr 2009 auf ca. 51,7 % in 2016 gestiegen. Durch sorgfältige Überwachung ist das Bankensystem gut durch die Krise gekommen. Die Privathaushalte sind allerdings stark verschuldet. Das Wirtschaftswachstum wird beeinträchtigt durch das geringe Bildungsniveau, das Investitionsklima (z.B. häufige Streiks) und die hohe Kriminalität. Der IMF empfiehlt, die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere auch unter den Jugendlichen (bis zu 50 %) prioritär zu bekämpfen, durch aktive Arbeitsmarktpolitik inklusive befristeter

öffentlicher Arbeitsprogramme. Erste Verbesserungen der Infrastruktur sind insbesondere im Elektrizitätssektor gelungen. In 2017 wurde ein Wachstum von ca. 1,0 % erreicht.

Fazit

Bei der Innovationsfähigkeit liegt Südafrika mit am Schluss. Dementsprechend rangiert Südafrika auch im Wohlstand mit am Schluss. Bei der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Südafrika aber auch im letzten Drittel.

Bei den Ausgaben für soziale Sicherung rangiert Südafrika mit China und Indien am Schluss der betrachteten Länder. Südafrika weist gemeinsam mit Brasilien die extremste Einkommensungleichheit auf.

Im Parlament sind Frauen gut repräsentiert, in der Erwerbsarbeit noch nicht. Bei der Integration in die Erwerbsarbeit und in den Arbeitsmarkt steht Südafrika jeweils mit am Schluss der betrachteten Länder, d.h. die ökonomische Integration muss stark verbessert werden.

Im Vergleich zur dynamischen Wirtschaftsentwicklung Chinas stagnieren Brasilien und Südafrika eher im durchschnittlichen Wohlstand.

4.10 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in China und Indien

Zur Wohlfahrtslogik in China und Indien

Mit je über einer Milliarde Menschen sind China und Indien die bevölkerungsreichsten Staaten der Erde. Beide Länder gehören mit ihren hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten inzwischen zu den Aufsteigern im Weltwirtschaftssystem. Aber ihr Entwicklungsweg unterscheidet sich in vielfacher Hinsicht.

China hat den Charakter einer Entwicklungsdiktatur, in der die kommunistische Partei mit Fünfjahresplänen eine geordnete Modernisierung des Landes in Richtung hoher Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt vorantreibt, die zunächst auf niedrigen Lohnkosten beruhte. Durch eine bewusste Unterbewertung der eigenen Währung fördert China seine Exporte und hat Japan sowie Deutschland als Exportweltmeister überholt.

Chinas Staatskapitalismus ist ökonomisch sehr erfolgreich. Im Sommer 2010 überholte China Japan und wurde mit seiner Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen zur zweitgrößten Volkswirtschaft nach den USA. Einerseits mit Fünfjahresplänen als Rahmensetzung, andererseits aber überwiegend mit einheimischen Unternehmen als „capitalism from below“ (King/Szelényi 2005) entwickelt sich die chinesische Wirtschaft sehr dynamisch. Auf die Umwelt und auch auf die soziale Absicherung wird dabei noch zu wenig geachtet. Es gibt

starke Stadt-Land-Unterschiede und ein hohes Ausmaß an Armut trotz stark steigendem Sozialprodukt. Trotz kommunistisch-egalitärer Ideologie ist die soziale Ungleichheit in China enorm gewachsen. Die regionalen Disparitäten zwischen prosperierenden Industriestädten und rückständiger Landwirtschaft sind noch nicht bearbeitet.

Die Systeme sozialer Sicherung sind bisher nur rudimentär entwickelt und bleiben hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Durch fehlende Meinungs- und Pressefreiheit fehlen die Korrekturmechanismen. Eine echte Stabilität ließe sich erst erreichen, wenn der ökonomische Erfolg die Parteiführung zur demokratischen Öffnung ermutigt – unter dem Nachdruck der gut ausgebildeten Bevölkerungsschichten, die an der Gestaltung der Modernisierungsprozesse beteiligt werden wollen.

Gemäß Lin (2009) entwickelte sich die Wohlfahrtsstaatlichkeit entsprechend der jeweiligen ökonomischen Entwicklungsphasen. In der maoistischen Phase (1951-1977) lieferte das sowjetische Modell den Bezugspunkt. In der Deng-Phase der ökonomischen Reformen (1978-1996) wurde eine produktivistische Wohlfahrtslogik verfolgt, das Wirtschaftswachstum war das dominierende Ziel. Erst in der Phase der „sozialistischen Marktwirtschaft“ (1997-2007) wurden Sozialversicherungen für Alter (1997), Krankheit (1998) und Arbeitslosigkeit (1999) eingeführt, wobei zunächst mit den Städten und bestimmten Unternehmen begonnen wurde. Im Ergebnis ist das Wohlfahrtsregime Chinas bisher nur rudimentär entwickelt. Die Sozialpolitik wird dazu genutzt, die politischen Ziele der Entwicklungspläne abzusichern. In der aktuellen Phase sollen die Harmonie zwischen den sozialen Gruppen, die Harmonie mit der natürlichen Umwelt sowie die Harmonie zwischen ökonomischen und sozialen Entwicklungszielen stärker berücksichtigt werden.

Indien liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter China zurück. Während China gemäß dem durchschnittlichen Wohlstand bereits zu den oberen 60 % der Länder der Welt gehört, zählt Indien noch zu den letzten 30 %.

Indien verfügt über eine Bevölkerung von über eine Milliarde Menschen und gehört zu den ökonomisch stark wachsenden Schwellenländern. Aber den dynamischen Unternehmen und der wachsenden Mittelschicht stehen auf der anderen Seite etwa zwei Drittel der Bevölkerung gegenüber, die von weniger als zwei Dollar pro Tag leben müssen. Viel zu viel Geld versickert in der Wirtschaft bei Mittelsmännern und bei den Hilfsprogrammen für die Armen bis zu über 80 Prozent in der Verteilungsbürokratie. Die regionalen Unterschiede sind enorm. Viele Religionen und Sekten sind eine Vielfalt, die einhergeht mit regionalen Disparitäten. Der dominierende Hinduismus unterscheidet tausende Kasten und Unterkasten. Im rückständigen „Hindugürtel“ beherrschen die aristokratischen Grundbesitzer noch die kleinen Pächter und Landarbeiter (vgl. Müller / Rauch 2008).

Die Priorität der politischen Ziele liegt in Indien im ökonomischen Wachstum, wobei China sowie Ost- und Südostasien die Bezugspunkte bilden. Gemäß Mukherji (2006) basiert das Wachstumsmodell Indiens im Unterschied zum Export-orientierten Wachstumsmodell Ostasiens auf dem Binnenwachstum. Durch ökonomische Liberalisierung, eine verbesserte Infrastruktur und ein wachsendes Arbeitskräfteangebot ist Indien seit 1990 ökonomisch durchschnittlich um über 6 % pro Jahr gewachsen, wobei China sowie Ost- und Südostasien noch etwas stärker gewachsen sind. Die Schwäche Indiens liegt in der relativ geringen Effektivität der nationalen Regierungen. Andererseits entwickeln sich dadurch gemäß Mukherji (2006) die Rahmenbedingungen und Akteure des indischen Föderalismus. Durch einheitliche landesweite Prüfungen haben sich die Universitäten zu einem Starkpunkt Indiens entwickelt. Bei den IT-Dienstleistungen liegt Indien schon mit an der Weltspitze. Andererseits ist die Bürokratie noch anfällig für Korruption. Dies ist bereits Gegenstand der öffentlichen Diskurse und dürfte sich deshalb im Laufe der Zeit verbessern.

Wegen der Priorität auf Wirtschaftswachstum sind die sozialen Sicherungssysteme nur rudimentär vorhanden, vielfach existieren sie nur als Programm. In diesem „informal security regime“ ist die Mehrzahl der Menschen angewiesen auf ihre informellen Netzwerke, um ihr Auskommen und ihre Absicherung im Risikofall zu finden. Andererseits ist Indien die quantitativ größte Demokratie der Welt und weist eine freie Presse auf. Die Mechanismen der freien politischen Wahlen und der kritischen Berichterstattung bieten die Möglichkeiten, die weitere Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme einzufordern. Der ökonomische Erfolg der indischen High-Tech-Dienstleistungsunternehmen könnte eine solche Entwicklung erleichtern.

Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in China und Indien

Gemäß den letzten IMF-Länderberichten ist das BIP Chinas auch im Krisenjahr 2009 um 9,2 % gewachsen, in den Jahren 2010 bis 2015 um 10,6 %, 9,5 %, 7,9 %, 7,8 %, 7,3 und 6,9 %. Das hohe Wirtschaftswachstum Chinas hat in der Weltfinanzkrise ab 2008/2009 zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beigetragen. Die offizielle Arbeitslosenquote ist von 4,2 % in 2008 im Krisenjahr 2009 geringfügig auf 4,3 % gestiegen und liegt auch im Jahr 2016 mit ca. 4,0 % auf einem niedrigen Niveau, die tatsächliche Arbeitslosigkeit wird von unabhängigen Beobachtern aber auf 7-10 % geschätzt. Das Haushaltsdefizit der Regierung ist von 1,8 % des BIP im Krisenjahr 2009 bis 2012 abgebaut worden, liegt aber in 2016 bei 3,7 %. Die öffentlichen Brutto-Schulden lagen im Krisenjahr 2009 bei 35,8 % des BIP und liegen in 2016 bei 36,6 % des BIP. Zusätzlich sind aber viele Staatsunternehmen stark verschuldet. Andererseits betragen die Währungsreserven, die sich aus regelmäßigen Exportüberschüssen auf der Basis einer unterbewerteten Währung und geringer Lohnkosten ergeben, ca. 3 Billionen US-Dollar (=3.000 Milliarden). Die Unterbewertung der Wäh-

rung sowie die Exportüberschüsse wurden allerdings wegen der internationalen Kritik bereits reduziert (von 3,9 Billionen). Das hohe Wirtschaftswachstum Chinas hat in der Weltfinanzkrise ab 2008/2009 zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beigetragen. Der IMF empfiehlt insbesondere eine raschere Förderung des privaten Konsums, eine Erhöhung der Sozialausgaben zur Reduzierung der Einkommensungleichheit, einen weiteren Ausbau des Dienstleistungssektors und eine breitere Verteilung des Wohlstands.

Gemäß den letzten IMF-Länderberichten ist das BIP Indiens im Krisenjahr 2009 um 6,7 % gewachsen, in 2010 bis 2016 um hohe 8,6 %, 8,9 %, 6,6 %, 5,6 %, 6,6 %, 7,2 % bzw. 7,6 %, dies sind die höchsten Wachstumsraten nach China. Der Lebensstandard Indiens beträgt aber weniger als die Hälfte des Lebensstandards Chinas. Die offizielle Arbeitslosenquote ist von 6,8 % in 2008 im Krisenjahr 2009 auf 10,7 % gestiegen und wurde bis 2012 etwas reduziert auf 9,8 % (gemäß CIA-World Factbook), wegen des großen informellen Sektors ist dies aber nur ein grober Anhaltspunkt. Die Inflationsrate lag seit Jahren um 10 %, wurde aber in 2016 auf 4,9 % reduziert. Das Haushaltsdefizit der Regierung ist von 10,0 % des BIP im Krisenjahr 2009 bis 2016 reduziert worden auf 7,0 %. Die öffentlichen Schulden sind von 74,5 % des BIP im Krisenjahr 2009 bis 2015 verringert worden auf 69,8 % des BIP. Der IMF empfiehlt die Konzentration der öffentlichen Ausgaben auf Investitionen in die Infrastruktur und auf Sozialausgaben, die Erhöhung der Steuereinnahmen, die Lockerung der Arbeitsgesetze, die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität, die Effizienzsteigerung im Gesundheits- und Bildungswesen sowie die Unterstützung der Schaffung von Arbeitsplätzen im formellen Sektor und insgesamt eine inklusivere Ausgestaltung des Wachstums.

Entwicklungsperspektiven von China und Indien

Die gemäß ihrer Bevölkerung von je über einer Milliarde Menschen größten Staaten der Erde, China und Indien, werden die künftige gesellschaftliche Entwicklung der ganzen Welt mitbestimmen, da sie aufgrund ihrer hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten auch zu wirtschaftlichen Weltmächten werden.

Bisher ist der autoritäre Entwicklungsweg Chinas ökonomisch erfolgreicher. Es gehört gemäß dem durchschnittlichen Lebensstandard bereits zu den oberen 60 % der Staaten der Welt. Die sozialen Sicherungssysteme sind nur rudimentär vorhanden und hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. Während der ökonomische Erfolg auf dem Weltmarkt zunächst auf den geringen Löhnen beruhte, wird inzwischen auch die Technologie systematisch weiterentwickelt. Unterstützt von einer bewussten Unterbewertung der chinesischen Währung sind die dynamischen Industrieunternehmen Chinas im Export sehr erfolgreich. Diese ökonomischen Erfolge bieten die Grundlage,

auch die sozialen Sicherungssysteme schrittweise weiterzuentwickeln, welche insbesondere für die Landbevölkerung noch stark verbessert werden müssen.

Indien weist hohe ökonomische Wachstumsraten auf, gehört aber gemäß dem durchschnittlichen Lebensstandard zu den letzten 30 % der Staaten der Erde. Über zwei Drittel der Bevölkerung müssen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben. Andererseits ist Indien die quantitativ größte Demokratie der Welt und verfügt über eine freie Presse. Die Mechanismen der kritischen Berichterstattung und der politischen Wahlen könnten dazu beitragen, dass die sozialen Sicherungssysteme weiter ausgebaut werden. Die ökonomischen Erfolge u.a. der indischen High-Tech-Dienstleistungsunternehmen dürften die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme erleichtern.

China ist in der Weltfinanzkrise in Relation zu den anderen Staaten ökonomisch aufgestiegen. Selbst im Krisenjahr 2009 ist China um ca. 9 % gewachsen und hat damit maßgeblich zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beigetragen. Dieser Erfolg wird allerdings auch mit einer bewussten Unterbewertung der eigenen Währung erzielt. Die sozialen Sicherungssysteme wurden bisher dem Ziel wirtschaftlichen Wachstums untergeordnet und sind nur rudimentär entwickelt. Und für eine herrschende kommunistische Partei ist es ein interessantes Ergebnis, dass die Höhe der Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient) unter allen betrachteten 43 Ländern nur noch von der Türkei, Brasilien und Südafrika übertroffen wird.

Auch Indien ist in der Weltfinanzkrise in Relation zu den anderen Staaten gemeinsam mit China, Japan und Südkorea ökonomisch aufgestiegen. Im Krisenjahr 2009 stieg das BIP Indiens um ca. 7 % und in den beiden Folgejahren um über 8 %, allerdings von dem niedrigsten Wohlstandsniveau aller betrachteten 43 Länder aus. Über zwei Drittel der indischen Bevölkerung müssen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben. Und die Leistungen sozialer Sicherungen sind überwiegend nur Programm, zersplittert nach Regionen und Zuständigkeiten. Die Mechanismen der freien Presse und der demokratischen Wahlen müssten noch besser genutzt werden, um die Entwicklung der Wohlfahrt in Indien voranzutreiben.

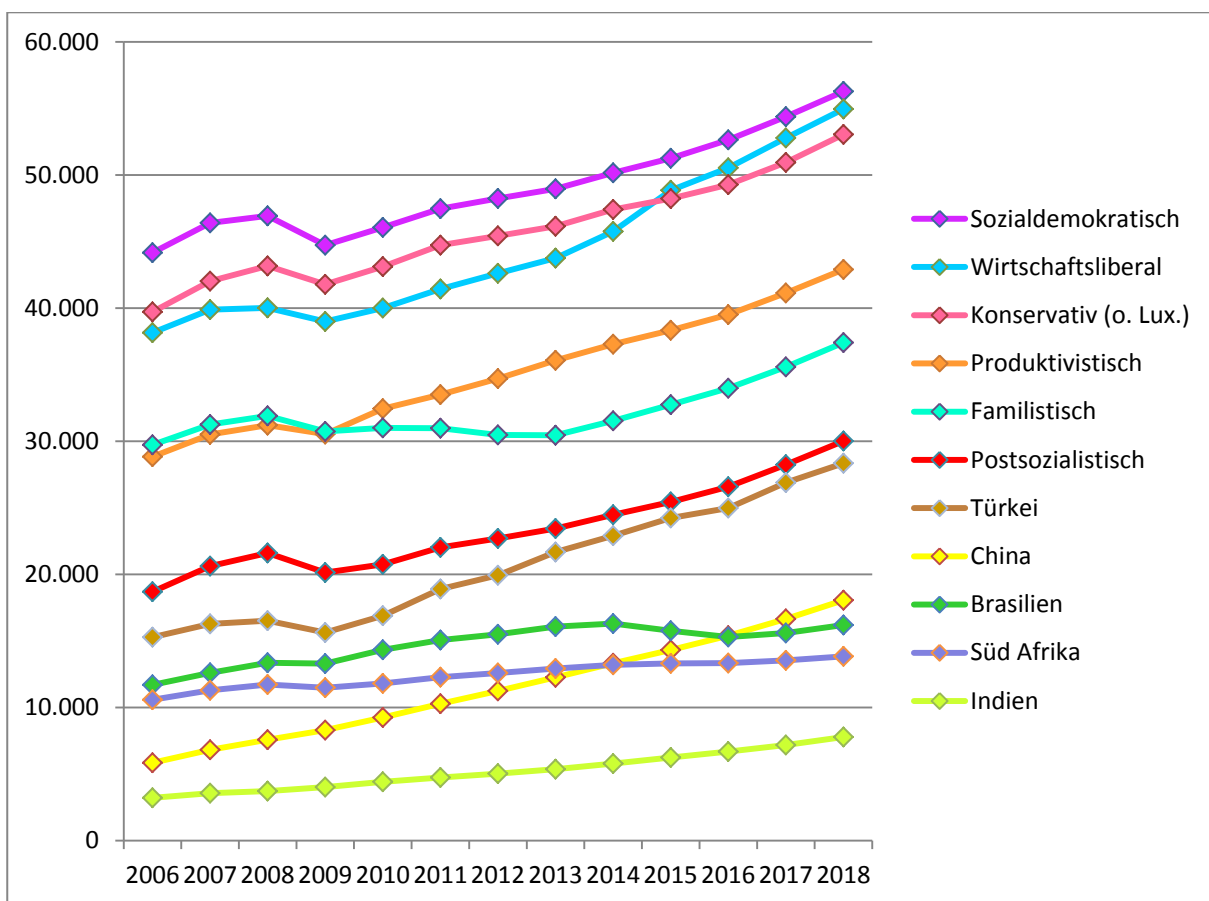
4.11 Die Wohlstandsentwicklung in den verschiedenen Wohlfahrtsregimen

Das sozialdemokratische, das wirtschaftsliberale und das konservative Wohlfahrtsregime, die Esping-Andersen in seinem modernen Klassiker „The three worlds of welfare capitalism“ (1990) unterscheidet, befinden sich – im Weltmaßstab betrachtet – im Wohlfahrtsniveau auf einer sehr ähnlichen Höhe. Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime liegt leicht vorn, das wirtschaftsliberale und das konservative ein wenig dahinter.

Im Wohlfahrtsverlauf sind die USA, der eigentliche Verursacher der Weltfinanzkrise, und auch die wirtschaftsliberalen Länder im Durchschnitt insgesamt etwas besser durch die Krise gekommen als die konservativen Länder im Durchschnitt.

Die produktivistischen Ländern Japan und insbesondere Südkorea gehören in der Wohlstandsentwicklung zu den erfolgreichsten ökonomischen Aufsteigern im Kontext der Weltfinanzkrise und haben die familistischen Länder im durchschnittlichen Wohlstand hinter sich gelassen.

Abbildung 4-8: Die Wohlstandsentwicklung in den verschiedenen Wohlfahrtsregimen



Die familistischen Länder Südeuropas haben im Durchschnitt stagniert, wobei Griechenland und – wegen des Engagements der zyprischen Banken in Griechenland – schließlich auch Zypern ökonomisch zurückgefallen sind.

Die postsozialistischen Länder Osteuropas befinden sich nach der Weltfinanzkrise im Durchschnitt in einem gemäßigten Aufwärtstrend.

Die Türkei ist ökonomisch relativ gut durch die Weltfinanzkrise gekommen, aber die Perspektive der Türkei ist stark abhängig von den weiteren politischen Entwicklungen.

Die Schwellenländer Brasilien und Südafrika entwickeln sich auf einem sehr ähnlichen Wohlstandsniveau und stagnieren momentan eher.

China gehört – neben den produktivistischen Ländern – zu den ökonomischen Aufsteigern im Kontext der Weltfinanzkrise und befindet sich ökonomisch auf einem sehr stabilen Wachstumspfad. Selbst im allgemeinen Krisenjahr 2009 ist China noch um ca. 9 % gewachsen und hat damit zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beigetragen.

Indien schließlich startet mit dem geringsten Wohlstandsniveau und weist zwar auch hohe Wachstumsraten auf, aber von einer sehr geringen Wohlstandsbasis aus. Selbst im Krisenjahr 2009 betrug das Wirtschaftswachstum in Indien noch ca. 7 %.

Insgesamt haben also die familistischen Länder Südeuropas im Kontext der Weltfinanzkrise am ehesten stagniert und sind damit im Wohlstandsniveau im Vergleich zu den anderen Ländern zurückgeblieben, während die produktivistischen Länder Ostasiens sowie China zu den ökonomisch erfolgreichsten Aufsteigern im Kontext der Weltfinanzkrise gehören.

Die Spekulationsgeschäfte, die zur Weltfinanzkrise führten, haben die daran beteiligten Länder zurückgeworfen, während Länder mit normalen Geschäftsmodellen gleichzeitig ökonomisch relativ aufgestiegen sind.

Die Ursachen für die Performanzergebnisse bei der ökonomischen Bewältigung der Weltfinanzkrise sind vielfältig. Neben den grundlegenden Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in die Infrastruktur und in die Wettbewerbsfähigkeit, Exporteffizienz, Gleichstellung der Geschlechter sowie in die Integration wirken soziale Sicherungssysteme als Stabilisatoren günstig bei der Bearbeitung der Herausforderungen durch ökonomische Krisen. Wenn die Entwicklung des Wohlstands unter Berücksichtigung der ökologischen Nachhaltigkeit gestaltet wird, lassen sich die Schäden aufgrund des Wirtschaftswachstums minimieren und der Nutzen bzw. Gebrauchswert des Wohlstands erhöhen.

Literaturverzeichnis

Abrahamson, Peter: The end of the Scandinavian model? Welfare reforms in the Nordic countries. Paper presented at the ESA-conference in Murcia. 2003.

Adler, Frank: Der DDR-Realsozialismus und sein Ende (Strukturen – Erosion – Zusammenbruch). In: Dieter Holtmann (Hg.): Die Revolution in Mittel- und Osteuropa und ihre Folgen. Bochum 1991: Schallwig, S. 30-53.

Aidukaite, Jolanta: Die Entwicklung in der post-sowjetischen Ära: Das litauische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 403-422.

Aidukaite, Jolanta: The Transformation of Welfare System in the Baltic States: Estonia, Latvia and Lithuania. In: Cerami, Alfio/ Vanhuysse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 96-111.

Alber, Florian: Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 25. Potsdam 2006.

Alber, Jens: Sozialstaat und Arbeitsmarkt. In: Leviathan 28, 2000, S. 535-569.

Alber, Jens: Modernisierung als Peripetie des Sozialstaats? In: Berliner Journal für Soziologie 12, 2002, S. 5-35.

Allardt, Erik: Having, loving, being: An Alternative to the Swedish Model of Welfare Research. In: Nussbaum, Martha C./ Sen, Amartya (Hg.): The Quality of Life. New York / Oxford 1993: Clarendon Press, S. 88-94.

Allmendinger, Jutta: Educational Systems and Labor Market Outcomes. In: European Sociological Review 5, 1989, S. 231-250.

Allmendinger, Jutta: Bildungsarmut: Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: Soziale Welt 50, 1999, S. 35-50.

Allmendinger, Jutta/ Leibfried, Stephan: Education and the Welfare State: the four Worlds of Competence Production. In: Journal of European Social Policy 13, 2003, S. 63-81.

Allmendinger, Jutta/ Leibfried, Stephan: Bildungsarmut. Zum Zusammenhang von Sozialpolitik und Bildung. In: Opielka, Michael (Hg.): Bildungsreform als Sozialreform. Wiesbaden 2005: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45-60.

Allmendinger, Jutta/ Nicolai, Rita.: Bildungs- und Sozialpolitik: Die zwei Seiten des Sozialstaats im internationalen Vergleich. In: Soziale Welt 61, 2010, S. 105-119.

Amable, Bruno: The Diversity of Modern Capitalism. Oxford 2003: Oxford University Press.

Andreß, Hans-Jürgen/ Heien, Thorsten: Four Worlds of Welfare State Attitudes? A Comparison of Germany, Norway, and the United States. In: European Sociological Review 17, 2001, S. 337-356.

Arts, Will/ Gelissen, John: Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter? In: Acta Sociologica 44, 2001, S. 283-299.

Aspalter, Christian/ Jinsoo, Kim, Sojeung, Park: Analysing the Welfare State in Poland, the Czech Republic, Hungary and Slovenia: An ideal-typical Perspective. In: Social Policy and Administration 43, No. 2. 2009, S. 170-185.

Aust, Andreas: Irland. "Angebotskorporatistische" Modernisierung. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (Hg.): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich. Opladen 1997: Leske & Budrich, S. 247-279.

Autengruber, Christian: Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien. Eine vergleichende Analyse seit Beginn der 90er Jahre. Stuttgart 2006.

Baethge, Martin / Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung, Opladen 2001: Leske + Budrich.

Baranowska, Anna: Poland. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 269-294.

Barr, Nicholas: Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe. Washington D.C. 2005: The World Bank.

Barreto, Mauricio L./ Aquino, Rosana: Recent Positive Developments in the Brazilian Health System. In: American Journal of Public Health, Vol. 99 Issue 1. 2009.

Barrientos, Armando: Latin America: Towards a liberal-informal Welfare Regime. In: Gough, Ian et al. (Hg.): Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts." Cambridge 2004: Cambridge University Press.

Bartlett, Will: The Western Balkans. In: Lane, David / Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 201-218.

Bauman, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz: Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg 1992: Junius.

Baum-Ceisig, Alexandra/ Busch, Klaus/ Hacker, Björn/ Nospickel, Claudia: Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Entwicklungen, Reformen und Perspektiven im Kontext der europäischen Integration. Baden-Baden 2008: Nomos.

Baumert, Jürgen et al. (Hg.): PISA 2000 – Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001: Leske + Budrich.

Baumol, William: Macroeconomics of unbalanced Growth. In: American Economic Review 57, 1967, S. 415-426.

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M. 1986: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/ Beck-Gernsheim, Elisabeth: Riskante Freiheiten. Zur Individualisierung der Lebensformen in der Moderne. Frankfurt a. M. 1994: Suhrkamp.

Beckmann-Dierkes, Norbert/ Fuhrmann, Johann C.: Einwanderungsland Norwegen. Demografische Trends und politische Konzepte. Konrad-Adenauer-Stiftung. Auslandsinformationen. Ausgabe 2/2011, S. 39-51.

Béland, Daniel / Howard, Christopher / Morgan, Kimberly J. (Hg.): The Oxford Handbook of U.S. Social Policy. Oxford 2014: Oxford University Press.

Berger, Johannes: Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich – und was wird ihr bloß unterstellt? In: Leviathan 24, 1996, S. 51-62.

Berger, Manuel: Neuseelands Wirtschaftsreform seit 1984. Darstellung und Würdigung unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes. Sinzheim 2000: Pro Universitate Verlag.

Berger, Peter A.: Entstrukturierte Klassengesellschaft? Klassenbildung und Strukturen sozialer Ungleichheit im historischen Wandel. Opladen 1986: Westdeutscher Verlag.

Berger, Peter A./ Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M. 2006: Campus.

Berger, Peter A./ Vester, Michael (Hg.): Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen. Opladen 1998: Leske + Budrich.

Berger, Tanja/ Dorsch, Pamela: Geschlechterpolitische Situation in Estland. Europäische Geschlechterpolitiken – EU-Ländervergleich. Studie im Auftrag des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung, 2007.

Bertanou, Fabio M.: Pensions and gender in Latin America. Where do we stand in the Southern Cone? In: Gender Issues, Volume 23. 2006, S. 6-31.

Beyer, Jürgen: Vom Sozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft - Systemtransformation als Governance-Problem. In: Benz, A./ Lütz., S. Schimank, U./ Simonis, G. (Hg.): Governance in der politischen Ökonomie. Struktur und Wandel des modernen Kapitalismus. Wiesbaden 2006: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107-165.

Blome, Agnes: Das Werden einer Wende. Einstellungen, Parteienwettbewerb und Familienpolitik im Wandel (1990-2008). In: WZB-Mitteilungen Nr. 143, März 2014, S. 6-9.

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales): Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. (Diverse Jahre).

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales): Sozial-Kompass Europa. Soziale Sicherheit in Europa im Vergleich. Begleittexte zur Datenbank (diverse Jahre).

BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung): Berufsbildungsbericht. (Diverse Jahre).

Bohle, Dorothee / Greskovits, Béla: Neoliberalism, embedded neoliberalism and neocorporatism: Towards transnational Capitalism in Central-Eastern Europe. In: West European Politics, 2007a, S. 443-466.

Bohle, Dorothee/ Greskovits, Béla: The State, Internationalization and Capitalist Diversity in Eastern Europe. In: Competition and Change, 11(2), 2007b.

Bohle, Dorothee/ Greskovits, Béla: Capitalist Diversity on Europe's Periphery. Ithaca/London 2012: Cornell University Press.

Boje, Thomas P./ Almqvist, Anna-Lena: Citizenship, family policy and women's patterns. In: Boje, Thomas P./ Leira, Arnlaug (Hg.): Gender, welfare state and the market. Towards a new division of labour. London 2000: Routledge, S. 41-70.

Bonoli, Giuliano: Classifying Welfare States: A Two-dimensional Approach. In: Journal of Social Policy 26, 1997, S. 351-372.

Bonoli, Giuliano: Public Attitudes to Social Protection and Political Economy Traditions in Europe. In: European Societies 2 (4), 2000, S. 431-452.

Bonoli, Giuliano: Switzerland. In: Fitzpatrick, Tony et al. et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1385-1388.

Bonoli, Giuliano/ Natali, David (Hg.). The New Welfare State in Europe. Oxford 2012: Oxford University Press.

Bornschiefer, Volker: Western Society in Transition. New Brunswick (USA) und London (UK) 1996: Transaction Publishers.

Bornschiefer, Volker: Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel. Frankfurt a. M. 1998: Campus.

Bornschiefer, Volker: Weltgesellschaft. Grundlegende soziale Wandlungen. Zürich 2002: Loreto.

Bosch, Gerhard: Auf dem Weg zu einem neuen Normalarbeitsverhältnis? – Veränderung von Erwerbsverläufen und ihre sozialstaatliche Absicherung. In: Gottschall, Karin/ Pfau-Effinger, Birgit (Hg.): Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Opladen 2002: Leske und Budrich, S. 107-134.

Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M. 1982: Suhrkamp.

Bozalek, Vivienne: South Africa. In: Fitzpatrick, Tony et al. et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1329 – 1333.

Bozkurt, Emine: Bericht über die Rolle der Frauen in der Türkei im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben. Plenarsitzungsdokument des Europäischen Parlaments. Brüssel 2005.

-
- Brook, Anne-Marie/ Whitehouse, Edward: The Turkish Pension System: Further Reforms to Help Solve the Informality Problem. OECD: Social, Employment and Migration Working Papers No. 44, Paris 2006.
- Brooks, Clem/ Nieuwbeerta, Paul/ Manza, Jeff: Cleavage-based voting behavior in cross-national perspective: Evidence from six postwar democracies. In: *Social Science Research* 35, 2006, S. 88-128.
- Buchen, Clemens: Estonia and Slovenia as Antipodes. In: Lane, David / Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. New York 2007: Palgrave Macmillan.
- Bukodi, Erzsébet/ Róbert, Péter: Hungary. In: Kogan, Irena / Gebel, Michael / Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press, S. 183-212.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland u.a. (Hg.): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*. Bonn 2008: Fischer Verlag.
- Busemeyer, Marius R./ Nicolai, Rita: Education. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): *The Oxford handbook of the welfare state*. Oxford 2010: Oxford University Press, S. 494 – 508.
- Cantillon, Bea/ Marx, Ive: Auf der Suche nach einem Weg aus der 'Wohlfahrt ohne Arbeit': Das belgische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71-87.
- Castles, Francis G. (Hg.): *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*. Dartmouth 1993: Aldershot.
- Castles, Francis G.: Needs-Based Strategies of Social Protection in Australia and New Zealand. In: Gøsta Esping-Andersen (Hg.), *Welfare States in Transition. National Adaptation in Global Economies*. Sage: London 1996, S. 88-115.
- Castles, Francis G.: *Comparative Public Policy. Patterns of post-war Transformation*. Cheltenham (UK) 1998: Edward Elgar.
- Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010a: Oxford University Press.
- Castles, Francis G.: The English-Speaking Countries. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): *The Oxford Handbook of The Welfare State*. Oxford 2010b: Oxford University Press, S. 630-642.

Castles, Francis G./ Mitchell, Deborah: Worlds of Welfare and Families of Nations. In: Castles, Francis G. (Hg.): Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies. Dartmouth 1993: Aldershot, S. 93-128.

Castles, Francis G./ Uhr, John: The Australian Welfare State: Has Federalism Made a Difference? In: Australian Journal of Politics and History 53, 2007, S. 96-117.

Cerami, Alfio: Welfare State Developments in the Russian Federation: Oil-Led Social Policy and the 'Russian Miracle'. In: Social Policy and Administration 43, No. 2, 2009, S. 105-120.

Cerami, Alfio: The Politics of Social Security Reforms in the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 233-253.

Cerami, Alfio/ Stanescu, Simona: Welfare State Transformations in Bulgaria and Romania. In: Cerami, Alfio / Vanhuyse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 112-126.

Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan.

Cerami, Alfio/ Wagué, Aïchetou: Africa. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 252-259.

Chlon, Agnieszka/ Góra, Marek/ Lubyova, Martina/ Thompson, Lawrence H.: Pension Reform in the Slovak Republic. Background and Options: Can lessons be drawn from other transition countries? Labour Market und Social Policy, Occasional Papers N° 54, OECD Paris 2001.

Cho, Hyekyung: Vom langen Marsch zum großen Sprung? China zwischen Rekordwachstum und Massenarmut. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft1. 2006.

Choi, Young Jun: End of the Era of Productivist Welfare Capitalism? Diverging Welfare Regimes in East Asia. In: Asian Journal of Social Science 40, 2012, S. 275-294.

Choluj, Bozena: Zum Stand der Gleichstellungspolitik in Polen, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), 2009.

-
- Clark, Terry N./ Lipset, Seymour M.: Are social classes dying? In: *International Sociology* 8, 1991, S. 397-410.
- Clegg, Daniel: Central European Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 161-170.
- Connell, Robert W.: *Gender and Power. Society, the Person and Sexual Politics*. Cambridge 1987: Polity Press.
- Cook, Linda: *Postcommunist Welfare States: Reform Politics in Russia and Eastern Europe*. Ithaca, NY 2007a: Cornell University Press.
- Cook, Linda: Negotiating Welfare in Postcommunist States. In: *Comparative Politics* 40, 2007b, S. 41-62.
- Cook, Linda J.: Eastern Europe and Russia. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010, S. 671 – 686.
- Costa, Sérgio: Das politische System Brasiliens. In: Stüwe, Klaus / Rinke, Stefan (Hg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*. Wiesbaden 2008: VS, S. 114-137.
- Daly, Mary: Comparing welfare states: Towards a Gender friendly Approach. In: Sainsbury, Diane (Hg.): *Gendering Welfare States*. London 1994: Sage, S. 101-117.
- Daly, Mary: A Fine Balance. Women's Labor Market Participation in International Comparison. In: Scharpf, Fritz W. / Schmidt, Vivien A. (Hg.): *Welfare and work in the open economy*. Oxford 2000a: Oxford University Press, Band II, S. 467-510.
- Daly, Mary: *The Gender Division of Welfare*. Cambridge 2000b: Cambridge University Press.
- Daly, Mary: Ireland. In: Fitzpatrick, Tony et al. et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 689-694.
- Daly, Mary/ Lewis, Jane: The Concept of Social Care and the Analysis of Contemporary Welfare States. In: *British Journal of Sociology* 51, 2000, S. 281-298.
- Davidova, Nadia: Poverty in Russia. In: Manning, Nick/ Tikhonova, Nataliya (Hg.): *Poverty and Social Exclusion in the New Russia*. 2004: Aldershot, S. 63-94.

Davidova, Nadia: Russian Federation. In: Fitzpatrick, Tony et al. et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1163-1167.

Davidova, Nadia/ Manning, Nick: Russia: State Socialism to Marketized Welfare. In: Alcock, Pete / Craig, Gary (Hg.): International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World. Basingstoke 2009²: Palgrave, S. 190-209.

Davidova, Nadia/ Tikhonova, Nataliya: Gender, poverty and social exclusion in contemporary Russia. In: Manning, Nick/ Tikhonova, Nataliya (Hg.): Poverty and Social Exclusion in the New Russia. 2004: Aldershot, S. 174-196.

Deacon, Bob/ Hulse, Michelle/ Stubbs, Paul: Global Social Policy. International Organizations and the Future of Welfare. London 1997: Sage.

Deacon, Bob: Global Social Policy and Governance. London 2007: Sage.

Debiel, Tobias/ Wulf, Herbert: Indiens BRICS-Politik: Unentschlossen im Club. In: APuZ 50-51/2013, S. 30-35.

Del Campo, Esther: Women and Politics in Latin America: Perspectives and Limits of the Institutional Aspects of Women's Political Representation. In: Social Forces, Vol. 83. 2005, S. 1697-1725.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin): 25 Jahre Mauerfall. In: DIW Wochenbericht Nr. 40. Berlin 2014.

Dieringer, Jürgen: Ungarn in der Nachbeitrittskrise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 29-30, Bundeszentrale für politische Bildung. 2009, S. 6-11.

Diefenbach, Heike: Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde. Wiesbaden 2007: VS.

Dingeldey, Irene: Wohlfahrtsstaatlicher Wandel zwischen „Arbeitszwang“ und „Befähigung“. Eine vergleichende Analyse aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Großbritannien. In: Berliner Journal für Soziologie 17, 2007, S. 189-209.

Dingeldey, Irene: Agenda 2010: Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik. In: APuZ 48, 2010, S. 18-25.

Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ Von Kopp, Botho/ Reuter, Lutz R. (Hg.): Die Bildungssysteme Europas. Baltmannsweiler 2010: Schneider Verlag Hohengehren.

Dohrmann, Jona Aravind: Frauen und Recht in Indien. In: Indien 2002. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Draguhn, Werner (Hg.) Institut für Asienkunde. Hamburg 2002, S. 97-122.

Döhrn, Roland/ Heilemann, Ulrich/ Schäfer, Günter: Geht es auch ohne Expansion des Dienstleistungssektors? Zum dänischen „Beschäftigungswunder“. In: Baethge, Martin/ Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen 2001: Leske + Budrich, S. 269-290.

Drahokoupil, Jan: Globalization and the State in Central and Eastern Europe: The Politics of Foreign Direct Investment. London 2008: Routledge.

Drahokoupil, Jan/ Myant, Martin: Varieties of Capitalism, Varieties of Vulnerabilities: Financial Crises and its Impact on Welfare States in Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States. In: Historical Social Research 35, No. 2, 2010, S. 266-295.

Dullien, Sebastian/ Schwarzer, Daniela: Die Zukunft der Eurozone nach der Griechenland-Hilfe und dem Euro-Schutzschirm. In: Leviathan 38, 2010, S. 509 – 532.

Ebbinghaus, Bernhard/ Manow, Philip (Hg.): Comparing Welfare Capitalism: Social Policy and Political Economy in Europe, Japan and the USA. London 2001: Routledge.

Eckert, Florian: Systemtransformation in Osteuropa. In: Eckert, Florian (Hg.): Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa, Wiesbaden 2008: Verlag für Sozialwissenschaften.

Ellingsæter, Anne Lise: Betreuungsgeld. Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Internationale Politikanalyse, April 2012.

Ellingsæter, Anne Lise/ Leira, Arnlaug: Familienpolitische Reformen in Skandinavien: Gleichberechtigung der Geschlechter und Wahlfreiheit der Eltern. In: WSI-Mitteilungen 60, 2007, S. 546-553.

Enderlein, Henrik: Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick. In: APuZ 43, 2010, S. 7 – 12.

Ernst, Angelika: A Segmented Welfare State: The Japanese Approach. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Heft 138. 1982, S. 546-564.

Esping-Andersen, Gøsta: *The three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge 1990: Polity Press.

Esping-Andersen, Gøsta: Three post-industrial Employment Regimes. In: *International Journal of Sociology* 21, 1991, S. 149-188.

Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Changing classes. Stratification and Mobility in post-industrial Societies*. London, 1993: Sage.

Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*. London 1996: Sage.

Esping-Andersen, Gøsta: Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 19-56.

Esping-Andersen, Gøsta: *Social Foundations of post-industrial Economies*. Oxford 1999a: Oxford University Press.

Esping-Andersen, Gøsta: Politics without class? Postindustrial cleavages in Europe and America. In: Kitschelt, Herbert et al. (Hg.): *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 293-316.

Esping-Andersen, Gøsta: *The incomplete revolution*. New York 2009: Wiley.

Esping-Andersen, Gøsta: Welfare regimes and social stratification. In: *Journal of European Social Policy* 25, 2015. S. 124-134.

Esping-Andersen, Gøsta et al.: *Why we need a new Welfare State*. Oxford 2002: Oxford University Press.

Esterházy, Yvonne: Großbritannien und die Folgen der Finanzkrise. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49, 2010. S. 40-46.

Europäische Gemeinschaften (Hg.): Eurostat. Luxemburg (diverse Jahre): Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

European Commission: *Innovation Union Scoreboard*. (Diverse Jahre).

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: *European Quality of Life Survey 2003, 2007, 2012 (EQLS)*. Luxemburg (diverse Jahre): Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat: *Datenbank* (diverse Jahre).

-
- Eurostat: Statistics by Themes: Population and Social Conditions. (Diverse Jahre).
- EU-SILC: European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC). (Diverse Jahre).
- Fagnani, Jeanne: France. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 498-503.
- Farnsworth, Kevin/ Irving, Zoë: Fiscal crisis, financial crisis, and the great recession. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S.307-318.
- Faust, Jörg/ Lauth, Hans Joachim/ Muno, Wolfgang: Demokratisierung und Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika: Querschnittsvergleich und Fallstudien. In: Croissant, Aurel / Erdmann, Gero/ Rüb, Friedbert W. (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien. Wiesbaden 2004: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Feiguine, Grigory: Rentenreform in Russland – heutiger Stand und Entwicklungsperspektiven im internationalen Vergleich. Frankfurt/Main 2006: Johann Wolfgang Goethe-Universität Working Papers Series: Finance & Accounting.
- Ferge, Zsuzsa: Hungary. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 615-618.
- Ferge, Zsuzsa / Tausz, Katalin: Social Security in Hungary: A Balance Sheet after twelve Years. In: Social Policy and Administration 36, No. 2. 2002, S. 176-199.
- Ferner, Anthony/ Hyman, Richard: Changing Industrial Relations in Europe. Malden (Massachusetts) 1998: Blackwell Publishers.
- Ferrera, Maurizio: The “Southern Model” of Welfare in Social Europe. In: Journal of European Social Policy 6, 1996, S. 17-37.
- Ferrera, Maurizio (Hg.): Welfare State Reform in Southern Europe. Fighting Poverty and Social Exclusion in Italy, Spain, Portugal and Greece. London 2005: Routledge.
- Ferrera, Maurizio: The South European Countries. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010: Oxford University Press, S. 616-629.
- Fiala, Petr/ Mareš, Miroslav: Nach der Reform ist vor der Reform: Das tschechische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant,

Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-126.

Fink, Marcel/ Tálos, Emmerich: Flexibilisierung von Erwerbsarbeit – Defizite sozialstaatlicher Absicherung. In: Kronauer, Martin/ Sinne, Gudrun (Hg.): Flexicurity – Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Berlin 2005: Edition Sigma. S. 385-419.

Firebaugh, Glenn: Die neue Geografie der Einkommensverteilung der Welt. In: Müller, Walter/ Scherer, Stefani (Hg.): Mehr Risiken – mehr Ungleichheit?: Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen. Frankfurt 2003: Campus, S. 363-388.

Firebaugh, Glenn/ Goesling, Brian: Accounting for the recent Decline in Global Income Inequality. In: American Journal of Sociology 110, 2004, S. 283-312.

Fischer, Karin/ Leubolt, Bernhard: Auf dem Weg zu mehr Gleichheit? Sozialpolitik in Brasilien und Chile nach dem „Linksruck“. In: Momentum – Zeitschrift für Sozialen Fortschritt 1(1), 2012, S.45-56.

Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge.

Flora, Peter/ Alber, Jens/ Kohl, Jürgen: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. In: Politische Vierteljahresschrift 18, 1977, S. 707-772.

Förster, Christian/ Schmid, Josef/ Trick, Nicolas: Die nordischen Länder: Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden. Wiesbaden 2014: Springer Verlag.

Fourastié, Jean: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Paris 1963: Gallimard.

Fraser, Nancy/ Honneth, Axel: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.

Friedrichs, Jürgen (Hg.): Die Individualisierungsthese. Opladen 1998: Leske + Budrich.

Fuchs, Susanne/ Offe, Claus: Welfare State Formation in the Enlarged European Union. Patterns of Reform in the Post-Communist New Member States. In: Rumford, Chris (Hg.): The Sage Handbook of European Studies. London 2009: Sage.

-
- Gabanyi, Anneli Ute: Das politische System Rumäniens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 627-675.
- Gal, John: Is there an extended family of Mediterranean welfare states? In: Journal of European Social Policy 20 (4), 2010, S.283-300.
- Gallouj, Camal/ Gallouj, Karim: Auf Kurs Richtung liberal-residualer Wohlfahrtsstaat? Das französische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 207-238.
- Gallup: World Poll. (Diverse Jahre).
- Gangl, Markus: Beschäftigungschancen von Arbeitslosen im internationalen Vergleich. In: APuZ 16, 2005, S. 33-38.
- Garfinkel, Irwin/ Rainwater, Lee/ Smeeding, Timothy (Hg.): Wealth and Welfare States. Is America a Laggard or Leader? Oxford 2010: Oxford University Press.
- Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden 2014⁷: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gey, Peter: Gebildet, benachteiligt, ein Kind: Frauen in Südkorea. Friedrich-Ebert-Stiftung. Seoul 2005.
- Giddens, Anthony: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt a. M. 1979: Suhrkamp.
- Glatzer, Wolfgang (Hg.): Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur. Frankfurt a. M. / New York 1992: Campus.
- Glatzer, Wolfgang/ Habich, Roland/ Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002: Leske + Budrich.
- Goodin, Robert E./ Headey, Bruce/ Muffels, Ruud/ Dirven, Henk-Jan: The real Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge 1999: Cambridge University Press.
- Görl, Tilo: Klassengebundene Cleavage-Strukturen in Ost- und Westdeutschland – Eine empirische Untersuchung. Baden-Baden 2007: Nomos.
- Götting, Ulrike: Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz. Opladen 1998: Leske + Budrich.

Gottschlich, Pierre: Indien. In: Porsche-Ludwig, Markus/ Gieler, Wolfgang/ Bellers, Jürgen (Hg.): Handbuch Sozialpolitiken der Welt. Berlin 2013: LIT Verlag, S. 225-229.

Gough, Ian: Welfare regimes in development contexts: a global and regional analysis. In: Gough, Ian et al.: Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press, S. 15-48.

Gough, Ian/ Wood, Geoffrey D./ Barrientos, Armando/ Bevan, Philippa/ Davis, Peter/ Room, Graham: Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press.

Government of India, Ministry of Health and Family Welfare: National Health Accounts India. New Delhi 2009.

Government of India, Planning Commission: Report of the Working Group on Social Security. New Delhi 9.9.2010.

Green-Pedersen, Christoffer/ Klitgaard, Michael Baggesen: Im Spannungsfeld von wirtschaftlichen Sachzwängen und öffentlichem Konservatismus: Das dänische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 149-168.

Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge.

Groot, Wim/ Pavlova, Milena: Bulgaria. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 81-83.

Grütjen, Daniel: Die türkische Sozialpolitik im Wandel - Herausforderungen und Reformen, Hg.: Friedrich-Ebert-Stiftung Fokus Türkei Nr. 11. Istanbul 2008.

Guillén, Ana: Defrosting the Spanish Welfare State: The Weight of Conservative Components. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S.183-206.

Haggard, Stephan/ Kaufman, Robert R.: Development, Democracy and Welfare States. Latin America, East Asia and Eastern Europe. 2008: Princeton University Press.

-
- Hall, Peter A.: Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain. In: *Comparative Politics* 25 (3), 1993, S. 275-296.
- Hall, Peter A./ Gingerich, Daniel W.: „Spielarten des Kapitalismus“ und institutionelle Komplementaritäten in der Makroökonomie – eine empirische Analyse. In: *Berliner Journal für Soziologie* 14, 2004, S. 5-32.
- Hall, Peter A./ Soskice, David (Hg.): *Varieties of Capitalism. The institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford 2001: Oxford University Press.
- Haller, Max: Grenzen und Variationen gesellschaftlicher Entwicklung in Europa – eine Herausforderung und Aufgabe für die vergleichende Soziologie. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 13, 1988, S. 5-19.
- Haller, Max: *Ethnic Stratification and Economic Inequality around the world. The End of Exploitation and Exclusion?* Farnham 2015: Ashgate.
- Hans, Silke: *Migrants in Germany, Sweden and the United Kingdom: Patterns of Assimilation and Welfare*. In: *Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung* Nr. 21. Potsdam 2004.
- Hansen, Lars: *The Division of Labour in post-industrial Societies*. Göteborg University 2001.
- Harrison, Bennett / Bluestone, Barry: *The Great U-Turn*. New York 1988: Basic Books.
- Hauser, Richard: Vermögensverteilung als Element gesellschaftlicher Dauerbeobachtung. In: Glatzer, Wolfgang et al. (Hg.): *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. Opladen 2002: Leske + Budrich, S. 181-197.
- Häusermann, Silja: *Reform Opportunities in a Bismarckian Latecomer: Restructuring the Swiss Welfare State*. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010a: Amsterdam University Press, S. 207-231.
- Häusermann, Silja: *The Politics of Welfare State Reform in Continental Europe: Modernization in Hard Times*. Cambridge 2010b: Cambridge University Press.
- Häusermann, Silja: *The politics of Old and New Social Policies*. In: Bonoli, Giuliano/ Natali, David (Hg.). *The New Welfare State in Europe*. Oxford 2012: Oxford University Press.

Havrylyshyn, Oleh: *Divergent Paths in Post-Communist Transformation. Capitalism for All or Capitalism for the Few?* Basingstoke 2006: Palgrave Macmillan.

Heclo, Hugh: *Modern Social Politics in Britain and Sweden.* New Haven 1974: Yale University Press.

Heintz, Bettina: Numerische Differenz. Überlegungen zu einer Soziologie des (quantitativen) Vergleichs. In: *ZfS* 39 (3), 2010, S. 162-181.

Heintz, Bettina: Bewerten und vermessen. Die verborgenen Mechanismen des Vergleichs. Abendvorlesung auf dem 37. Kongress der DGS. Trier 07.10.2014.

Heinze, Rolf G./ Schmid, Josef/ Strünck, Christoph: *Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat.* Opladen 1999: Leske + Budrich.

Heitzmann, Karin/ Österle, August: Austria. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy.* London 2006: Routledge, S. 50-55.

Heitzmann, Karin/ Österle, August: Lange Traditionen und neue Herausforderungen: Das österreichische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch.* Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47-69.

Hemerijck, Anton: *In Search of a New Welfare State.* Oxford 2010: Oxford University Press.

Hemerijck, Anton/ Marx, Ive: Continental Welfare at a Crossroads: The Choice between Activation and Minimum Income Protection in Belgium and the Netherlands. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe.* Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 129-155.

Henman, Paul: Australia. In: Tony Fitzpatrick et al.: *International Encyclopedia of Social Policy.* Routledge: London 2006, S. 44-50.

Hinrichs, Karl: A Social Insurance State Withers Away. Welfare State Reforms in Germany – Or: Attempts to Turn Around in a Cul-de-Sac. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe.* Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 45-71.

Hofäcker, Dirk: Typen europäischer Familienpolitik – Vehikel oder Hemmnis für das „adult worker model“? In: Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit: *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden 2004: VS., S. 257-284.

Hoffmann, Antonia/ von Below, Andreas: Lettland: Dunkle Wolken über der Wirtschaft? – Inflation und Leistungsbilanzdefizit gefährden den Baltischen Tigerstaat. Konrad Adenauer Stiftung, 2007.

Holliday, Ian: Productivist Welfare Capitalism: Social Policy in East Asia. In: Political Studies 48, 2000, S. 706-723.

Holtmann, Dieter: Der „reale Sozialismus“ und sein Niedergang basieren auf dem Marx'schen „Ausbeutungs“-Irrtum. – Sozialstaatlicher Volkskapitalismus statt Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. In: Derselbe (Hg.): Die Revolution in Mittel- und Osteuropa und ihre Folgen. Bochum 1991a: Schallwig.

Holtmann, Dieter: Rezension von Volker Bornschieer. Westliche Gesellschaft im Wandel. In: KZfSS 43, 1991b, S. 582-584.

Holtmann, Dieter: Variations of Welfare Capitalism after the Decline of State Socialism: Bargaining Societies on the Basis of Value Orientations and Resources of Action. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 10. Potsdam 2000.

Holtmann, Dieter: Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 26. Potsdam 2006.

Holtmann, Dieter: Deskriptiv- und inferenzstatistische Modelle der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Potsdam 2009⁶: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter: Grundlegende multivariate Modelle der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Potsdam 2010³: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter: Wohlstand und Wohlfahrt der Nationen im Wandel. Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit, Innovation und soziale Sicherung, Frauenfreundlichkeit sowie Migrantenfreundlichkeit und Gleichheit der Teilhabe, soziale Integration und Autonomie im internationalen Vergleich. Aachen 2014: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im internationalen Vergleich. 43 Länder-Fallstudien. Aachen 2015: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter/ Mutz, Michael/ Alber, Florian u.a.: Zur Performanz von Wohlfahrtsregimen und zu den Unterstützungspotentialen für die verschiedenen Wohlfahrtskonzepte. Potsdam 2006: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter mit Buchheister, Claudia/ Görl, Tilo/ Mutz, Michael/ Schuster, Anne u.a.: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich. Potsdam 2012⁷: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter mit Weiß, Katharina/ Hirsland, Aline-Sophia u.a.: Die Wohlfahrt der Nationen: 40 Länder-Fallstudien zu den Institutionen und ihrer Performanz. Aachen 2012: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung. Münster 2001: LIT.

Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann: Comparing Class Structures and Class Consciousness in Western Societies. In: International Journal of Sociology 19, 1989, S. 1-27.

Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann: Klassen in der Bundesrepublik heute: Zur Theorie und Empirie der Ausdifferenzierung von Handlungsressourcen. In: Schweizer Zeitschrift für Soziologie 16, 1990, S. 79-106.

Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.

Hort, Sven O. E.: Sklerose oder ständig in Bewegung? Das schwedische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 525-547.

Hort, Sven E.O./ Kuhnle, Stein: The Coming of East and South East Asian Welfare States. In: Journal of European Social Policy 10 (2), London 2000.

Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen 1987: Leske + Budrich.

Hradil, Stefan: Vom Wandel des Wertewandels. Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen. In: Glatzer, Wolfgang et al. (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002: Leske + Budrich, S. 31-47.

Hradil, Stefan: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2006²: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hryniewicz, Jozefina: Poland. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1005-1009.

Huber, Evelyne: Options for Social Policy in Latin America. Neoliberal versus Social Democratic Models. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptions in Global Economies. London 1996: Sage.

Information Office of the State Council of the People's Republic of China: Gender Equality and Women's Development in China. Beijing 2005.

Inglehart, Ronald: The Silent Revolution in Europe. In: American Political Science Review 4, 1971, S. 991-1017.

Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt / New York 1989: Campus.

Inglehart, Ronald: Modernisierung und Postmodernisierung: kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt a. M. / New York 1998: Campus.

Inglot, Tomasz: Welfare States in East Central Europe, 1919 – 2004. Cambridge 2008: Cambridge University Press.

Inglot, Tomasz: Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia: Adaptation and Reform of the Post-Communist 'Emergency Welfare States'. In: Cerami, Alfi / Vanhuyse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 73-95.

Innovation Union Scoreboard (European Commission). (Diverse Jahre).

Intergovernmental Panel On Climate Change (IPCC): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Genf 2007: IPCC.

International Labour Organization (ILO): Global Extension of Social Security (GESS). Genf 2009: ILO.

International Labour Organization (ILO): Maternity at Work. A review of national legislation. Findings from the ILO Database of Conditions of Work and Employment Laws. Genf 2010².

International Labour Organization (ILO): World Social Protection Report 2017–19. Universal social protection to achieve the Sustainable Development Goals. Genf 2017: ILO.

International Labour Organization (ILO): NATLEX-Database (insbes.: social security). Genf (diverse Jahre): ILO.

International Monetary Fund (IMF): Country Information Page. (Länderberichte; diverse Jahre).

International Monetary Fund (IMF): World Economic Outlook. Database (diverse Jahre).

International Social Security Association (ISSA): Länderprofile. <http://www.issa.int/ger/> Beobachtungsstelle/ (Diverse Jahre).

International Social Survey Programme (ISSP). (Diverse Jahre). Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln.

Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS): Länderprofile. <http://www.issa.int/ger/> Beobachtungsstelle/ (Diverse Jahre).

Inter-Parliamentary Union: Datenbank (diverse Jahre).

Ioannou, Christina/ Shekeris, Anthos I./ Panayiotopoulos, Christos: Sozialpolitik im Schatten der Nationalen Frage: Das zyprische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 89-108.

ISSA (International Social Security Association): Länderprofile. <http://www.issa.int/ger/> Beobachtungsstelle/ (Diverse Jahre).

Isin, Engin/ Wood, Patricia: Citizenship and Identity. London 1999: Sage.

Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften.

Ivančič, Angela: Slovenia. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 353-377.

Iversen, Torben: Capitalism, Democracy, and Welfare. Cambridge 2005: Cambridge University Press.

Jessoula, Matteo/ Alti, Tiziana: Italy: An Uncompleted Departure from Bismarck. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 157-181.

Jochem, Sven: Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat: Deutschland im internationalen Vergleich. Berlin 2009: LIT.

Jochem, Sven: Wandel und Zukunftsaussichten des schwedisch-sozialdemokratischen Modells. In: Leviathan 38, 2010, S. 227-249.

Jochem, Sven: Die politischen Systeme Skandinaviens. Wiesbaden 2012: Verlag für Sozialwissenschaften.

Kahl, Thede/ Metzeltin, Michael/ Ungureanu, Mihai-Razvan (Hg.): Rumänien. Raum und Bevölkerung, Geschichte und Geschichtsbilder, Kultur, Gesellschaft und Politik heute, Wirtschaft, Recht und Verfassung, historische Regionen, Teilband 2, 2. Auflage. Wien 2008.

Kangas, Olli/ Kvist, Jon: Nordic Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 148-160.

Kangas, Olli/ Saari, Julio: Krisenbewältigung mit Langzeitfolgen? Der finnische Wohlfahrtsstaat. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239-262.

Kannan, K. P./ Pillai, N. Vijayamohanam: Social Security in India: The Long Lane Treaded and the Longer Road Ahead Towards Universalization. Centre for Development Studies. Kerala 2007.

Kaufmann, Franz-Xaver: Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt a. M. 1997: Suhrkamp.

Kaufmann, Franz-Xaver: Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Opladen 2002: Leske + Budrich.

Kautto, Mikko: The Nordic Countries. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010, S. 586-600.

Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut: Atypische Beschäftigungsverhältnisse und Flexicurity. In: Kronauer, Martin/ Sinne, Gudrun (Hg.): Flexicurity – Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Berlin 2005: Edition Sigma, S. 127-147.

Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut: Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Formen, Verbreitung, soziale Folgen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 27, 2009, S. 40-46.

Keman, Hans: Belgium. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 59-65.

Kerschen, Nicole: Entwicklungspfade von den Ursprüngen hin zu Europa: Das luxemburgische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 379-401.

Keune, Maarten: EU Enlargement and Social Standards: Exporting the European Social Model. Brüssel 2008: ETUI-REHS.

Kim, Won-Sub: Sozialpolitik unter der „Regierung des Volkes“. 2003: Koreaverband e.V.

King, Lawrence P./ Szelényi, Iván: Post-Communist Economic Systems. In: Smelser, Neil J./ Swedberg, Richard (Hg.): The Handbook of Economic Sociology. Princeton 2005: Princeton University Press, S. 205-229.

Kipke, Rüdiger: Das politische Regime der Slowakei. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 317-356.

Kitschelt, Herbert: Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: Ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte. In: Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt 2001, S. 418-442.

Kitschelt, Herbert / Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D. (Hg.): Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999a: Cambridge University Press.

Kitschelt, Herbert/ Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D.: Convergence and Divergence in Advanced Capitalist Democracies. In: Kitschelt, Herbert et al. (Hg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 427-460.

Klages, Helmut: Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 29/2001, S. 7-14.

Klages, Helmut: Der blockierte Mensch. Zukunftsaufgaben gesellschaftlicher und organisatorischer Gestaltung. Frankfurt 2002: Campus.

Klages, Helmut/ Gensicke, Thomas: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer 1999: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung.

Klein, Axel: Das politische System Japans. Bonn 2006: Bier'sche Verlagsanstalt.

Klein, Markus/ Pötschke, Manuela: Gibt es einen Wertewandel hin zum „reinen“ Postmaterialismus? In: Zeitschrift für Soziologie 29, 2000, S. 202-216 und Zeitschrift für Soziologie 30, 2001, S. 485-493.

Klenner, Christina/ Hašková, Hana: Variationen des Zweiverdienermodells: Müttererwerbstätigkeit im tschechisch-deutschen Vergleich. In: Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und

Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden 2009: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193-228.

Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden 2009: Verlag für Sozialwissenschaften.

Kluve, Jochen: The effectiveness of European active labor market programs. In: *Labour Economics* 17, 2010, S. 904-918.

Kneuer, Marianne: Die Demokratisierung der Slowakei. Interne und externe Faktoren. In: Böhmer, Jule/ Viëtor, Marcel (Hg.), *Osteuropa heute. Entwicklungen - Gemeinsamkeiten – Unterschiede*. Hamburg 2007: LIT-Verlag.

Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press.

Kohl, Jürgen: Wohlfahrtsstaatliche Regimetypen im Vergleich. In: Glatzer, Wolfgang/ Ostner, Ilona (Hg.): *Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen*. Opladen 1999: Leske + Budrich, S. 321-336.

Kolarič, Zinka/ Kopač, Anja/ Rakar, Tatjana: Schrittweise Reformierung statt ‚Schocktherapie‘: Das slowenische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 569-593.

Körösenyi, András/ Fodor, Gábor G./ Dieringer, Jürgen: Das politische System Ungarns. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 357-417.

Korosteleva, Julia: Belarus: Heading toward State Capitalism? In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 221-238.

Korpi, Walter: Economic Growth and the Welfare State: Leaky Bucket or Irrigation System? In: *European Sociological Review* 1, 1985, S. 97-118.

Kosonen, Pekka: Finland. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 471-476.

Košta, Ján/ Bednárík, Rastislav: Slovakia. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press, S. 323-351.

Kostova, Dobrinka: Bulgaria. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 97-122.

Köther, Eun Sook: Die Sozialpolitik in Südkorea seit der Wirtschaftskrise 1997. Hg.: Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier Nr. 14. Düsseldorf 2000.

Krizkova, Alena/ Nagy, Beata/ Kanjuo Mrcela, Aleksandra (2009): Geschlechterspezifische Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik in der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien. In: Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden 2009: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 337-372.

Kusá, Zuzana/ Gerbery, Daniel: Europeanization of Slovak social policy. Social Policy in Europe: Changing Paradigms in an enlarging Europe? ESPAnet Conference 2007, 20-22 September 2007, Vienna.

Kušić, Siniša: Kroatiens Weg in die EU. In: APuZ 17/2013, S. 8-14.

Kuznesof, Elisabeth A.: The House, the Street, Global Society. Latin American Families and Childhood in the Twenty-First Century. In: Journal of Social History, Vol. 38. 2005, S. 859-872.

Kuznets, Simon S.: Economic Growth and Income Inequality. In: American Economic Review 45, 1955, S. 1-28.

Kwon, Huck-Ju: Korea, South. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 731-734.

Kwon, Huck-Ju: Korea: Rescaling the Developmental Welfare State? In: Alcock, Pete/ Craig, Gary (Hg.): International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World. Basingstoke 2009²: Palgrave, S. 231-246.

Kwon, Soonman: Wirtschaftskrise und soziale Entwicklungen in Südkorea. 1999: Koreaverband e.V.

Kwon, Soonman/ Holliday, Ian: The Korean welfare state: a paradox of expansion in an era of globalisation and economic crisis. In: International Journal of Social Welfare 16, 2007, S. 242-248.

Lagerspetz, Mikko/ Maier, Konrad: Das politische System Estlands. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-121.

-
- Lane, David: Post-State Socialism: A Diversity of Capitalism? In: Lane, David / Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 13-39.
- Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan.
- Lee, Kevin K.: Population Composition and Poverty Rankings. In: Derselbe (Hg.): Urban Poverty in Canada: A Statistical Profile. Canadian Council on Social Development (CCSD): Kanata 2000, Chapter 5, S. 79-90.
- Leibfried, Stephan: Towards an European Welfare state? On Integrating Poverty Regimes into the EC. In: Ferge, Zsuzsa/ Kolberg, Joj Eivind (Hg.): Social Policy in a Changing Europe. Boulder, Colo. 1992: Westview Press, S. 245-279.
- Leira, Arnlaug/ Saraceno, Chiara: Care: Actors, Relationships and Contexts. In: Hobson, Barbara/ Lewis, Jane/ Siim, Birte (Hg.): Contested Concepts in Gender and Social Politics. Cheltenham (UK) 2002: Edward Elgar, S. 55-83.
- Leitner, Sigrid: Varieties of Familialism – the Caring Function of the Family in Comparative Perspective. In: European Societies 5, 2003, S. 353-375.
- Lessenich, Stephan: Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld 2008: Transkript.
- Lewis, Jane: Gender and the Development of Welfare Regimes. In: Journal of European Social Policy 2, 1992, S. 159-173.
- Lewis, Jane (Hg.): Women and Social Policies in Europe. Work, Family and the State. Aldershot 1993: Edward Elgar.
- Lewis, Jane: Gender and welfare state change. In: European Societies 4, 2002, S. 331-357.
- Lewis, Jane: Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen-Familie“. In: Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden 2004: VS., S. 62-84.
- Lewis, Jane/ Ilona Ostner: Gender and the Evolution of European Social Policies. Bremen 1994: ZeS-Arbeitspapier Nr. 4/94.
- Li, Bingqin: Welfare state changes in China since 1949. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 222-231.

Lin, Ka: China: The Art of State and Social Policy Remodelling. In: Alcock, Pete/ Craig, Gary (Hg.): International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World. Basingstoke 2009²: Palgrave, S. 247-266.

Lipinsky, Astrid: Frauenrechte in China. In: Bundeszentrale für politische Bildung, Internationales, 1.10.2009.

Lloyd-Sherlock, Peter: Inequality and social policy in Latin America. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 232-241.

Lødemel, Ivar/ Trickey, Heather: 'An Offer you can't refuse' – Workfare in International Perspective. Bristol (UK) 2000: The Policy Press.

Lukšič, Igor: Das politische System Sloweniens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 729-772.

Luleva, Ana: Wie trägt die informelle Ökonomie zur Geschlechtergleichheit in Bulgarien bei? In: Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden 2009: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 229-248.

Lunt, Neil: New Zealand. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 921-27.

Maddison, Angus: Monitoring the World Economy 1820-1992. Paris 1995: OECD.

Manning, Nick/ Davidova, Nadia: Russia: Revolution or Evolution? In: Alcock, Pete/ Craig, Gary (Hg.): International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World. Basingstoke 2001: Palgrave, S. 203-220.

Manning, Nick/ Tikhonova, Nataliya (Hg.): Poverty and Social Exclusion in the New Russia. 2004: Aldershot.

Marshall, Thomas H.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt / New York 1992: Campus.

Maslow, Abraham H.: Motivation und Persönlichkeit. New York 1954. Olten 1978²: Walter.

Matsaganis, Manos: The welfare state and the crisis: the case of Greece. In: Journal of European Social Policy 21(5), 2011, S.501-512.

Mau, Steffen/ Verwiebe, Roland: European Societies. Mapping structure and change. Bristol 2010: The Policy Press.

McCashin, Anthony/ Judy O'Shea: Unter Modernisierungsdruck: Das irische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 355-378.

Merkel, Wolfgang: Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. In: Berliner Journal für Soziologie 11, 2001, S. 135-157.

Mesa-Lago, Carmelo: Social Security in Latin America: Pressure Groups, Stratification and Inequality. Pittsburgh 1978: University of Pittsburgh Press.

Mesa-Lago, Carmelo: Ascent to Bankruptcy. Financing Social Security in Latin America. Pittsburgh 1989: University of Pittsburgh Press.

Mesa-Lago, Carmelo: Reassembling social security. A survey of pensions and health care reforms in Latin America. Oxford 2008: Oxford University Press.

Meulemann, Heiner: Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation. München, Weinheim 1996: Juventa.

Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.

Meyer, Hendrik/ Wientzek, Olaf: Neoliberales Schreckgespenst oder Vorbild Mitteleuropas? Das slowakische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 549-567.

Migrant Integration Policy Index (MIPEX). Brüssel (diverse Jahre).

Miller, Max/ Soeffner, Hans-Georg (ed.): Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnosen am Ende des 20. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1996: Suhrkamp.

Mitton, Lavinia: Vermarktlichung zwischen Thatcher und New Labour: Das britische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 263-284.

Mocanu, Christina: Romania. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and

Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 295-321.

Mommsen, Margareta: Das politische System Russlands. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 419-478.

Morel, Nathalie/ Palier, Bruno/ Palme, Joakim (Hg.): Towards a social investment welfare state? Ideas, policies and challenges. Bristol (UK) 2012: Policy Press.

Mudhoon, Loay: Die türkische AKP als Vorbild für die arabische Welt? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 39 – 40, 2009, S. 27-32.

Mukherji, Joydeep: Economic Growth and India's Future. In: Occasional Paper Number 26, Center for the Advanced Study of India. Philadelphia 2006: University of Pennsylvania.

Müller, Hans-Peter/ Wegener, Bernd: Die Soziologie vor der Gerechtigkeit. Konturen einer soziologischen Gerechtigkeitsforschung. In: Dieselben (Hg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen 1995: Leske + Budrich, S. 7-49.

Müller, Harald/ Rauch, Carsten: Indiens Weg zur Wirtschaftsmacht. In: APuZ 22, 2008, S. 7-13.

Müller, Klaus/ Schmidt, Rudi: Von der griechischen zur europäischen Krise. In: Prokla 159, 2010, S. 277 – 300.

Müller, Walter: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. In: KZfSS 50, 1998, S. 3-46 und KZfSS 52, 2000, S. 790-795.

Münch-Heubner, Peter L.: Der Umbau des Sozialstaates. Das australische Modell als Vorbild für Europa? In: Aktuelle Analysen, Heft 43. München 2006: Hanns-Seidel-Stiftung.

Mutz, Michael: Soziale Chancengleichheit in Bildungssystemen – Länderunterschiede und ihre strukturellen Ursachen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 27. Potsdam 2006.

Myant, Martin: The Czech Republic: From 'Czech' Capitalism to 'European' Capitalism. In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 105-123.

-
- Myant, Martin/ Drahekoupil, Jan: Transition Economies. Political Economy in Russia, Eastern Europe, and Central Asia. USA 2011: Wiley.
- Myant, Martin/ Smith, Simon: Czech Trade Unions in Comparative Perspective. In: European Journal of Industrial Relations, 1999, S. 265-285.
- Myles, John: When Markets Fail. Social Welfare in Canada and the United States. In: Gøsta Esping-Andersen (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptation in Global Economies. London 1996: Sage, S. 116-140.
- Myles, John: The inequality surge. Changes in the family life course are the main cause. In: Inroads: The Canadian Journal of Opinion 26, 2010, S. 66-73.
- Nagler, Jörg: Gesellschaftsstruktur und -politik der USA. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Informationen zur politischen Bildung, Bd. 268. Bonn 2004.
- Natali, David: Rekalibrierung von Sozialprogrammen und Flexibilisierung der Arbeitsmarktpolitik: Das italienische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 333-353.
- Nussbaum, Martha C.: Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a. M. 1999: Suhrkamp.
- Nussbaum, Martha C./ Sen, Amartya (Hg.): The Quality of Life. New York/Oxford 1993: Oxford University Press.
- Obinger, Herbert: Die Finanzkrise und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. In: Leviathan 40 (3), 2012, S. 441-461.
- Obinger, Herbert/ Tálos, Emmerich: Janus-Faced Developments in a Prototypical Bismarckian Welfare State: Welfare Reforms in Austria since the 1970s. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 101-128.
- Obinger, Herbert/ Wagschal, Uwe: Drei Welten des Wohlfahrtsstaates? Das Stratifizierungskonzept in der cluster-analytischen Überprüfung. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt 1998: Campus, S. 109-135.
- OECD: Education at a glance. Paris (diverse Jahre): OECD.
- OECD: Employment outlook. Paris (diverse Jahre): OECD.
- OECD: Factbook. Paris (diverse Jahre): OECD.

- OECD: International Migration Outlook: SOPEMI (diverse Jahre): OECD.
- OECD: PISA 2000, PISA 2003, PISA 2006, PISA 2009, PISA 2012, PISA 2015. Paris: OECD.
- OECD: Society at a Glance. Paris (diverse Jahre): OECD.
- OECD: The Pursuit of Gender Equality: An Uphill Battle. Paris 2017: OECD.
- OECD: www.oecd-ilibrary.org (Daten für verschiedene Jahre).
- Offe, Claus: Epilogue: Lessons learnt and open questions. In: Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 237-247.
- Óhidy, Andrea: Das ungarische Bildungssystem. In: Óhidy, Andrea/ Terhart, Ewald/ Zsolnai, József: Lehrerbild und Lehrerbildung. Praxis und Perspektiven der Lehrerausbildung in Deutschland und Ungarn. Wiesbaden 2007: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67-94.
- Oliver, Michael: Postcommunist Welfare States. In: Journal of Democracy 19 (4), 2008, S. 81-94.
- Olson, Mancur: The Rise and Decline of Nations. New Haven 1982: Yale University Press.
- Orenstein, Mitchell A.: Postcommunist Welfare States. In: Journal of Democracy 19 (4), 2008, S. 81-94.
- Orloff, Ann Shola: Gender and the Social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States. In: ASR 58, 1993, S. 303-328.
- Osten, Manfred: Chinas Konfuzius-Offensive - Eine Herausforderung für die Wissensgesellschaft des Westens. In: Die politische Meinung, Nr. 464. 2008, S. 41-46.
- Ostner, Ilona: Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B36-37, 1995a, S. 3-12.
- Ostner, Ilona: Sozialstaatsmodelle und die Situation der Frauen. In: Fricke, Werner (Hg.): Zukunft des Sozialstaats. Jahrbuch für Arbeit und Technik. Bonn 1995b: J.H.W.Dietz.

-
- Ostner, Ilona: Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 225-252.
- Ostner, Ilona: Zur Konvergenz und Divergenz EU-europäischer Wohlfahrtsstaaten. In: Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung. Münster 2001: LIT, S. 319-334.
- Pace, Charles: Linker Wein in rechten Schläuchen? Das Wohlfahrtssystem Maltas. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 444-463.
- Palekcić, Marko/ Radeka, Igor/ Zekanović, Nenad: Kroatien. In: Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ Von Kopp, Botho/ Reuter, Lutz R. (Hg.): Die Bildungssysteme Europas. Baltmannsweiler 2010: Schneider Verlag Hohengehren, S.353-368.
- Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010a: Amsterdam University Press.
- Palier, Bruno: Continental Western Europe. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010b, S. 601-615.
- Palier, Bruno: The Dualizations of the French Welfare System. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010c: Amsterdam University Press, S. 73-99.
- Palme, Joakim/ Fritzell, Johan/ Bergmark, Åke: Das Ende der Gleichheit? Der schwedische Wohlfahrtsstaat nach der Krise. In: WSI-Mitteilungen 62, 2009, S. 46-51.
- Papathodorou, Christos: Verspätete Entwicklung der sozialen Sicherung: Das griechische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 285-310.
- Peng, Ito/ Wong, Joseph: East Asia. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010: Oxford University Press, S.656-670.
- Pereirinha, José António/ Arcanjo, Mannek/ Nunes, Francisco: Von einem korporativen Regime zu einem europäischen Wohlfahrtsstaat: Das portugiesische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 483-501.

Petmesidou, Maria: Southern Europe. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 183-192.

Pfau-Effinger, Birgit: Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. In: KZfSS 48, 1996, S. 462-492.

Pfau-Effinger, Birgit: Arbeitsmarkt und Familiendynamik in Europa - Theoretische Grundlagen der vergleichenden Analyse. In: B. Geissler/ F. Maier / B. Pfau-Effinger (Hg.): FrauenArbeitsMarkt. Der Beitrag der Frauenforschung zur sozio-ökonomischen Theoriebildung. Berlin 1998 Edition Sigma, S. 177-194.

Pfau-Effinger, Birgit: Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa: Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Opladen 2000: Leske + Budrich.

Pierson, Paul: The New Politics of the Welfare State. ZeS-Arbeitspapier Nr. 3/95. Bremen 1995: Zentrum für Sozialpolitik.

Pierson, Paul: Coping with permanent Austerity. Welfare State restructuring in affluent Democracies. In: Derselbe (Hg.): The new Politics of the Welfare State. Oxford 2001: Oxford University Press, S. 410-456.

Pierson, Paul: Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis. Princeton, NJ 2004: Princeton University Press.

Porter, Michael E.: Nationale Wettbewerbsvorteile. München 1991: Droemersch Verlagsgesellschaft.

Prenzel, Manfred/ Baumert, Jürgen/ Blum, Werner u.a.: PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster 2004: Waxmann.

Putnam, Robert D.: Bowling Alone. America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy 6, 1995, S. 65-78.

Putnam, Robert D. (Hg.): Democracies in Flux. The Evolution of Social Capital in Contemporary Society. Oxford 2002: University Press.

Quiroga Stöllger, Yesko: Brasilien: Sozialer Fortschritt, demokratische Unruhe und internationaler Gestaltungsanspruch. In: APuZ 50-51/2013, S. 1-24.

Rajevska, Feliciano: Vom Sozialstaat zum Wohlfahrtsmix: Das lettische Wohlfahrtssystem nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 423-442.

-
- Ramesh, M./ Asher, Mukul G.: Welfare Capitalism in Southeast Asia. Social Security, Health and Education Policies, New York 2000.
- Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M. 1979: Suhrkamp.
- Rawls, John: Politischer Liberalismus. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.
- Reich, Robert B.: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomien. Frankfurt 1993: Ullstein.
- Rennkamp, Britta: Außenpolitik und gesellschaftliche Entwicklung in Südafrika und Brasilien. In: APuZ 50-51/2013, S. 41-46.
- Research Institute of Organic Agriculture (FiBL): Organic agricultural land and share of total agricultural land. 5070 Frick (Schweiz). (Diverse Jahre).
- Rhodes, Martin: The Political Economy of Social Pacts. In: Pierson, Paul (Hg.): The new Politics of the Welfare State. Oxford 2001: Oxford University Press, S. 184-86.
- Riedel, Sabine: Das politische System Bulgariens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 677-728.
- Ristić, Irena: Das politische System Serbiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 897-941.
- Roemer, John E.: Analytical Foundations of Marxian Economic Theory, Cambridge 1981: Cambridge University Press.
- Roemer, John E.: A General Theory of Exploitation and Class. Cambridge 1982: Harvard University Press.
- Roemer, John E.: Unequal Exchange, Labor Migration and International Capital Flows: A theoretical Synthesis. In: Desai, P. (Hg.): Marxism, Central Planning and the Soviet Economy, Cambridge 1983: MIT Press, S. 34-62.
- Roemer, John E.: Should Marxists be Interested in Exploitation? In: Derselbe (Hg.): Analytical Marxism. Cambridge 1986: Cambridge University Press.
- Roemer, John E.: Free to Lose. An Introduction to Marxist Economic Philosophy. London 1988: Hutchinson.
- Roemer, John E.: Visions of Capitalism and Socialism. In: Socialist Review 19, 1989, S. 93-100.

Rogall, Holger: Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Eine praxisorientierte Einführung in die neue Umweltökonomie und ökologische Ökonomie. Berlin 2000: Duncker & Humblot.

Rokkan, Stein: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas. In: ZfS 9(2), 1980, S. 118-128.

Roy, Arun S.: United Kingdom. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1456-1461.

Rudolph, B., Klement, C. (2006): Arbeitsmarktpartizipation von Frauen im Transformationsprozess. Sozio-ökonomische Realität in den EU-Beitrittsländern Polen, Ungarn und Tschechien. IAB Forschungsbericht 13/2006.

Saar, Ellu/ Lindemann, Kristina: Estonia. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 151-181.

Sachs, Wolfgang: Ohne Ökologie keine transnationale Gerechtigkeit. In: POLIS 1/2004, S. 13-15.

Sainsbury, Diane (Hg.): Gendering Welfare States. London 1994: Sage.

Sainsbury, Diane: Gender, Equality, and Welfare States. Cambridge 1996: Cambridge University Press.

Sauer, Michael: Serbien. In: Porsche-Ludwig, Markus/ Bellers, Jürgen/ Gieler, Wolfgang (Hg.): Handbuch Europäischer Sozialpolitiken. Münster 2014: LIT Verlag, S. 186-193.

Saxonberg, Steven: Eastern Europe. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 171-182.

Saxonberg, S./ Sirovátka, T. Neo-Liberalism by Decay? The Evolution of the Czech Welfare State. In: Social Policy & Administration 4, No. 2, 2009, S. 186-203.

Scharpf, Fritz W.: Economic Changes, Vulnerabilities, and Institutional Capabilities. In: Derselbe/ Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and Work in the open Economy. Oxford 2000: Oxford University Press, S. 21-124.

Scharpf, Fritz W./ Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and Work in the open Economy. Oxford 2000: Oxford University Press.

Schmid, Günther: Wege in eine neue Vollbeschäftigung – Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt a. M. / New York 2002: Campus.

Schmid, Josef: Das deutsche soziale Sicherungssystem: Das Bismarck-Modell. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010a: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 129-146.

Schmid, Josef: Das soziale Sicherungssystem in Großbritannien: Zwischen Kollektivismus und Liberalismus. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010b: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 185-202.

Schmid, Josef: Das System sozialer Sicherung in Dänemark: Ein kleiner skandinavischer Wohlfahrtsstaat. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010c: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 147-160.

Schmid, Josef: Der französische Wohlfahrtsstaat: Ein abgeschwächt konservatives Modell. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010d: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161-184.

Schmid, Josef: Der niederländische Wohlfahrtsstaat: vom passiven zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat? In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010e: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 203-221.

Schmid, Josef: Schweden: Der Prototyp des modernen Wohlfahrtsstaates im Wandel. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010f: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 222-241.

Schmid, Josef: Soziale Sicherheit in Spanien: Langsamer Ausbau eines rudimentären Wohlfahrtsstaates. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010g: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 242-258.

Schmid, Josef / Amos, Karin / Schrader, Josef / Thiel, Ansgar (Hg.) *Welten der Bildung? Vergleichende Analysen von Bildungspolitik und Bildungssystemen* Baden-Baden 2011: Nomos Verlagsgesellschaft.

Schmidt, Manfred G./ Ostheim, Tobias/ Siegel, Nico A./ Zohlhöfer, Reimund (Hg.): *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich.* Wiesbaden 2007: VS-Verlag.

Schmidt, Thomas: *Das politische System Lettlands.* In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas.* Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123-170.

Schmucker, Rolf: *Großbritannien: Das Ende der „konservativen Revolution“?* In: Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe (Hg.): *Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich.* Opladen 1997: Leske + Budrich, S. 55-88.

Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch.* Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften.

Scott, Menard: *A Research Note on International Comparisons of Inequality of Income.* In: *Social Forces* 64, 1986, S. 778-793.

Seeleib-Kaiser, Martin: *Japan.* In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy.* London 2006a: Routledge, S. 709-713.

Seeleib-Kaiser, Martin: *United States of America.* In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy.* London 2006b: Routledge, S. 1464 -1469.

Segura-Ubierno, Alex: *The Political Economy of the Welfare State in Latin America. Globalization, Democracy and Development.* Cambridge 2007: Cambridge University Press.

Sen, Amartya: *Capability and well-being.* In: Nussbaum, Martha C./ Derselbe: *The Quality of Life.* New York / Oxford 1993: Oxford University Press, S. 30-53.

Sen, Amartya: *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft.* München 2002: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Shambaugh, Jay C: *The Euro`s Three Crises.* Georgetown University. 2012.

-
- Shang, Xiaoyuan: China. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 147-152.
- Siaroff, Alan: Work, Welfare and Gender Equality: A New Typology. In: Sainsbury, Diane (Hg.): Gendering Welfare States. London 1994: Sage, S. 82-100.
- Siemianska, Renata/ Domaradzka, Anna: Transformation mit Schwierigkeiten: Das polnische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 503-524.
- Simões, Solange/ Matos, Marlise: Modern Ideas, Traditional Behaviors, and the Persistence of Gender Inequality in Brazil. In: International Journal of Sociology, Vol. 38. 2008, S. 94-110.
- Solga, Heike: Bildungsarmut und Ausbildungslosigkeit in der Bildungs- und Wissensgesellschaft. In: Becker, Rolf (Hg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie. Wiesbaden 2007: VS, S. 395-432.
- Sørvoll, Jardar: The Norwegian Welfare State 2005-2015: Public attitudes, political debates and future challenges. Oslo 2015: University of Oslo.
- Soskice, David: Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s. In: Kitschelt, Herbert et al. (Hg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism. Cambridge 1999: Cambridge University Press, S. 101-134.
- Sozen, Suleyman: Turkey. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1424-1427.
- Spicker, Paul: Liberal Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 193-201.
- SSPTW: Social Security Programs Throughout the World (Hg.: U.S. Social Security Administration). Washington, D.C. (diverse Jahre).
- Standing, Guy: Social Protection in Central and Eastern Europe: A Tale of slipping anchors and torn Safety Nets. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies. London 1996: Sage, S. 225-255.
- Stanek, Vojtech/ Husáková, Mária/ Ošková, Silvia: Transformation of Social Policy in the Slovak Republic. ESPAnet Conference 2007, 20-22 September 2007, Vienna.

- Staroske, Uwe/ Wiegand-Kottisch, Maren/ Wohlgemuth, Karl (Hg.): Innovation als Schlüsselfaktor eines erfolgreichen Innovationssystems im globalen Wettbewerb. Münster / Hamburg / London 2000: LIT Verlag.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport. Bonn (diverse Jahre): Bundeszentrale für politische Bildung.
- Steinbach, Udo (Hg.): Länderbericht Türkei. Bonn 2012: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Steindorff, Ludwig: Ein kurzer Gang durch die Geschichte Kroatiens. In: APuZ 17/2013, S.15-22.
- Stephens, John D.: The Scandinavian Welfare States: Achievement, Crisis, and Prospects. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London 1996: Sage, S. 32-65.
- Stergiou, Andreas: Zypern: Gesellschaft, Parteien, Gewerkschaften. In: APuZ 12/2009, S.28-33.
- Stiglitz, Joseph E.: Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft. München 2010: Siedler.
- Straková, Jana: Czech Republik. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 123-149.
- Stubbs, Paul/ Zrinščak, Siniša: Croatia. In: Deacon, Bob/ Stubbs, Paul (Hg.): Social Policy and International Interventions in South East Europe. Cheltenham 2007: Edward Elgar, S. 85-102.
- Sülzer, Rolf: Social Security in India – A System in the Making. In: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (Hg.): The Social and Ecological Market Economy – A Model for Asian Development? Eschborn 2008: GTZ.
- Svallfors, Stefan: Worlds of welfare and attitudes to redistribution: a comparison of eight Western nations. In: European Sociological Review 13, 1997, S. 283-304.
- Szelewa, Dorota/ Polakowski, Michal: Who Cares? Patterns of Care in Central and Eastern Europe. In: Journal of European Social Policy 18, 2008, S. 115-131.
- Szikra, Dorottya/ Tomka, Bela : Social Policy in East Central Europe: Major Trends in the 20th Century. In: Cerami, Alfio/ Vanhuysse, Pieter (Hg.): Post-

Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan.

Taljunaite, Meilute: Lithuania. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 241-267.

Tauber, Joachim: Das politische System Litauens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 171-208.

Tausz, Katalin: Vom Staatssozialismus zum Wohlfahrtshybrid: Das ungarische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 311-331.

Tavora, Isabel: The southern European social model: familialism and the high rates of female employment in Portugal. In: Journal of European Social Policy 22(1), 2012, S.63-76.

The Economist (Intelligence Unit): Demokratieindex. London u.a. (diverse Jahre).

Trampusch, Christine: The welfare state and trade unions in Switzerland: an historical reconstruction of the shift from a liberal to a post-liberal welfare regime. In: Journal of European Social Policy 20 (1). 2010, S. 58-73.

Trapenciere, Ilze: Latvia. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 213-240.

Trumm, Avo/ Ainsaar, Mare: Zwischen Marginalität und Universalismus: Das estnische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187-205.

U.S. Census Bureau: Income, Poverty, and Health Insurance Coverage in the United States 2009, September 2010.

U.S. Energy Information Administration: "Energy intensity using PPP" (diverse Jahre).

U.S. Social Security Administration: Social Security Programs Throughout the World (SSPTW). Washington, D.C. (diverse Jahre).

UN Data: Datenbank (diverse Jahre).

UNESCO: Datenbank (diverse Jahre).

United Nations (UN): Demographic Yearbook. New York (diverse Jahre): United Nations.

United Nations (UN): Millenium Development Goals Indicators.

United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report (HDR) 1990 ff.; Datenbank (diverse Jahre). New York.

Van Oorschot, Wim: Von kollektiver Solidarität zur individuellen Verantwortung: Der niederländische Wohlfahrtsstaat. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 465-482.

Van Vliet, Olaf/ Caminada, Koen: Unemployment replacement rates dataset among 34 welfare states, 1971-2009. Neujobs Special Report No. 2, Januar 2012. Leiden 2012: Leiden University.

Vobruba, Georg: Freiheit: Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat. In: Lessenich, Stephan (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt a. M. / New York 2003: Campus.

Vodička, Karel: Das politische System Tschechiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 275-315.

Vogel, Claudia: Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 11. Potsdam 2000.

Wærness, Kari: Norway. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 936-940.

Wagener, Hans-Jürgen: The Welfare State in Transition Economies and Accession to the EU. San Domenico (FI) 2001: Europ. Univ. Inst.

Ward Schofield, Janet/ Alexander, Kira et al.: Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen, Entwicklungs- und Sozialpsychologie. Berlin 2006: WZB.

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1980⁵: Mohr.

Weber, Max: Die protestantische Ethik. Hrsg. von Johannes Winckelmann. 2 Bände. Gütersloh 1982/84: Bertelsmann.

-
- Weber, Max: Der Sozialismus. In: Derselbe: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik. Tübingen 1988²: Mohr, S. 492-518.
- Weber, Steffen: Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 5. Potsdam 1998.
- Weede, Erich: Legitimacy, Democracy and Comparative Economic Growth Reconsidered. In: European Sociological Review 12, 1996, S. 217-225.
- Wegner, Bernd: Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. In: Zeitschrift für Soziologie 21, 1992, S. 269-283.
- Wilensky, Harold L.: The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures. Berkeley 1975: University of California Press.
- Wilson, Jeanne: China's Transformation toward Capitalism. In: Lane, David / Myant, Martin (Hg.), Varieties of Capitalism in Post-Socialist Countries. Hampshire (UK) 2006: Palgrave, S. 239-257.
- Wood, Geof: Informal Security Regimes: The Strength of Relationships. In: Gough, Ian et al. (Hg.): Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press.
- World Bank: World Development Indicators. Washington D.C. (diverse Jahre): The World Bank.
- World Bank: Growth, Poverty and Inequality: Eastern Europe and the Former Soviet Union. Washington, DC, 2005: World Bank.
- World Bank: Global Safety Nets. Washington, DC, 2009: World Bank.
- World Commission on Environment and Development (WCED): Our Common Future. Oxford 1987: Oxford University Press.
- World Nuclear Association: Nuclear share figures (diverse Jahre).
- Wright, Margaret M: Canada. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 89-94.
- Youssef, Mona: Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 9. Potsdam 2000.

Zakošek, Nenad/Maršić, Tomislav: Das politische System Kroatiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 773-837.

Zapf, Wolfgang: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan 24, 1996, S. 63-77.

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS); International Social Survey Programme (ISSP). Köln (diverse Jahre): Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA).

Ziemer, Klaus/ Matthes, Claudia-Yvette: Das politische System Polens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 209-273.

Ziliak, James P. (Hg.): Welfare Reform and Its Long-Term Consequences for America's Poor. Cambridge 2009: Cambridge University Press.

Zrinščak, Siniša: Croatia. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 245-247.

Zuberi, Dan: Differences That Matter. Social Policy and the Working Poor in the United States and Canada. Ithaca / London 2006: Cornell University Press.